



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 7/2015–2016

Inhalt	Seite
7. Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG)/ Gebietsreform.....	349

Inhaltsverzeichnis

7.	Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG)/ Gebietsreform	
1.	Ausgangslage	349
2.	Heutige Ausgestaltung der Gerichtsorganisation	350
2.1	Allgemeines	350
2.2	Institutionelle Ausgestaltung und Organisation der Bezirksgerichte	350
2.3	Personal- und Vorsorgewesen	351
2.4	Finanz- und Rechnungswesen	351
3.	Vernehmlassungsverfahren	352
3.1	Vorgehen	352
3.2	Allgemeine Beurteilung der Vorlage	352
3.3	Umgang mit den Anliegen	353
3.3.1	Berücksichtigte Anliegen	353
3.3.2	Nicht berücksichtigte Anliegen	354
4.	Einzelpunkte der Gerichtsreform	355
4.1	Organisatorische Ausgestaltung der Regionalgerichte ...	355
4.2	Personal- und Vorsorgewesen	356
4.3	Finanz- und Rechnungswesen	356
4.4	Terminologische Anpassungen	357
4.5	Übergangsregelung	357
5.	Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen ...	358
5.1	Teilrevision Gerichtsorganisationsgesetz (BR 173.000) ...	358
5.2	Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)	365
5.3	Teilrevision Gesetz über die Staatshaftung (SHG; BR 170.050)	368
5.4	Gesetz über den Grossen Rat (GRG; BR 170.100)	368
5.5	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG; BR 170.300)	368
5.6	Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (PG; 170.400)	368
5.7	Kantonales Datenschutzgesetz (KDSG; BR 171.100)	369
5.8	Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der kantonalen Gerichte (GGVG; BR 173.050)	369
		347

5.9	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (BR 210.100).....	370
5.10	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (BR 210.200)	371
5.11	Notariatsgesetz (BR 210.300).....	371
5.12	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG; BR 220.000)	371
5.13	Einführungsgesetz zur schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO; BR 320.100).....	372
5.14	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzStPO; BR 350.100).....	372
5.15	Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (JVG; BR 350.500)	372
5.16	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG; BR 370.100)	372
5.17	Gesetz über Ausbildungsbeiträge (StipG; BR 450.200)...	373
5.18	Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG; BR 492.100)	373
5.19	Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (BR 500.000).....	374
5.20	Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG; BR 613.000).....	374
5.21	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (FHG; BR 710.100).....	374
5.22	Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA; BR 710.300)	375
5.23	Steuergesetz für den Kanton Graubünden (BR 720.000)	376
5.24	Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuer (GKStG; BR 720.200).....	376
6.	Inkrafttreten	376
7.	Personelle und finanzielle Auswirkungen	377
7.1	Auswirkungen beim Kanton	377
7.2	Auswirkungen bei den Regionen	377
7.3	Auswirkungen bei den Bezirken.....	377
8.	Gute Gesetzgebung	378
9.	Anträge	378

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

7.

Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG)/ Gebietsreform

Chur, den 23. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Standespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft und den Entwurf für eine Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes.

1. Ausgangslage

Am 23. September 2012 hat das Bündner Volk der Teilrevision der Kantonsverfassung vom 13. Juni 2012 (KV; BR 110.100) zugestimmt, die eine Gebietsreform zum Gegenstand hatte. Diese Gebietsreform beinhaltet unter anderem die territoriale Zusammenführung von 14 Regionalverbänden und elf Bezirken zu elf Regionen, die Umbenennung der Bezirks- zu Regionalgerichten, die Statuierung der Regionalgerichte zu unteren kantonalen Gerichten sowie die Aufhebung der Kreise als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die jedoch weiterhin als Wahlkreise für die Bestellung des Grossen Rats dienen (vgl. Art. 27 Abs. 3, Art. 54 Ziff. 2, Art. 68 ff. nKV).

Die Teilrevision der Kantonsverfassung wird gestaffelt umgesetzt. In einem ersten Schritt erfolgten die Zuteilung der Gemeinden zu den elf Regionen (Totalrevision Einteilungsgesetz), die organisatorische Ausgestaltung der Regionen (Teilrevision Gemeindegesetz) sowie zahlreiche Anpassungen, die den (gestaffelten) Wegfall der Kreise und Regionalverbände Rechnung tragen. Diesen Schritt hat der Grosse Rat in der Aprilsession 2014 umge-

setzt, indem er die Anschlussgesetzgebung zur Gebietsreform beschlossen hat. Nachdem gegen das Mantelgesetz das Referendum ergriffen worden ist, stimmte das Bündner Volk am 30. November 2014 der Anschlussgesetzgebung zu bzw. lehnte das Referendum ab. Das Inkrafttreten der Anschlussgesetzgebung erfolgt auf den 1. Januar 2016.

In einem zweiten Schritt folgt nun die Gerichtsreform. Die Zivil- und die Strafgerichtsbarkeit werden künftig von den Regionalgerichten als untere kantonale Gerichte ausgeübt (Art. 54 Ziff. 2 nKV). Anstelle der Bezirke bilden die Regionen die Gerichtssprengel für die Regionalgerichte (Art. 71 Abs. 3 nKV). Das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG; BR 173.000) und weitere 23 Gesetze sind deshalb anzupassen. Die Änderungen sollen mehrheitlich auf den 1. Januar 2017 in Kraft treten.

2. Heutige Ausgestaltung der Gerichtsorganisation

2.1 Allgemeines

Die Justiz gehört zu den Kernaufgaben eines Staatswesens und wird als dritte Gewalt neben Legislative und Exekutive bezeichnet. Sie ist Teil des in Art. 4 KV verankerten Gewaltenteilungsprinzips. Die Verfassung gewährleistet die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte (Art. 51 Abs. 1 Satz 1 KV). Unter Vorbehalt der Befugnisse des Grossen Rats ist die Justizverwaltung Sache der Gerichte (Art. 51 Abs. 2 KV). Der Vorbehalt betrifft namentlich die Wahl (Art. 36 KV) und das Budget (Art. 35 KV). Vorbehalten ist aber auch die Gesetzgebung. Im Rahmen des Gesetzes verwaltet sich die Justiz selber. Auf die Schaffung einer zentralen Justizverwaltung wurde bewusst verzichtet (Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 497). Trotz gerichtlicher Selbstverwaltung ist es zulässig, dass die Verwaltung im Auftrag der Gerichte gewisse administrative Aufgaben für diese wahrnimmt.

2.2 Institutionelle Ausgestaltung und Organisation der Bezirksgerichte

Gemäss geltendem Recht sind die Bezirke Gerichtssprengel für die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit (Art. 71 Abs. 1 KV). Entsprechend besteht in jedem Bezirk ein Bezirksgericht, ein Vermittleramt und eine Schlichtungsbehörde für Mietsachen; letztere sind dem Bezirksgericht administrativ angegliedert (Art. 45 und 51 GOG). Die Wahl, Zusammensetzung, Grösse und Organisation der Bezirksgerichte und Schlichtungsbehörden werden durch das kantonale Recht abschliessend geregelt (vgl. vor allem Art. 35–56 GOG sowie die Organisationsverordnungen [BR 173.500 und 173.600]). Die Bezirke sind

gemäss Art. 35 GOG im Bereich der Rechtsprechungsbefugnisse oder der ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben rechts- und handlungsfähig. Im Rahmen ihrer Justizverwaltung haben die Bezirksgerichte mit Zustimmung des Kantonsgerichts als Aufsichtsbehörde gewisse administrative Aufgaben wie die Informatik oder das Lohnwesen mittels Vereinbarungen an die Verwaltung übertragen.

2.3 Personal- und Vorsorgewesen

Die Besoldung und die berufliche Vorsorge der Richterinnen und Richter des Kantons- und Verwaltungsgerichts richten sich nach der Spezialgesetzgebung (Art. 24 GOG). Die Besoldung und die berufliche Vorsorge der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Bezirksgerichte richten sich hingegen nach dem kantonalen Personal- bzw. Pensionskassenrecht (Art. 44 Abs. 1 und Abs. 5 GOG). In Bezug auf die Besoldung der nebenamtlichen Mitglieder sind die Bezirksgerichte jedoch weitgehend autonom, d. h. sie können im Rahmen des kantonalen Rechts deren Entschädigung festlegen (Art. 44 Abs. 2 GOG). Für die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden aller Gerichte gilt das kantonale Personalrecht (Art. 3 Abs. 2 lit. b PG [BR 170.400], Art. 29, Art. 32 Abs. 2, Art. 44 Abs. 3 GOG); die berufliche Vorsorge richtet sich nach dem kantonalen Pensionskassenrecht (Art. 29, Art. 32 Abs. 2, Art. 44 Abs. 5 GOG).

2.4 Finanz- und Rechnungswesen

Die Bezirksgerichte sind im Budget und in der Jahresrechnung des Kantons unter den richterlichen Behörden unter der Rubrik 7020 aufgeführt. Seit dem Jahr 2011 übernimmt der Kanton vollumfänglich die Defizite der Bezirksgerichte und der Schlichtungsbehörden gemäss dem genehmigten Budget (vgl. Art. 73 GOG). Die Bezirksgerichte verfügen über ihre Kredite selbstständig (Art. 20 BGV). Jedes Bezirksgericht führt eine eigene Buchhaltung, verfügt über eigene Bankkonti und nimmt das Inkassowesen wahr. Das Kantonsgericht genehmigt Budget und Rechnung der Bezirksgerichte nach Prüfung durch die kantonale Finanzkontrolle und auf deren Antrag (Art. 71 Abs. 2 GOG). Die Eingaben der Bezirksgerichte werden von der Finanzverwaltung nach formellen und von der Finanzkontrolle nach materiellen Kriterien geprüft.

Die Schlichtungsbehörden tätigen ihre Ausgaben über die Bezirksgerichtskanzlei (Art. 15 Schlichtungsbehördenverordnung [SBV; BR 173.600]). Sofern nicht das vollständige Inkasso über die Bezirksgerichtskanzlei er-

folgt, sind zumindest die Einnahmen der Schlichtungsbehörden auf ein vom Bezirksgericht verwaltetes Konto zu führen (Art. 16 SBV).

3. Vernehmlassungsverfahren

3.1 Vorgehen

Ziel der vorliegenden Revision ist es, die Rechtstellung der Regionalgerichte als untere kantonale Gerichte umzusetzen sowie die organisatorische Ausgestaltung der Regionalgerichte auf Gesetzesstufe zu normieren. Dabei ist der richterlichen Unabhängigkeit, dem Prinzip der Gewaltentrennung sowie der Justizverwaltung besondere Beachtung zu schenken. Die Ausgestaltung der Regionalgerichte soll, mit den notwendigen Änderungen, analog zur heutigen Regelung des Kantonsgerichts vorgenommen werden.

Im Vorfeld des Vernehmlassungsverfahrens wurden das Kantonsgericht als Aufsichtsbehörde der Bezirksgerichte, die Bezirksgerichtspräsidentenkonferenz, die Finanzkontrolle, das Personalamt und die Finanzverwaltung in die Ausarbeitung der Vorlage sowie zur Klärung spezifischer Fragen eingebunden. Die Regierung nahm den Entwurf des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) für die Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes am 8. Dezember 2014 zur Kenntnis und ermächtigte das DJSG gleichzeitig, zum Entwurf ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Von Mitte Dezember 2014 bis Mitte März 2015 konnten sich alle interessierten Organisationen, Personen und Gruppierungen zum Vorschlag der Regierung äussern. Bis Mitte März gingen 26 Stellungnahmen ein. Neben dem Kantonsgericht, Verwaltungsgericht und allen Bezirksgerichten äusserten sich drei politische Parteien (CVP, BDP, SP), der Anwaltsverband, der Datenschutzbeauftragte, zwei Gemeinden (Flims, Felsberg), die Finanzkontrolle, die Standeskanzlei, die Staatsanwaltschaft sowie drei Departemente (BVFD, DVS, EKUD).

3.2 Allgemeine Beurteilung der Vorlage

Die Vernehmlassungsteilnehmenden begrüssen grundsätzlich die Vorlage, insbesondere die vorgeschlagene gesetzliche Regelung der Stellung der künftigen Regionalgerichte. Die Umstellung dürfe aber auf keinen Fall zu Lasten der Qualität der Rechtsprechung gehen; dazu gehöre auch, dass die Entscheide innert rascher Frist nach Anrufung der Instanzen zu ergehen hätten. Weiter sei auf die Volksnähe und die regionale Verankerung der Gerichte zu achten. Von den 26 Teilnehmenden verzichteten fünf auf eine

Stellungnahme und fünf weitere brachten ihre generelle Zustimmung zum Ausdruck; die übrigen 16 Vernehmlassungsteilnehmenden nahmen zu einzelnen Punkten vertieft Stellung.

3.3 Umgang mit den Anliegen

Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse wurden zunächst einige Formulierungen angepasst, die in materieller Hinsicht aber keine wesentlichen Änderungen gegenüber der Vernehmlassungsvorlage mit sich brachten. Nachfolgend wird auf die von den Vernehmlassungsteilnehmenden eingebrachten wesentlichen Anliegen eingegangen. Auf allfällige weitere Hinweise aus den Stellungnahmen wird in den Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen Stellung genommen.

3.3.1 Berücksichtigte Anliegen

Dem Anliegen der elf Bezirksgerichte sowie der CVP, dass auch in Zukunft mehrere Gerichtsorte innerhalb einer Region möglich sein sollen, wurde im Rahmen des dem Grossen Rat vorgelegten Revisionsentwurfs Rechnung getragen (vgl. auch Ziffer 5.1).

Der Gesetzestext von Art. 8a Abs. 2 GOG wurde auf Anregung des DVS im Sinne der Erläuterungen dahingehend präzisiert, dass nun aus der Bestimmung hervorgeht, dass das Kantonsgericht die Stellenprozente für das gesamte Aktuariat sowie für die ganze Kanzlei festlegt. Das Kantonsgericht hört vor der Festsetzung der Stellenprozente die Gerichte an. Diese bereits bestehende Praxis soll nach Auffassung der elf Bezirksgerichte im Gesetz verankert werden.

Das Kantonsgericht erachtete die vorgesehene Überweisung der hängigen Fälle als wenig sinnvoll, da ein neuer Richter unter Umständen viel Zeit benötigt, um auf den gleichen Kenntnisstand zu kommen. Diesem Anliegen wird im Rahmen des dem Grossen Rat vorgelegten Revisionsentwurfs Rechnung getragen.

Das Kantonsgericht brachte weiter vor, anstelle des im Vernehmlassungsentwurf verwendeten Begriffs «Regionalgerichtspräsidentin oder -präsident» sei die Bezeichnung «Einzelrichterin oder Einzelrichter am Regionalgericht» zu verwenden. Dieser Vorschlag wurde im Rahmen des dem Grossen Rat vorgelegten Revisionsentwurfs berücksichtigt, da damit einerseits der Einheitlichkeit und andererseits der Terminologie des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung Rechnung getragen werden kann.

Die Finanzkontrolle und die Standeskanzlei regen an, eine Übergangsbestimmung für die im Jahr 2016 vorgesehenen Wahlen zu erlassen. Das Gesetz über die politischen Rechte wird mit einer entsprechenden Übergangsbestimmung versehen. Zudem soll dieses Gesetz bereits auf den 1. Februar 2016 in Kraft gesetzt werden, damit die Regionalgerichtswahlen ordnungsgemäss durchgeführt werden können.

3.3.2 Nicht berücksichtigte Anliegen

Die Bezirksgerichte und die CVP merken an, dass die Ungleichbehandlung zwischen den Richterinnen und Richtern der Regionalgerichte und der oberen kantonalen Gerichte bezüglich beruflicher Vorsorge zu überdenken sei. Für die berufliche Vorsorge sei die Spezialgesetzgebung der Richterinnen und Richter des Kantons- und Verwaltungsgerichts für anwendbar zu erklären. Damit solle der Erhöhung der Arbeitslast nach der Übernahme der Bereiche SchKG und Strafrecht sowie nach der Übernahme der Kreisaufgaben Rechnung getragen werden. Für die berufliche Vorsorge der vollamtlichen Richterinnen und Richter des Kantons- und Verwaltungsgerichts sieht der Kanton Graubünden eine Spezialgesetzgebung vor. Die vollamtlichen Richterinnen und Richter der Bezirksgerichte hingegen haben seit dem Erlass der grossrätlichen Verordnung über die Organisation, Besoldung und Geschäftsführung der Bezirksgerichte vom 5. Oktober 1999 (BOG; BR 310.050) die Möglichkeit, sich bei der kantonalen Pensionskasse zu versichern. Von dieser Möglichkeit hatten verschiedene Bezirksgerichte Gebrauch gemacht. Infolge der Justizreform im Jahr 2006 wurden die BOG sowie das Gerichtsverfassungsgesetz aufgehoben und ins neue Gerichtsorganisationsgesetz integriert. Auf Gesetzesstufe wird seit diesem Zeitpunkt festgehalten, dass sich die berufliche Vorsorge der voll- und hauptamtlichen Richterinnen und Richter sowie aller Mitarbeitenden der Bezirksgerichte nach dem kantonalen Pensionskassenrecht richtet. Gemäss der Vereinbarung zwischen den elf Bezirksgerichten und dem Kanton Graubünden vom 7. Juli 2010 sind alle Mitglieder und Mitarbeitenden der Bezirksgerichte seit dem 1. Januar 2011 bei der Kantonalen Pensionskasse Graubünden versichert. Materiell soll an dieser bewährten Konzeption nichts geändert werden. Die Stellung des Kantons- bzw. Verwaltungsgerichts rechtfertigt die bestehende Regelung.

Die Bezirksgerichte bringen ein, Art. 9 Abs. 2 GOG sei dahingehend zu ergänzen, dass der Vorsitzende oder die von ihnen bezeichneten Richterinnen und Richter in einzelrichterlicher Kompetenz bei offensichtlich fehlender Prozessvoraussetzung das Verfahren als erledigt abschreiben können. Wie die Bezirksgerichte zutreffend anmerken, handelt es sich bei dieser vorgeschlagenen Revision um ein Anliegen des Zivilprozessrechts, das

im Rahmen der nächsten Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO; BR 320.100) geprüft wird. Das Anliegen der CVP, die Siegelung der Erbschaft müsse nicht zwingend eine Angestellte oder ein Angestellter des Gerichts vornehmen, sondern könne auch von einer beauftragten Drittperson vorgenommen werden, wird im Rahmen der geplanten Revision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (BR 210.100) geprüft. Beide Anliegen stehen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes.

Im Gegensatz zu den Gerichten erachtet die BDP die Aufnahme einer Kleidervorschriftsbestimmung als nicht nötig. Aus gerichtspolizeilichen Gründen sowie zur Wahrung der Würde des Gerichts soll an der Vorschrift festgehalten werden.

4. Einzelpunkte der Gerichtsreform

4.1 Organisatorische Ausgestaltung der Regionalgerichte

Die Regionalgerichte stellen neu untere kantonale Gerichte dar (vgl. Art. 54 Ziff. 2 nKV). Als Folge dieser Stellung innerhalb des Kantons werden die Rechnung und das Budget eines jeden Regionalgerichts – wie jene/-s des Kantons- und Verwaltungsgerichts – in die Rechnung bzw. ins Budget des Kantons Graubünden integriert. Die Regionalgerichte werden unmittelbar Teil der Gebietskörperschaft Kanton Graubünden. Folglich sind Verträge der Regionalgerichte im Namen des Kantons Graubünden, handelnd durch das betreffende Regionalgericht, abzuschliessen. Die Rechts- und Handlungsfähigkeit wird in ähnlicher Art und Weise wie beim Kantons- und Verwaltungsgericht gewährt und umschrieben, weshalb das Finanzhaushaltsgesetz (FHG; BR 710.100) mit einer entsprechenden, die Regionalgerichte betreffenden Bestimmung zu ergänzen ist. Der Umfang der Rechts- und Handlungsfähigkeit des Kantons- und Verwaltungsgerichts ergibt sich aus deren verfassungsmässigen Stellung sowie aus Art. 39 FHG.

Wie die Bezirksgerichte üben die Regionalgerichte die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit aus. Als untere kantonale Gerichte unterstehen die Richterinnen und Richter den Unvereinbarkeitsvoraussetzungen gemäss der Kantonsverfassung (Art. 22 KV) bzw. dem Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Art. 3 RVOG; BR 170.300). Ebenso sind die Wählbarkeitsvoraussetzungen dieselben wie für die oberen kantonalen Gerichte (Art. 21 KV). Die Bestellung der Richterinnen und Richter erfolgt nach dem bisherigen System.

4.2 Personal- und Vorsorgewesen

Im geltenden GOG finden sich personal- und vorsorgerechtliche Bestimmungen an verschiedenen Stellen. Diese werden in zwei gemeinsame Bestimmungen im Allgemeinen Teil zusammengeführt (vgl. Art. 8a und 8b GOG). Dadurch können sechs Artikel im GOG sowie drei Bestimmungen auf Verordnungsstufe (Art. 1 lit. e KGV [BR 173.100], Art. 1 lit. h VGV [BR 173.300] und Art. 2 BGV [173.500]) aufgehoben werden; die Regelung wird übersichtlicher und transparenter.

Die inhaltlichen Änderungen sind gering: So wird bei der Besoldung nicht mehr zwischen Präsidentin/Präsident, voll- und hauptamtlichen Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten und voll- und hauptamtlichen Richterinnen und Richter unterschieden, sondern nur noch von voll- und hauptamtlichen Mitgliedern der Regionalgerichte gesprochen (vgl. Art. 8b Abs. 2 GOG). Des Weiteren werden neben Besoldung und beruflicher Vorsorge auch die Personalnebenkosten (Berufsunfall, Nichtberufsunfall, Krankentaggeld) der Regionalrichterinnen und -richter erwähnt, weshalb diese neu über den Kanton versichert sein werden. Dies bedeutet, dass die Regionalgerichte keine eigene Lösung mehr benötigen.

4.3 Finanz- und Rechnungswesen

Der Geltungsbereich des Finanzhaushaltsgesetzes ist anzupassen, sodass dieses auf die Regionalgerichte Anwendung findet (vgl. Art. 1 FHG). Die Regionalgerichte haben folglich, wie das Kantons- und Verwaltungsgericht auch, bei der Erstellung des Budgets und der Jahresrechnung das Finanzhaushaltsgesetz zu beachten. Daraus folgt, dass künftig jedes der elf Regionalgerichte eine separate Rechnungsrubrik erhält. Die einzelnen Rechnungsrubriken werden als Globalbudgets geführt. Analog zum Kantons- und Verwaltungsgericht sollen die Regionalgerichte keine eigene Finanzbuchhaltung mehr führen. Es obliegt aufgrund des Selbstverwaltungsrechts der Gerichte dem Kantonsgericht zu bestimmen, wer die Finanzbuchhaltungen betreut und das Inkasso der Regionalgerichte führt. Dies kann, in Absprache mit dem für die Finanzen zuständigen Departement, die Finanzverwaltung sein. Gestützt auf Art. 71 Abs. 3 GOG regelt das Kantonsgericht die Einzelheiten des Finanz- und Rechnungswesens für sich und die Regionalgerichte in einer Verordnung. Dazu gehört unter anderem die Finanzbuchhaltung als Teilbereich des Rechnungswesens und das Inkasso.

Eine Änderung erfährt auch der Budgetprozess. Zwar reichen die Regionalgerichte ihre Budgets und Rechnungen weiterhin dem Kantonsgericht ein. Hingegen werden diese nicht mehr von der Finanzkontrolle vorgeprüft;

auch stellt die Finanzkontrolle keinen Antrag mehr. Die formelle Prüfung durch die Finanzverwaltung sowie die materielle Prüfung durch die Finanzkontrolle finden zusammen mit den Budgets des Kantons- und Verwaltungsgerichts statt. Diese Änderung ist auf den Umstand zurückzuführen, dass die Regionalgerichte nunmehr untere kantonale Gerichte darstellen. An einer Budgetprüfung durch das Kantonsgericht wird festgehalten.

4.4 Terminologische Anpassungen

Die bisher in der Gesetzgebung verwendete Unterscheidung zwischen *kantonalen Gerichten* und *Gerichten* wird obsolet. Da die Schlichtungsbehörden nicht unter den Begriff *Gerichte* subsumiert werden können, sind sie dort explizit erwähnt, wo die Regelung auch für sie Geltung haben soll. Zudem nehmen zahlreiche kantonale Erlasse Bezug auf die Begriffe *Bezirk*, *Bezirksgericht*, *Bezirksgerichtspräsidentin/Bezirksgerichtspräsident*. Die betroffenen Erlasse werden vorliegend an die neue Terminologie angepasst.

Die Bezeichnung Regionalgerichte wird ab 1. Januar 2017 Verwendung finden. Die Bezirksgerichte bleiben in der heutigen Zusammensetzung und für den gegenwärtigen Gerichtssprengel unter der heutigen Bezeichnung bis Ende 2016 zuständig (vgl. Art. 108 Abs. 2 nKV).

4.5 Übergangsregelung

Die Übergangsbestimmung regelt, dass die vorhandenen Vermögenswerte (Arbeitsmittel, Möbel, Büromaterialien, Guthaben) und Verbindlichkeiten der Bezirksgerichte im Sinn einer Universalsukzession an den Kanton übergehen. Ursprünglich leistete der Kanton Graubünden einen Beitrag an das Defizit der Bezirksgerichte. Nach der Gerichtsreform I übernahm der Kanton 50% der Kosten, die andere Hälfte ging zu Lasten der Gemeinden. Seit 2011 finanziert der Kanton die Bezirksgerichte zu 100%. Er hat die Ausgaben somit mehrheitlich finanziert. Zudem findet ein Arbeitgeberwechsel statt. Neu ist der Kanton Graubünden, vertreten durch das jeweilige Regionalgericht bzw. durch die jeweilige Schlichtungsbehörde Arbeitgeber, weshalb die Arbeitsverträge angepasst werden müssen.

Des Weiteren regeln die Übergangsbestimmungen, was mit den Liegenschaften geschieht, die sich im Eigentum der Bezirke und der Regionalverbände befinden, die aber nicht nach Art. 4 Abs. 2 Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Regionen (BR 110.200) an die Regionen fallen. Diese Liegenschaften sollen, soweit sie zur Erfüllung der Regionalgerichts-

aufgaben benötigt werden, den Regionalgerichten zur Verfügung stehen und sollen damit ins Eigentum des Kantons übergehen.

Keine gesetzliche Übergangsregelung bedarf es in denjenigen Bereichen, in denen das Kantonsgericht gestützt auf das GOG die Kompetenz und die Pflicht hat, die vom GOG delegierten Bereiche für die Regionalgerichte näher zu regeln. In diesen Bereichen ist das Kantonsgericht auch für den Erlass der Übergangsbestimmungen zuständig. Soweit dies notwendig ist, erlässt das Kantonsgericht im Rahmen der Revision der Bezirksgerichtsverordnung (BGV; BR 173.500) Übergangsbestimmungen, welche die Verträge (Mietverträge, Dienstleistungsverträge), die Versicherungen sowie das Rechnungs- und Finanzwesen betreffen. Das Kantonsgericht kann den erstinstanzlichen Gerichten wie bis anhin im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion Weisungen erteilen.

5. Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen

5.1 Teilrevision Gerichtsorganisationsgesetz (BR 173.000)

Art. 3 Sitz

Abs. 2: Gemäss Art. 3 Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise (BR 110.200) waren die Bezirke befugt, ihren Hauptort mittels Volksabstimmung zu bezeichnen. Das Gesamtgericht legte fest, in welcher Gemeinde die Verwaltung des Bezirksgerichts zu führen ist. Ab dem 1. Januar 2016 bestimmt das Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Regionen den Regionshauptort. Da es keine zwingenden Gründe gibt, die dafür sprechen, dass sich die Verwaltung des Gerichts am Regionshauptort befinden muss, soll es weiterhin möglich sein, dass das Gericht einen vom Regionshauptort abweichenden Sitz festlegt.

Art. 6 Amtseid und Handgelübde

Abs. 2 lit. c, lit. d, lit. e und Abs. 3: Terminologische Anpassungen

Art. 8a Stellenschaffung und -einreihung

Abs. 1: Das Kantons- und das Verwaltungsgericht stellen dem Grossen Rat ihre Lohnsummenerhöhungen (Stellenschaffungsanträge) für ihr Gericht im Rahmen ihrer Budgets. Bei den Regionalgerichten erfolgen diese Anträge ebenfalls über deren Budgets; diese werden vom Kantonsgericht gemäss Art. 71 GOG genehmigt und zusammen mit dem eigenen Budget dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreitet (Art. 51a KV). Das Kantonsgericht kann – unter Vorbehalt der Genehmigung des Grossen Rats – durch Erhöhung der Lohnsumme neue Stellen für die Regionalgerichte bewilligen, wobei dies im Budget des betreffenden Regionalgerichts aufzuführen und zu

begründen ist. Dieses Vorgehen entspricht der heutigen Regelung auf Verordnungsstufe (vgl. Art. 1 lit. e KGV bzw. Art. 1 lit. h VGV) und soll nun auf Gesetzesstufe geregelt werden.

Abs. 2: Die bisherige Verordnungsbestimmung Art. 2 BGV soll auf Gesetzesstufe geregelt werden.

Abs. 3: Dieser entspricht Art. 44 Abs. 4 und Art. 49 Abs. 2 GOG.

Art. 8b Stellung, Besoldung und berufliche Vorsorge

Die Gerichte und Schlichtungsbehörden werden sowohl vom Geltungsbereich des kantonalen Personalrechts als auch des kantonalen Pensionskassenrechts mitumfasst. Die im GOG verstreuten Bestimmungen wurden zu einer Bestimmung zusammengefasst. Inhaltlich erfolgen dabei keine wesentlichen Änderungen.

Abs. 1: Dieser entspricht sinngemäss Art. 24 GOG. Neben der Besoldung und der beruflichen Vorsorge werden neu auch die Personalnebenkosten (Berufsunfall, Nichtberufsunfall, Krankentaggeld) erwähnt.

Abs. 2: Neben Besoldung und beruflicher Vorsorge werden auch die Personalnebenkosten der zukünftigen Regionalrichterinnen und -richter über den Kanton versichert sein. Dies bedeutet, dass die Regionalgerichte keine eigene Lösung mehr benötigen. Art. 12 BGV wird deshalb aufgehoben werden können.

Abs. 3: Dieser entspricht sinngemäss Art. 44 Abs. 2, Art. 55 und Art. 61 GOG.

Abs. 4: Dieser entspricht Art. 29, Art. 32 Abs. 2, Art. 44 Abs. 3 und 5, Art. 49 Abs. 1, Art. 50 Abs. 3 und Art. 56 Abs. 3 GOG.

Art. 8c Zugriff auf das zentrale Personen- und Objektregister

Die Gerichte sollen mit dieser Bestimmung Zugriff auf das Personen- und Objektregister erhalten (vgl. Einwohnerregistergesetz [ERG; BR 171.200]).

Art. 13 Amtsgeheimnis

Abs. 3: Mit dieser Anpassung soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass eine Person neben Zeuge auch Partei oder Auskunftsperson sein kann.

Art. 15 Gerichtsverhandlung

Abs. 5: Dieser Absatz entspricht Art. 18 Abs. 2 KGV und soll auch für die Regionalgerichte Geltung haben.

Art. 19 Stellvertretung

Abs. 3: Terminologische Anpassung

Art. 22 Wahlverfahren

Abs. 4: Terminologische Anpassung

Art. 24 Besoldung und berufliche Vorsorge

Art. 24 wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 29 Anstellung und berufliche Vorsorge

Art. 29 wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 32 Bestand und Stellung

Abs. 2 wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 33 Zusammensetzung und Stellung

Abs. 3: Terminologische Anpassung

Art. 34 Bezeichnung

Abs. 1 und Abs. 3: Terminologische Anpassungen

3. Regionalgerichte

Terminologische Anpassung

Art. 35 Bezirk

Als untere kantonale Gerichte sollen die Rechnung und das Budget der Regionalgerichte gleich wie jene/-s des Kantons- und des Verwaltungsgerichts in die Rechnung bzw. ins Budget des Kantons Graubünden integriert werden. Die Regionalgerichte werden Teil der Gebietskörperschaft Kanton Graubünden. Folglich werden künftige Verträge der Regionalgerichte im Namen des Kantons Graubünden, handelnd durch das betreffende Regionalgericht, abgeschlossen. Die Rechts- und Handlungsfähigkeit soll daher in derselben Art und Weise wie beim Kantons- und Verwaltungsgericht gewährt und umschrieben werden. Der Umfang der Rechts- und Handlungsfähigkeit ergibt sich dabei aus Art. 39 FHG in Verbindung mit Art. 43 ff. FHV. Demnach sind das Kantons- und das Verwaltungsgericht bezüglich der kreditmässigen Entscheidkompetenzen der Regierung gleichgestellt (Art. 39 FHG). In diesem Sinn ist das FHG mit einer entsprechenden, die Regionalgerichte betreffenden Bestimmung zu ergänzen (Art. 39a FHG). Art. 35 GOG kann demnach aufgehoben werden.

Art. 36 Bestand

Terminologische Anpassungen

Abs. 2: Der Bezirk Inn wird in die Region Engiadina Bassa/Val Müstair umbenannt (vgl. Art. 1 Ziff. 3 Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Regionen).

Art. 37 Wahl

Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 38 Nebenbeschäftigung

Terminologische Anpassungen

Art. 39 Kammern und Besetzung

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 40 Stellvertretung

Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 42 Justizverwaltung

Es erscheint nicht sachgerecht, dass die Verwaltungskommission untergeordnete personalrechtliche Entscheide über unbezahlten Urlaub eines Mitarbeitenden, Umwandlung eines Dienstaltersurlaubs, Anordnung einer vertrauensärztlichen Untersuchung oder ausnahmsweise Erhöhung der Spesenansätze fällen muss. Eine Regelung analog dem Kantons- und Verwaltungsgericht, wo die Zuständigkeit für personalrechtliche Entscheide grundsätzlich bei den Präsidenten liegt, erscheint praktischer und sinnvoller.

Die Anstellungs- und Kündigungskompetenz sowie die Kompetenz zur Einreihung der Stellen und die Festsetzung des betragsmässigen Anfangslohns (vgl. Art. 7 Abs. 3, Art. 9 Abs. 3 BGV) sind hingegen nicht als untergeordnete Angelegenheiten zu qualifizieren. Diese Kompetenzen bleiben – insbesondere zum Schutz der Mitarbeitenden vor willkürlichen Entlassungen – bei den Verwaltungskommissionen. Dies entspricht auch dem Konzept der Personalverordnung (vgl. Art. 12 und 13 PV).

Der Weiterzug personalrechtlicher Entscheide der Regionalgerichte wird neu in Art. 66 Abs. 5^{bis} PG geregelt. Damit ist die Anfechtbarkeit von personalrechtlichen Entscheiden an einem Ort zu finden.

Art. 44 Stellung und Besoldung

Art. 44 wurde in Art. 8a und Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 45 Anzahl und Stellung

Terminologische Anpassungen

Art. 46 Zusammensetzung und Wahl

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Abs. 3: Terminologische Anpassung sowie Anpassung an den Wortlaut von Art. 5 Abs. 1 PG.

Art. 47 Wählbarkeitsvoraussetzungen und Nebenbeschäftigungen
Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 48 Stellvertretung
Terminologische Anpassung

Art. 49 Stellung und Besoldung
Art. 49 wurde in Art. 8a und Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 50 Aktuariat und Kanzlei
Terminologische Anpassungen
Abs. 3: Dieser wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 51 Anzahl und Stellung
Terminologische Anpassungen

Art. 53 Wahl
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 54 Stellvertretung
Terminologische Anpassung

Art. 55 Stellung und Besoldung
Art. 55 wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 56 Aktuariat und Kanzlei
Terminologische Anpassungen
Abs. 3: Dieser wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 57 Anzahl und Stellung
Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 61 Stellung und Besoldung
Art. 61 wurde in Art. 8b GOG überführt und kann aufgehoben werden.

Art. 66 Aufsichtsbeschwerde
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 67 Zuständigkeit

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 69 Zuständigkeit

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 71 Finanz- und Rechnungswesen

Abs. 1: Der Geltungsbereich des Finanzhaushaltsgesetzes ist anzupassen, sodass dieses neu unmittelbar auch für die Regionalgerichte und die Schlichtungsbehörden gilt (vgl. Art. 1 FHG).

Die Bezirksgerichte und die Schlichtungsbehörden werden über ein Beitragskonto finanziert. Da der Kanton seit 2011 zu 100% die Finanzierung der Bezirksgerichte übernommen hat, entspricht das Beitragskonto nicht mehr der Realität und soll deshalb aufgelöst werden. Künftig soll jedes der elf Regionalgerichte eine separate Rechnungsrubrik im Budget des Kantons erhalten. Die Darstellung der Budgets und Rechnungen soll dabei dieselbe sein wie beim Kantons- und Verwaltungsgericht.

Abs. 2: Durch die bisherige Vorprüfung der Budgets und Rechnungen durch die Finanzkontrolle konnte bei den Bezirksgerichten ein guter Standard erreicht werden. Da sich die Positionen in den Budgets kaum verändern und der Ablauf der Erstellung der Budgets gefestigt ist, rechtfertigt sich das bisherige aufwändige Verfahren nicht mehr. Des Weiteren ändert sich die Stellung der erstinstanzlichen Gerichte. Aus diesen Gründen soll die Budgetprüfung der Regionalgerichte in erster Linie durch das Kantonsgericht erfolgen. Der Finanzkontrolle bleibt es jedoch unbenommen, in eigener Kompetenz eine Vorprüfung der Budgets der Regionalgerichte vorzunehmen. Auch kann das Kantonsgericht der Finanzkontrolle gestützt auf Art. 13 Abs. 1 GFA einen besonderen Prüfungsauftrag erteilen.

Abs. 2^{bis}: Dieser bildet die bisherige Praxis ab. Im Nachgang zur Budgetgenehmigung durch das Kantonsgericht soll die Finanzkontrolle die Budgets der Regionalgerichte zusammen mit den Budgets des Kantons- und des Verwaltungsgerichts materiell prüfen. Die formelle Prüfung soll weiterhin praxismässig durch die Finanzverwaltung erfolgen.

Abs. 3 und Abs. 4: Das Kantonsgericht soll für die Regionalgerichte wie bisher bei den Bezirksgerichten Ausführungsbestimmungen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen und Schlichtungsbehörden erlassen. Es obliegt ihm zu entscheiden, wer die Finanz- und Rechnungswesen inkl. Inkasso und Finanzbuchhaltung der Regionalgerichte führt. Bis anhin haben die Bezirksgerichte sowohl die Finanzbuchhaltung als auch das Inkasso selbst besorgt. Das Kantons- und das Verwaltungsgericht haben hingegen nach Absprache mit dem für die Finanzen zuständigen Departement die Finanzverwaltung damit betraut (vgl. 26 Abs. 1 lit. a VGV und 37 Abs. 1 lit. a KGV).

Abs. 4 hält somit lediglich den Status quo fest und soll dem Kantonsgericht zudem die Möglichkeit einräumen, dieselbe Lösung wie für sich auch für die Regionalgerichte vorsehen zu können. Nicht mehr zu regeln hat das Kantonsgericht, wie die Regionalgerichte und die Schlichtungsbehörden ihre Buchhaltung zu führen haben, weil durch die Anpassung des Geltungsbeereichs des FHG dieses nun auch für die Regionalgerichte und die Schlichtungsbehörden direkt gilt.

Art. 73 Kostentragung

Da es sich bei den Regionalgerichten um kantonale Gerichte handelt, übernimmt der Kanton die Finanzierung zu 100%, weshalb Art. 73 aufgehoben werden kann.

Art. 76a Übergangsbestimmungen

Die Regionen bilden die Wahlkreise der Regionalgerichtswahlen (Art. 71 Abs. 3 KV i.V.m. Art. 2 Abs. 2 GPR). Die Richterinnen und Richter der Bezirksgerichte sowie die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sind für die Amtsperiode vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016 gewählt. Die Regionalgerichtswahlen für die Amtsperiode vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2020 haben im Laufe des Jahres 2016 stattzufinden, weshalb das Gesetz über die politischen Rechte vorzeitig in Kraft gesetzt werden muss und mit einer Übergangsregelung zu den im Jahr 2016 stattfindenden Regionalgerichtswahlen zu ergänzen ist (vgl. Art. 109a GPR).

Abs. 1: Dieser Absatz regelt, was mit den vorhandenen Postcheck- bzw. Bankkonti, Schulden, Möbeln, Büromaterial etc. der Bezirksgerichte geschieht. Ursprünglich leistete der Kanton Graubünden einen Beitrag an das Defizit der Bezirksgerichte. Nach der Gerichtsreform I übernahm der Kanton 50% der Kosten, die andere Hälfte bezahlten die Gemeinden. Seit 2011 finanziert der Kanton die Bezirksgerichte zu 100%. Da das vorhandene Mobiliar und das Büromaterial mehrheitlich vom Kanton finanziert worden sind, ist deren unentgeltlicher Übergang mittels Universalsukzession auf den Kanton gerechtfertigt.

Abs. 2: Liegenschaften, die sich im Eigentum der Bezirke und der Regionalverbände befinden und die nicht nach Art. 4 Abs. 2 Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Regionen an die Regionen fallen, sollen auf den Kanton übergehen. Die Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden benötigen diese Liegenschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Folglich handelt es sich um eine gebundene Ausgabe. Der Kanton soll die entsprechenden Fremdkredite mit Stand per 31. Dezember 2016 übernehmen und eine angemessene Entschädigung leisten. Dabei ist zu beachten, dass der Kanton seit 2011 die Bezirksgerichte zu 100% finanziert.

Abs. 3: Inhaltlich ändern sich die Arbeitsverträge der Mitarbeitenden der Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden nicht. Es findet hingegen ein Arbeitgeberwechsel statt. Neu ist der Kanton Graubünden, vertreten durch das jeweilige Regionalgericht bzw. durch die jeweilige Schlichtungsbehörde, Arbeitgeber.

Abs. 5: Nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens soll der Fall beim neu zuständigen Regionalgericht prosequiert werden.

Abs. 6: Aus verfahrensökonomischen Gründen ist es vorteilhafter, wenn die Zuständigkeit bis zur rechtskräftigen Erledigung des Falles unverändert bleibt. Dies gilt sowohl für die zivil- als auch die strafrechtlichen Verfahren.

5.2 Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)

Art. 1 Geltungsbereich

Die Wahlen der Mitglieder der Regionalgerichte sind eine regionale Angelegenheit (vgl. Art. 2), weshalb auf eine explizite Normierung der Wahlen der Regionalgerichte verzichtet werden kann.

Art. 2 Begriffe

Redaktionelle und terminologische Anpassungen

Art. 8 Abstimmungsort, -tag und -art

Abs. 1: Mit Inkrafttreten der Gebietsreform am 1. Januar 2016 werden Wahlen der Mitglieder des Grossen Rats als regionale Wahlen bezeichnet (Art. 2 Abs. 1 GPR), wobei die Kreise die Wahlkreise bilden. Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen erfolgt im Anhang des Gesetzes über den Grossen Rat (BR 170.100).

Bis anhin bestimmten die Kreisverfassungen die Abstimmungsart. Durch die Ablösung der Kreise durch die Regionen, fallen die Kreisverfassungen weg. Um sicherzustellen, dass die Grossratswahlen an der Urne durchgeführt werden, ist Abs. 1 entsprechend zu ergänzen.

Art. 15 Anordnung, Bekanntgabe

Abs. 1: Terminologische Anpassungen

Art. 16 1. Erneuerungswahlen

Terminologische Anpassung

Art. 17 2. Ersatzwahlen

Abs. 3: Terminologische Anpassung

2.a STILLE WAHL DER MITGLIEDER DER REGIONALGERICHTE
Terminologische Anpassung

Art. 19a Umfang
Terminologische Anpassungen

Art. 19b 1. Aufforderung
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 19e c) Einreichung
Abs. 1: Terminologische Anpassungen

Art. 19f d) Bereinigung
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 19g e) Bekanntgabe
Terminologische Anpassung

Art. 19h 3. Zustandekommen
Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 19i 4. Zweiter Wahlgang
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 19j Ersatzwahlen
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 20 Bereitstellung
Terminologische Anpassung

Art. 21 Umfang
Terminologische Anpassungen

Art. 25 Marginalie
Terminologische Anpassungen

Art. 36 Meldung der Ergebnisse
Abs. 1 und 4: Terminologische Anpassungen

Art. 37 Zusammenfassung der Gemeindeergebnisse
Abs. 2: Terminologische Anpassungen

Art. 41 Losentscheid
Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 42 Veröffentlichung
Terminologische Anpassung

Art. 43 Nachzählung
Abs. 2 und 3: Terminologische Anpassungen

Art. 44 Konsolidiertes Ergebnis
Terminologische Anpassungen

Art. 102 Weiterzug ans Verwaltungsgericht
Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 109a Regionalgerichtswahlen im Jahr 2016

Diese Bestimmung soll sicherstellen, dass die Regionalgerichtswahlen für die Amtsperiode 2017–2020 im Jahr 2016 ordnungsgemäss stattfinden können. Wahlkreise sind dabei die Regionen. Dieser Artikel soll die bisherigen Organe (Bezirksämter, Bezirksgerichte) ermächtigen, die Wahl der Richterinnen und Richter für das Regionalgericht für die Amtsperiode 2017–2020 nach den Bestimmungen des GPR durchzuführen.

Eine Änderung betrifft die Gemeinden Haldenstein und Mutten. Haldenstein wird nicht der Region Landquart, sondern der Region Plessur angehören und Mutten wird anstelle der Region Albula der Region Viamala zugeteilt (Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Regionen; in Kraft ab 1. Januar 2016). Dies bedeutet, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinde Haldenstein im Jahr 2016 die Richterinnen und Richter des Regionalgerichts Plessur wählen; die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinde Mutten wählen die Richterinnen und Richter des Regionalgerichts Viamala (vgl. auch die Erläuterungen zu Art. 76a GOG). Dabei ist zu beachten, dass bis zum 31. Dezember 2016 noch die Bezirksgerichte die Zivil- und die Strafergerichtsbarkeit als 1. Instanz ausüben. Ab dem 1. Januar 2017 übernehmen die Regionalgerichte diese Aufgabe.

5.3 Teilrevision Gesetz über die Staatshaftung (SHG; BR 170.050)

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 1: Terminologische Anpassung

5.4 Gesetz über den Grossen Rat (GRG; BR 170.100)

Art. 34 Kommission für Justiz und Sicherheit; besondere Informationsrechte

Abs. 1: Der Begriff der kantonalen Gerichte umfasst aufgrund der Änderung von Art. 54 KV auch die Regionalgerichte. Im vorliegenden Zusammenhang sind jedoch nur das Kantons- und das Verwaltungsgericht gemeint. Die Regionalgerichte und das Zwangsmassnahmengericht stehen unter der Aufsicht des Kantonsgerichts (vgl. Art. 66 GOG).

Art. 56 Instruktion und Antragsstellung

Abs. 1: Terminologische Anpassung

5.5 Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG; BR 170.300)

Art. 3 Unvereinbarkeit

Terminologische Anpassung

5.6 Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (PG; 170.400)

Art. 3 Gegenstand und Geltungsbereich

Abs. 1: Durch die Anpassung werden die Arbeitnehmer terminologisch korrekt aufgeführt.

Art. 21 Einreihungsplan und Grundsätze der Lohnfestlegung

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 50 Geheimhaltungspflicht, Aktenedition, Aussage vor Gericht, Information der Medien

Mit dieser Anpassung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass eine Person neben Zeuge auch Partei oder Auskunftsperson sein kann.

Art. 58 Unvereinbarkeit von Ämtern

Abs. 1: Die Unvereinbarkeit soll weiterhin nur für das Kantons- und das Verwaltungsgericht, nicht jedoch für die Regionalgerichte und das Zwangsmassnahmengericht gelten. Für die Regionalgerichte und das Zwangsmassnahmengericht haben die Unvereinbarkeitsvoraussetzungen gemäss Kantonsverfassung (vgl. Art. 22 KV) Gültigkeit. So darf beispielsweise niemand seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde angehören.

Art. 65 Für die selbstständigen kantonalen Anstalten und kantonalen Gerichte

Abs. 1 bis 4: Terminologische Anpassungen

Abs. 1: Anpassung der Verweise: Art. 4 Abs. 2 PG wurde aufgehoben.

Art. 66 Anfechtbarkeit personalrechtlicher Entscheide

Abs. 5^{bis}: Dieser entspricht dem bisherigen Art. 42 Abs. 2 GOG. Somit ist die Anfechtung von personalrechtlichen Entscheiden der Gerichte an einem Ort geregelt. Das Kantonsgericht entscheidet in diesen Fällen als letzte kantonale Instanz, d. h. Art. 66 Abs. 6 PG ist in diesen Fällen nicht anwendbar.

Abs. 6: Mit diesem Absatz soll gewährleistet werden, dass die innergerichtlichen Personalentscheide der oberen kantonalen Gerichte beim jeweils anderen oberen kantonalen Gericht angefochten werden können. Hingegen können Entscheide des Kantonsgerichts, die personalrechtliche Streitigkeiten der Regionalgerichte zum Gegenstand haben, nicht ans Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

5.7 Kantonales Datenschutzgesetz (KD SG; BR 171.100)

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 2: Terminologische Anpassungen

Art. 6 Rechtsschutz

Abs. 3: Terminologische Anpassung

5.8 Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der kantonalen Gerichte (GGVG; BR 173.050)

Der Anwendungsbereich dieses Gesetzes umfasst das Kantons- und das Verwaltungsgericht, nicht jedoch die Regionalgerichte und das Zwangsmassnahmengericht. Der Titel dieses Erlasses ist deshalb zu präzisieren.

5.9 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (BR 210.100)

Art. 14 2. Der Gemeindevorstand

Abs. 7: Terminologische Anpassung

Art. 16 II. Verfahren

Abs. 3: Terminologische Anpassung

Art. 72 4. Eröffnung

Terminologische Anpassungen

Art. 73 III. Örtliche Zuständigkeit zur Entgegennahme mündlicher Verfügungen

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 74 1. Siegelung der Erbschaft

Terminologische Anpassungen

Art. 75 2. Sicherungsinventar

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 76 1. Ernennung und Aufgabe des Erbschaftsverwalters

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 77 2. Aufnahme des Inventars

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 79 4. Fortführung des Geschäftes

Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 80 5. Rechnungsruf

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 81 6. Abschluss des Inventars und Frist für die Erklärung der Erben

Terminologische Anpassungen

Art. 83 IV. Erbschaftsverwalter und Willensvollstrecker

Terminologische Anpassungen

Art. 84 I. Anrechnungswert von Grundstücken

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 109 II. Privatrechtliches Vermarchungsverfahren

Abs. 2: Terminologische Anpassung

Art. 151 2. Gütertrennung auf Antrag der Gläubiger

Terminologische Anpassung

Art. 152 3. Sicherstellung des eingebrachten Frauengutes bei Güterverbindung

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 153 4. Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft auf Begehren der Gläubiger

Terminologische Anpassung

Art. 153a II. Berufsbeistandschaften

Terminologische Anpassung

5.10 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (BR 210.200)

Art. 5 Gewährleistung im Viehhandel

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 14e 5. Wiedereintragung

Abs. 1: Terminologische Anpassung

5.11 Notariatsgesetz (BR 210.300)

Art. 4 1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung

Abs. 2: Terminologische Anpassung

5.12 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG; BR 220.000)

Art. 20 Nachlassgericht

Abs. 1: Terminologische Anpassung

5.13 Einführungsgesetz zur schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO; BR 320.100)

Art. 4 1. Einzelrichterin, Einzelrichter
Terminologische Anpassung

Art. 5 2. Kollegialgericht
Terminologische Anpassung

Art. 13 Entscheidung über bestrittene Ausstandsbegehren
Terminologische Anpassung

5.14 Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzStPO; BR 350.100)

Art. 19 Erstinstanzliches Gericht
Terminologische Anpassungen

Art. 20 Jugendgericht
Terminologische Anpassung

5.15 Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (JVG; BR 350.500)

Art. 5 Geldstrafen und Bussen

Abs. 1: Die Rechnungsstellung für Geldstrafen und Bussen soll den Regionalgerichten obliegen. Das Kantonsgericht soll hingegen regeln, wer das Inkasso durchzuführen hat (vgl. Art. 71 GOG). Die Verwaltungsinstanzen bleiben wie bisher für den Einzug der von ihnen ausgefallten Geldstrafen und Bussen zuständig.

5.16 Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG; BR 370.100)

Art. 85b Zivilrechtliche Beschwerde oder Berufung an das Kantonsgericht

Das Bundesgericht hat für den Bereich der Staatshaftung für die Tätigkeit von Spitalärzten entschieden, dass diese Tätigkeit in unmittelbarem Zusammenhang mit Zivilrecht stehe, weshalb ein Weiterzug ans Bundesgericht mit der Beschwerde in Zivilsachen (Art. 72 ff. Bundesgesetz über das

Bundesgericht [BGG; SR 173.110]) zu erfolgen habe (vgl. BGE 139 III 252; Entscheid des Bundesgerichts vom 13. März 2014, 4A_546/2013). Soweit das Bundesrecht nicht eine einzige kantonale Instanz zulässt, haben die Kantone daher einen doppelten Instanzenzug vorzusehen.

Der Kanton Graubünden sieht für diesen Bereich die verwaltungsgerichtliche Klage an das Verwaltungsgericht vor; es fehlt folglich am doppelten Instanzenzug. Es ist daher vorgesehen, sowohl das Gesundheitsgesetz als auch das Gesetz über die Staatshaftung zu revidieren und an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzupassen. Bis dahin soll eine Übergangslösung die Erledigung der bereits am Verwaltungsgericht hängigen Fälle ermöglichen.

Art. 85b VRG sieht deshalb vor, dass vom Verwaltungsgericht in erster Instanz entschiedene Haftungsfälle mit zivilrechtlicher Beschwerde oder Berufung an das Kantonsgericht weitergezogen werden können.

Da es sich um einen Nachvollzug bundesgerichtlicher Rechtsprechung handelt, ist die Regierung der Auffassung, dass es sich ausnahmsweise rechtfertigt, diese Anpassung im Rahmen der Teilrevision des GOG vorzunehmen, obwohl die Änderung nicht durch die Gebietsreform ausgelöst worden ist.

5.17 Gesetz über Ausbildungsbeiträge (StipG; BR 450.200)

Art. 18 Datenbearbeitung und Amtshilfe
Terminologische Anpassung

5.18 Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG; BR 492.100)

Art. 1 Zweck
Abs. 2: Terminologische Anpassungen

Art. 2 Gegenstand
Terminologische Anpassungen

Art. 3 Grundsätze
Terminologische Anpassungen

Art. 8 Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht
Art. 8 hat nur für das Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht Geltung; Regelungen bezüglich der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörden finden sich in Art. 9 ff. SpG.

Art. 9 3. Regionalgerichte

Sowohl die Definition einer einsprachigen Region als auch deren Amtssprache ergibt sich aus Art. 25 Abs. 1 SpG, weshalb Abs. 1 aufgehoben werden kann.

Art. 10 Mehrsprachige Regionen

Sowohl die Definition einer mehrsprachigen Region als auch deren Amtssprache ergibt sich aus Art. 25 Abs. 2 SpG, weshalb Abs. 1 aufgehoben werden kann.

Art. 10a Schlichtungsbehörden

Terminologische Anpassungen

**5.19 Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden
(BR 500.000)**

Art. 9 5. Amtsärzte

Abs. 3: Terminologische Anpassung

Art. 22a Unabhängige Instanz für Transplantationen

Abs. 2: Terminologische Anpassung

5.20 Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG; BR 613.000)

Art. 16 Eingreifen bei häuslicher Gewalt

Terminologische Anpassungen

**5.21 Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden
(FHG; BR 710.100)**

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 1: Die Regionalgerichte als untere kantonale Gerichte sollen in finanzrechtlicher Hinsicht dem Kantons- und Verwaltungsgericht gleichgestellt werden. Der Geltungsbereich des Finanzhaushaltsgesetzes ist deshalb auf die Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden auszudehnen.

Art. 39a Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden

Die kreditmässige Entscheidkompetenz der Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden soll das Kantonsgericht als Aufsichtsbehörde mittels entsprechenden Regelungen auf Verordnungsstufe normieren.

5.22 Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA; BR 710.300)

Beim Erlass des GFA im Jahr 2011 wurden die bisher im Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht vom 30. August 2007 (FFG; BR 710.100) enthaltenen Bestimmungen der Art. 44 und Art. 54 aFFG nicht vollständig in Art. 7 und Art. 12 GFA überführt, obwohl dies der Wille der Regierung und des Gesetzgebers war (vgl. Heft Nr. 3/2011–2012, S. 536 und 537). Der neue Art. 7 GFA, der inhaltlich Art. 44 aFFG entspricht, bedarf lediglich einer sprachlichen Anpassung. Art. 17 GFA, der inhaltlich Art. 54 aFFG entspricht, soll um einen Satz erweitert werden, der bei der Überführung versehentlich nicht übernommen worden ist.

Art. 2 Aufsichtsbereich

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 7 Externe Revisionsstelle

Es handelt sich um eine sprachliche Anpassung. Gemäss GFA-Botschaft (Heft Nr. 3/2011–2012, S. 536) sollten die Art. 5 bis 8 GFA den Art. 42 bis 45 FFG entsprechen.

Im bis zum 29. Februar 2012 geltenden FFG lautete die Bestimmung zur externen Revisionsstelle (Art. 44) wie folgt: Die Geschäftsprüfungskommission beauftragt eine externe Revisionsstelle mit der periodischen Beurteilung der Qualität und Leistung sowie der Prüfung der Rechnung der Finanzkontrolle.

Art. 12 Allgemeine Aufgaben

Abs. 1: Nach heutiger Praxis umfasst der Begriff «Dienststelle» auch die «Betriebe des Kantons».

Art. 14 Berichterstattung und Anträge

Abs. 2: Der Bericht der Finanzkontrolle soll nicht nur an das Kantonsgericht, sondern auch an das geprüfte Regionalgericht und die geprüfte Schlichtungsbehörde gehen.

Art. 16 Erledigung und Entscheide

Abs. 2 lit. c: Die Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden unterstehen der Aufsicht des Kantonsgerichts. Das Zwangsmassnahmengericht ist administrativ dem Regionalgericht angegliedert (Art. 33 Abs. 3 GOG; zurzeit dem Regionalgericht Plessur). Der Aufwand wird beim jeweiligen Regionalgericht berücksichtigt (Art. 34 Abs. 3 GOG). Es bedarf deshalb keiner expliziten Erwähnung.

Art. 17 Tätigkeitsbericht

Im bis zum 29. Februar 2012 geltenden FFG lautete die Bestimmung zum Tätigkeitsbericht (Art. 54 Abs. 2) wie folgt: Der Bericht kann ganz oder teilweise dem Grossen Rat unterbreitet werden, wobei das Amtsgeheimnis und die Persönlichkeitsrechte zu wahren sind. Mindestens einmal pro Legislatur ist Bericht zu erstatten.

Gemäss GFA-Botschaft (Heft Nr. 3/2011–2012, S. 537) sollte Art. 17 GFA Art. 54 FFG entsprechen. Hingegen fehlt im heute geltenden Recht Art. 54 Abs. 2 Satz 2. Um diesen Satz soll Art. 17 erweitert werden.

Art. 19 Dokumentation

Terminologische Anpassungen

Art. 20 Datenzugriff

Abs. 1 und 3: Terminologische Anpassungen

5.23 Steuergesetz für den Kanton Graubünden (BR 720.000)

Art. 123 3. Amtshilfe anderer Behörden

Abs. 1: Terminologische Anpassung

Art. 150 III. Behörden

Abs. 1: Terminologische Anpassung

5.24 Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuer (GKStG; BR 720.200)

Art. 11 5. Subjektive Steuerbefreiung

Lit. d: Terminologische Anpassung

6. Inkrafttreten

Die neuen Bestimmungen unterstehen gemäss Art. 17 Abs. 1 Ziff. 1 KV dem fakultativen Referendum. Nach der Behandlung des Gesetzes im Grossen Rat ist deshalb die Referendumsfrist von 90 Tagen abzuwarten. Die Mitglieder der Regionalgerichte sind im Verlauf des Jahres 2016 zu wählen, weshalb die wahlrelevanten Bestimmungen vorzeitig in Kraft zu setzen sind. Es ist deshalb ein gestaffeltes Inkrafttreten angezeigt. Voraussichtlich auf den **1. Februar 2016** tritt das Gesetz über die politischen Rechte in Kraft. Alle übrigen revidierten Gesetze treten voraussichtlich auf den **1. Januar 2017** in Kraft.

7. Personelle und finanzielle Auswirkungen

7.1 Auswirkungen beim Kanton

Je nachdem wie das Kantonsgericht das Finanz- und Rechnungswesen der Regionalgerichte regeln wird, fallen bei den Gerichtskanzleien Aufgabenentlastungen an. Bei einem Übertrag der Finanzbuchhaltung und des Inkassos auf die Finanzverwaltung des Kantons, ist bei dieser mit entsprechendem Zusatzaufwand zu rechnen.

Der Wegfall der Bezirke und der Regionalverbände hat zur Folge, dass die in deren Eigentum stehenden Liegenschaften und beschränkten dinglichen Rechte, die zur Aufgabenerfüllung der Regionalgerichte benötigt werden, gegen eine angemessene Entschädigung sowie gegen Übernahme der Verbindlichkeiten an den Kanton übergehen sollen. Soweit ersichtlich betrifft dies einzig das Bezirksgericht Landquart. Durch die Übernahme entstehen dem Kanton voraussichtlich einmalige Kosten von ungefähr 1.3 Millionen Franken (Stand heute), da er die entsprechenden Fremdkredite mit Stand per 31. Dezember 2016 übernehmen wird. Diese Kosten wären über die Jahre verteilt auch in Form von Mietkosten angefallen, da der Kanton die Bezirksgerichte bzw. die Regionalgerichte zu 100% finanziert. Den Kosten steht ein Verkehrswert von ungefähr 1.4 Millionen Franken (Stand heute) gegenüber.

7.2 Auswirkungen bei den Regionen

Die Richterinnen und Richter der Regionalgerichte sind im Verlauf des Jahres 2016 zu wählen. Die Amtsdauer schliesst nahtlos an die Amtsdauer der heutigen Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter an, die im Jahr 2012 ordentlich für eine vierjährige Amtsdauer (bis Ende 2016) gewählt worden sind. Einzig die Gemeinden Haldenstein und Mutten wechseln auf den 1. Januar 2017 den Gerichtssprengel, sonst bleibt der Perimeter gleich (vgl. die Ausführungen zu Art. 109a GPR).

7.3 Auswirkungen bei den Bezirken

Die gewählten Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter bleiben bis zum 31. Dezember 2016 im Amt. Der Gerichtssprengel entspricht bis Ende 2016 den heutigen Bezirken (vgl. Art. 108 Abs. 2 nKV).

8. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. RB vom 16.11.2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet.

9. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Standespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Jäger*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu:	–
Geändert:	150.100 170.050 170.100 170.300 170.400 171.100 173.000 173.050 210.100 210.200 210.300 220.000 320.100 350.100 350.500 370.100 450.200 492.100 500.000 613.000 710.100 710.300 720.000 720.200
Aufgehoben:	–

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)" BR [173.000](#) (Stand 1. Januar 2013)
wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 2 (geändert)

² Die ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte**, die Vermittlerämter und die Schlichtungs-
behörden für Mietsachen haben ihren Sitz **in der Regel am Bezirkshauptort**~~am Bezirkshauptort~~**Regions-**
hauptort beziehungsweise an dem von der Verwaltungskommission des Regional-
gerichts bestimmten Ort.

Art. 6 Abs. 2, Abs. 3 (geändert)

² Es leisten den Amtseid oder das Handgelübde:

-
- c) **(geändert)** die ~~Bezirksgerichtspräsidentinnen~~**Regionalgerichtspräsidentinnen** und -präsidenten vor dem Kantonsgericht (Gesamtgericht);
 - d) **(geändert)** die Mitglieder des ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** vor der ~~Bezirksgerichtspräsidentin~~**Regionalgerichtspräsidentin** oder dem ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Regionalgerichtspräsidenten**;
 - e) **(geändert)** die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter vor der ~~Bezirksgerichtspräsidentin~~**Regionalgerichtspräsidentin** oder dem ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Regionalgerichtspräsidenten**;

³ Amtseid und Handgelübde haben folgenden Wortlaut: "Sie als gewählte Präsidentin / gewählter Präsident (gewählte Richterin oder gewählter Richter, gewähltes Mitglied, Aktuarin oder Aktuar) des (Kantons-, Verwaltungs-, ~~Bezirksgerichts~~ **Regionalgerichts** oder der Schlichtungsbehörde) schwören zu Gott (geloben), alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." "Ich schwöre (gelobe) es."

Art. 8a (neu)

Stellenschaffung und -einreihung

¹ Das Kantons- beziehungsweise das Verwaltungsgericht stellen Stellenschaffungsanträge an den Grossen Rat.

² Das Kantonsgericht bestimmt aufgrund der jeweiligen Geschäftslast und nach Anhörung der Regionalgerichte für jedes Regionalgericht die Stellenprozente für Aktuariat und Kanzleipersonal.

³ Das Kantonsgericht reiht die Stellen der Mitglieder und Mitarbeitenden der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler gestützt auf entsprechende Vorschläge des kantonalen Personalamtes und nach Anhörung der Regionalgerichte in die Gehaltsklassen gemäss kantonalem Personalrecht ein oder sieht für die Vermittlerinnen und Vermittler eine Entschädigung nach Taggeld vor. Es regelt die Zuständigkeiten, das Verfahren sowie weitere Einzelheiten in einer Verordnung.

Art. 8b (neu)

Stellung, Besoldung und berufliche Vorsorge

¹ Die Besoldung, die Personalnebenkosten und die berufliche Vorsorge der Richterinnen und Richter des Kantons- beziehungsweise des Verwaltungsgerichts richten sich nach der Spezialgesetzgebung.

² Die Besoldung, die Personalnebenkosten und die berufliche Vorsorge der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte richten sich nach dem kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrecht. Bezüglich Dienstverhältnis gelten dieselben Bestimmungen wie für Richterinnen und Richter des Kantons- beziehungsweise des Verwaltungsgerichts.

³ Die Entschädigungen der nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der nebenamtlichen Aktuarinnen und Aktuare setzen die Regionalgerichte im Rahmen des kantonalen Rechts fest. Die Stellung und die Besoldung der Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen und für Gleichstellungssachen richten sich nach den Bestimmungen für die nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte. Das Kantonsgericht regelt die Einzelheiten in Bezug auf die Schlichtungsbehörden in einer Verordnung.

⁴ Die Anstellungsverhältnisse, die Besoldung und die berufliche Vorsorge der Vermittlerinnen und Vermittler sowie der Mitarbeitenden der Gerichte und Schlichtungsbehörden richten sich nach den Bestimmungen des kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrechts. Abweichende Bestimmungen in diesem Gesetz bleiben vorbehalten.

Art. 8c (neu)

Zugriff auf das zentrale Personen- und Objektregister

¹ Die Gerichte, Vermittlerämter und Schlichtungsbehörden haben Zugriff auf die Daten, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

² Der Datenzugriff kann durch ein Abrufverfahren erfolgen.

³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnerregister und weitere Personen- und Objektregister¹⁾.

Art. 13 Abs. 3 (geändert)

³ Das Kantons- beziehungsweise das Verwaltungsgericht ~~entscheiden~~**entscheidet** über die Entbindung vom Amtsgeheimnis für ~~das Zeugnis~~**die Aussage** vor Gericht oder im Strafverfahren sowie für die Aktenedition.

Art. 15 Abs. 5 (neu)

⁵ Die Parteien und Rechtsvertreterinnen oder Rechtsvertreter haben zu den Verhandlungen in korrekter Kleidung zu erscheinen, welche die Würde des Gerichts respektiert.

Art. 19 Abs. 3 (geändert)

³ Auf Beschluss der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rats können nötigenfalls zusätzlich die ~~Bezirksgerichtspräsidentinnen~~**Regionalgerichtspräsidentinnen** und -präsidenten als Ersatzrichterinnen und -richter beigezogen werden.

Art. 22 Abs. 4 (geändert)

⁴ Bei der Wahl der ~~kantonalen~~-Richterinnen und Richter **des Kantons- und des Verwaltungsgerichts** sind die drei Amtssprachen des Kantons gebührend zu berücksichtigen.

¹⁾ BR [171.200](#)

Art. 24

Aufgehoben

Art. 29

Aufgehoben

Art. 32 Abs. 2 (aufgehoben)

Bestand und Stellung (Überschrift geändert)

² *Aufgehoben*

Art. 33 Abs. 3 (geändert)

³ Das Zwangsmassnahmengericht ist fachlich eigenständig. Administrativ und hinsichtlich Aktuariat ist es dem ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** angegliedert.

Art. 34 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Der Grosse Rat bezeichnet die Mitglieder des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts auf Antrag des Kantonsgerichts aus dem Kreis der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** für die Dauer von vier Jahren.

³ Der Aufwand für das Zwangsmassnahmengericht wird bei der Festlegung der personellen Ressourcen für das jeweilige ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** berücksichtigt.

Titel nach Art. 34 (geändert)

3.3. ~~Bezirksgerichte~~Regionalgerichte

Art. 35

Aufgehoben

Art. 36 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)

¹ Die ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** bestehen aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Vollamt, einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten im Hauptamt sowie acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

² Die ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** Albula, ~~im~~ **Engiadina Bassa/Val Müstair** und Moesa bestehen jeweils aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Vollamt und acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

³ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** Bernina besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Hauptamt und acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

⁴ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** Plessur besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten im Vollamt, einer Richterin oder einem Richter im Hauptamt sowie acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

Art. 37 Abs. 2 (geändert)

² Die ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** wählen die nebenamtlichen Vizepräsidentinnen und -präsidenten aus dem Kreis der nebenamtlichen Richterinnen und Richter.

Art. 38 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Für vollamtliche Mitglieder der ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** finden die Bestimmungen über Nebenbeschäftigungen für Richterinnen und Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichts Anwendung.

² Hauptamtliche Mitglieder der ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben, welche die Amtsausübung oder die Unabhängigkeit und das Ansehen des Gerichts beeinträchtigen könnte. Selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeiten sind der Aufsichtsbehörde zu melden.

Art. 39 Abs. 1 (geändert)

¹ Jedes ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** bestellt eine Zivil- und eine Strafkammer und macht ihre Zusammensetzung öffentlich bekannt.

Art. 40 Abs. 2 (geändert)

² Erweist sich die Besetzung eines ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** mit seinen eigenen Richterinnen und Richtern als unmöglich, kann das Kantonsgericht es durch Richterinnen und Richter eines Nachbargerichts ergänzen oder ein anderes Gericht als zuständig erklären.

Art. 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Jedes ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** bestellt eine aus fünf Mitgliedern bestehende Verwaltungskommission, die unter Vorbehalt anders lautender Bestimmungen für Wahlen, personalrechtliche Fragen und weitere Geschäfte der Justizverwaltung zuständig ist.

² ~~Personalrechtliche Entscheide können an das Kantonsgericht weitergezogen werden.~~**Das Kantonsgericht kann nach Anhörung der Regionalgerichte für untergeordnete Angelegenheiten Einzelzuständigkeiten der Regionalgerichtspräsidentin oder des -präsidenten in einer Verordnung vorsehen.**

Art. 44

Aufgehoben

Art. 45 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Als Schlichtungsbehörde besteht in ~~jedem Bezirk~~**jeder Region** ein Vermittleramt.

² Das Vermittleramt ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist es dem ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** angegliedert. Die Einzelheiten regeln Vermittleramt und ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** in einer Vereinbarung.

Art. 46 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** wählt eine Vermittlerin oder einen Vermittler sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer von vier Jahren.

³ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** schreibt ~~frei werdende~~**zu besetzende** Stellen öffentlich aus.

Art. 47 Abs. 2 (geändert)

² In mehrsprachigen ~~Bezirken~~**Regionen** ist auf eine angemessene Kenntnis oder Vertretung der Amtssprachen zu achten.

Art. 48 Abs. 1 (geändert)

¹ Kann die Vermittlerin oder der Vermittler nicht durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** eine ausserordentliche Stellvertretung.

Art. 49

Aufgehoben

Art. 50 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** entscheidet über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei nach Anhörung des Vermittleramts.

² Soweit die Aktuariats- und Kanzleiarbeiten nicht Angestellten des ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** obliegen, ist das Vermittleramt für die Wahl zuständig.

³ *Aufgehoben*

Art. 51 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Für Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen besteht in ~~jedem Bezirk~~**jeder Region** eine Schlichtungsbehörde.

² Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist sie dem ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** angegliedert.

Art. 53 Abs. 1 (geändert)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** wählt die Vertretung der Mieter- und der Vermieterseite sowie deren Stellvertretung für die Dauer von vier Jahren.

Art. 54 Abs. 1 (geändert)

¹ Kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** eine ausserordentliche Stellvertretung.

Art. 55

Aufgehoben

Art. 56 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** entscheidet über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei.

² Soweit die Aktuariats- und Kanzleiarbeiten nicht Angestellten des ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** obliegen, ist die Schlichtungsbehörde für Mietsachen für die Wahl zuständig. Sie regelt die Organisation der Rechtsberatung gemäss Bundesrecht.

³ *Aufgehoben*

Art. 57 Abs. 2 (geändert)

² Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist sie dem ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** Plessur angegliedert.

Art. 61

Aufgehoben

Art. 66 Abs. 1 (geändert)

¹ Aufsichtsbeschwerden gegen ein ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht**, eine Schlichtungsbehörde oder das kantonale Zwangsmassnahmengericht sowie deren Mitglieder sind beim Kantonsgericht einzureichen.

Art. 67 Abs. 1 (geändert)

¹ Das Gesamtgericht ist zuständig für Beschlüsse, mit welchen ~~Richterinnen und Richter-Mitglieder~~ der ~~Bezirke~~**Regionalgerichte** sowie ~~Mitglieder~~ der Schlichtungsbehörden zeitweilig im Amt eingestellt oder ihres Amtes enthoben werden.

Art. 69 Abs. 1 (geändert)

¹ Der Grosse Rat ist zuständig für Disziplarmassnahmen, mit welchen ~~kantonale~~ Richterinnen und Richter **des Kantons- und des Verwaltungsgerichts** zeitweilig im Amt eingestellt oder ihres Amtes enthoben werden.

Art. 71 Abs. 2 (geändert), Abs. 2^{bis} (neu), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

² Das Kantonsgericht **prüft und** genehmigt Budget und Rechnung der ~~Bezirksgerichte nach Prüfung durch die kantonale Finanzkontrolle und auf deren Antrag~~ **Regionalgerichte**.

^{2bis} Die kantonale Finanzkontrolle prüft im Anschluss daran die Budgets und Rechnungen der Regionalgerichte, des Kantons- und des Verwaltungsgerichts zuhanden der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats.

³ ~~Es-~~ **Das Kantonsgericht** regelt die Einzelheiten zum Finanz- und Rechnungswesen der ~~Bezirksgerichte-Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden~~ in einer Verordnung. Das für die Finanzen zuständige Departement, die Finanzkontrolle ~~und~~ **sowie die BezirksgerichteRegionalgerichte und Schlichtungsbehörden** sind vorgängig anzuhören.

⁴ Nach Rücksprache mit dem für die Finanzen zuständigen Departement können das Kantons- und das Verwaltungsgericht Aufgaben des Finanz- und Rechnungswesen gegen Entschädigung der Finanzverwaltung übertragen.

Art. 73

Aufgehoben

Art. 76

Aufgehoben

Art. 76a (neu)

Übergangsbestimmungen

¹ Die bei der Auflösung der Bezirksgerichte vorhandenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gehen unter Vorbehalt von Absatz 2 entschädigungslos auf den Kanton über.

² Die im Eigentum der Bezirke und der Regionalverbände stehenden Grundstücke und die beschränkten dinglichen Rechte, die für die Aufgabenerfüllung der Regionalgerichte benötigt werden, gehen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes unter Übernahme der Verbindlichkeiten und gegen angemessene Entschädigung an den Kanton über. Der Grundbucheintrag erfolgt auf Anmeldung des Kantons gebührenfrei.

³ Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Arbeitsverträge zwischen den Bezirksgerichten beziehungsweise Schlichtungsbehörden und ihren Mitarbeitenden sind innert dreier Monate auf den neuen Arbeitgeber umzuschreiben.

⁴ Alle Befugnisse der Bezirksgerichte gehen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf die Regionalgerichte über.

⁵ Für Verfahren, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vor einer Schlichtungsbehörde hängig sind, bestimmt sich die Zuständigkeit nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens nach neuem Recht.

⁶ Für Verfahren, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vor einem Gericht hängig sind, bleibt die Zuständigkeit bis zur rechtskräftigen Erledigung erhalten.

II.

1.

Der Erlass "Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)" BR [150.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1

¹ Das Gesetz regelt:

- a) **(geändert)** die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen und regionalen Angelegenheiten ~~sowie die Wahlen der Bezirksgerichte~~;

Art. 2 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Kantonale Wahlen sind die Regierungs- und Ständeratswahlen; ~~regionale Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über den Grossen Rat.~~

² ~~Bezirkswahlen~~ **Regionale Wahlen** sind die Wahlen der Mitglieder **des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über den Grossen Rat sowie die Wahlen der Bezirksgerichte** ~~Mitglieder der Regionalgerichte~~.

Art. 8 Abs. 1 (geändert)

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die ~~Bezirksgerichtswahlen~~ **Grossrats- und Regionalgerichtswahlen** werden gemeinde-weise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt.

Art. 15 Abs. 1

¹ Die Wahlen und Abstimmungen werden angeordnet:

- a) **(geändert)** durch die Regierung: die Regierungs- und Ständeratswahlen inklusive Ersatzwahlen, die ~~Bezirksgerichts-~~ **Regionalgerichts-** und Grossratswahlen sowie die Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten;
- b) **(geändert)** durch die Verwaltungskommission: die Ersatzwahlen im ~~Bezirk~~ **Regionalgericht**;

Art. 16 Abs. 1

¹ Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

- b) **(geändert)** die ~~Bezirksgerichtswahlen~~**Regionalgerichtswahlen** in der Regel in den Monaten März, April, Mai oder Juni für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende Amtsdauer;

Art. 17 Abs. 3 (geändert)

³ Auf Ersatzwahlen ~~im Bezirk~~ **für das Regionalgericht** kann verzichtet werden.

Titel nach Art. 19 (geändert)

2.2.a Stille Wahl der Mitglieder der ~~Bezirksgerichte~~Regionalgerichte****

Art. 19a Abs. 1 (geändert)

¹ Bei Erneuerungs- und Ersatzwahlen für die Mitglieder der ~~Bezirksgerichte~~**Regionalgerichte** ist im ersten und in einem zweiten Wahlgang eine stille Wahl möglich.

Art. 19b Abs. 1 (geändert)

¹ Die Verwaltungskommission des zuständigen ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** publiziert bis spätestens am vierzehnten Montag vor dem Wahltag in ortsüblicher Weise die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

Art. 19e Abs. 1 (geändert)

¹ Wahlvorschläge müssen bis spätestens am achtletzten Montag vor dem Wahltag beim zuständigen ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht** eintreffen.

Art. 19f Abs. 1 (geändert)

¹ Die Verwaltungskommission des zuständigen ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** prüft fortlaufend die eingegangenen Wahlvorschläge in Bezug auf die Formerfordernisse, die Wählbarkeit der Kandidierenden und die Gültigkeit der Unterschriften.

Art. 19g Abs. 1 (geändert)

¹ Die Verwaltungskommission des zuständigen ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** veröffentlicht die Namen der kandidierenden Personen in ortsüblicher Weise.

Art. 19h Abs. 2 (geändert)

² Die Verwaltungskommission des zuständigen ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** entscheidet unverzüglich über das Zustandekommen der stillen Wahl und veröffentlicht den Entscheid im Kantonsamtsblatt und in ortsüblicher Weise.

Art. 19i Abs. 1 (geändert)

¹ Wahlvorschläge können innert drei Tagen nach dem ersten Wahlgang beim ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht** eingereicht werden. Der zweite Wahlgang ist frei.

Art. 19j Abs. 1 (geändert)

¹ Im Falle einer Ersatzwahl, bestimmt die Verwaltungskommission des zuständigen ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** in Beachtung von Artikel 17 Absatz 1 die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen.

Art. 20 Abs. 1

¹ Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen werden vorbereitet und den Gemeinden rechtzeitig zugestellt:

- b) **(geändert)** vom ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht** bei ~~Bezirksgerichtswahlen~~**Regionalgerichtswahlen**;

Art. 21 Abs. 1

¹ Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen umfassen:

- c) **(geändert)** bei den ~~Bezirksgerichtswahlen~~**Regionalgerichtswahlen** und den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates die Wahlzettel, bei den Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Regionalausschusses.

Art. 25

Formen

- 1. In Eidgenössischen, ~~kantonalen~~ und ~~Bezirksangelegenheiten~~**kantonalen Angelegenheiten (Überschrift geändert)**

Art. 36 Abs. 1, Abs. 4 (geändert)

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich die Gemeindeergebnisse:

- b) **(geändert)** bei ~~Bezirksgerichtswahlen~~**Regionalgerichtswahlen** dem ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht**;

⁴ Die ~~Bezirksämter~~**Regionalgerichte** melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der ~~Bezirksgerichtswahlen~~**Regionalgerichtswahlen**.

Art. 37 Abs. 2 (geändert)

² Bei Wahlen im ~~Bezirk~~**des Regionalgerichts** kommt die Aufgabe dem ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht**, bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss zu.

Art. 41 Abs. 1

¹ Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge der Einsitznahme das Los. Die Losziehung nimmt vor:

- b) **(geändert)** bei ~~Bezirksgerichtswahlen~~**Regionalgerichtswahlen** die Verwaltungskommission;

Art. 42 Abs. 1 (geändert)

¹ Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen ~~auf Bezirksebene~~**der Regionalgerichte** vom ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht** und jene der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates sowie der Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten vom Regionalausschuss unverzüglich öffentlich bekanntgegeben.

Art. 43 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

² Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei ~~Wahlen auf Bezirksebene~~**Regionalgerichtswahlen** die Verwaltungskommission sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten der Regionalausschuss eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

³ Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei ~~Wahlen auf Bezirksebene durch das Bezirksamt und bei regionalen Wahlen und Abstimmungen durch~~ **das Regionalgericht beziehungsweise** den Regionalausschuss vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 44 Abs. 2 (geändert)

² Bei Wahlen ~~auf Bezirksebene beziehungsweise bei Wahlen und Abstimmungen auf regionaler Ebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Bezirksamt~~**Regionalgericht** beziehungsweise durch den Regionalausschuss im jeweiligen Publikationsorgan.

Art. 102 Abs. 1 (geändert)

¹ Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der ~~Bezirke~~**Regionalgerichte**, Regionen und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht.

Art. 109a (neu)

Regionalgerichtswahlen im Jahr 2016

¹ Die Stimmberechtigten der jeweiligen Region wählen in getrennten Wahlgängen:

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten;
- b) die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten im Voll- oder Hauptamt;

-
- c) die hauptamtlichen Richterinnen und Richter;
 - d) die übrigen Richterinnen und Richter.

² Die Verwaltungskommission des zuständigen Bezirksgerichts sowie das zuständige Bezirksamt sind für die ordnungsgemässe Durchführung der Regionalgerichtswahlen für die Amtsperiode 2017-2020 verantwortlich.

³ Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind sinngemäss anwendbar.

2.

Der Erlass "Gesetz über die Staatshaftung (SHG)" BR [170.050](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1

¹ Diesem Gesetz unterstehen:

- a) **(geändert)** der Kanton, die ~~Bezirke~~, Regionen und Gemeinden sowie die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und deren selbstständige Anstalten (Gemeinwesen);

3.

Der Erlass "Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)" BR [170.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 34 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich Geschäftsführung und Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, ~~von den kantonalen Gerichten~~ **vom Kantons- und Verwaltungsgericht** sowie **von** den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte neben den für Sachkommissionen vorgesehenen allgemeinen Informationsrechten insbesondere:

Aufzählung unverändert.

Art. 56 Abs. 1 (geändert)

¹ An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen ~~die kantonalen Gerichte~~ **das Kantons- und das Verwaltungsgericht** von der Kommission für Justiz und Sicherheit instruiert.

4.

Der Erlass "Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)" BR [170.300](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 1 (geändert)

¹ Das Amt eines Mitglieds der Regierung ist unvereinbar mit ~~Gemeinde- und Bezirksämtern~~ **Gemeindeämtern** sowie Ämtern in Regionen. Im Übrigen gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen gemäss Artikel 22 der Kantonsverfassung¹⁾.

5.

Der Erlass "Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, PG)" BR [170.400](#) (Stand 1. März 2012) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 1 (geändert), Abs. 2, Abs. 4 (geändert)

¹ Dieses Gesetz regelt das Arbeitsverhältnis der **Mitarbeitenden der kantonalen Mitarbeitenden Verwaltung**.

² Es gilt ferner für die Mitarbeitenden

b) **(geändert) der Gerichte und Schlichtungsbehörden.**

⁴ Nebenamtliche Mitarbeitende sind ausserhalb der engeren Verwaltungsorganisation tätig. Sie werden vom Gesetz ~~oder~~, von der Regierung **oder von den Gerichten** als solche bezeichnet.

Art. 21 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Regierung legt den Einreichungsplan fest. Dieser enthält nach Funktionsbereichen und Gehaltsklassen geordnete Richtpositionen, die auch für die selbstständigen kantonalen Anstalten und die ~~kantonalen Gerichte~~ **und Schlichtungsbehörden** gelten.

Art. 50 Abs. 3 (geändert)

Geheimhaltungspflicht, Aktenedition, ~~Zeugnis~~ **Aussage** vor Gericht, Information der Medien **(Überschrift geändert)**

³ Die Regierung regelt die Zuständigkeit für die Entbindung von der Geheimhaltungspflicht für die Aktenedition, für ~~das Zeugnis~~ **die Aussage** vor Gericht und für die Information der Medien.

Art. 58 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Mitarbeitenden dürfen nicht gleichzeitig Mitglied der Bundesversammlung, des Grossen Rates, der Regierung, ~~der kantonalen Gerichte des Kantons-~~ **oder Verwaltungsgerichts** oder des Bankrates sein. Davon ausgenommen sind Mitarbeitende mit einem gesamten Arbeitsumfang beim Kanton von maximal 40 Prozent.

¹⁾ BR [110.100](#)

Art. 65 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4

2. Für die selbstständigen kantonalen Anstalten ~~und kantonalen~~ sowie Gerichte und Schlichtungsbehörden (Überschrift geändert)

¹ Die selbstständigen kantonalen Anstalten ~~und die kantonalen Gerichte sowie das Kantons- und das Verwaltungsgericht~~ haben die gleichen Befugnisse wie die Regierung. Davon ausgenommen sind die Bestimmungen von ~~Artikel 4 Absatz 2, Artikel 20, Artikel 29 Absatz 2, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 37 Absatz 2 und Artikel 73 Absatz 2.~~

² Die selbstständigen kantonalen Anstalten ~~und die kantonalen Gerichte~~ sowie das **Kantons- und das Verwaltungsgericht** bestimmen die zuständigen Instanzen. Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen in den Organisationsgesetzen.

³ Das Personalamt bereitet auf Antrag und gegen Entschädigung personalrechtliche Verträge, Verfügungen und Beschlüsse der selbstständigen kantonalen Anstalten sowie der ~~kantonalen Gerichte~~ **und Schlichtungsbehörden** im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 vor.

⁴ Die Einreihung der Stellen ist mit dem Personalamt abzusprechen. Wird zwischen der Anstalt oder dem Gericht und dem Personalamt keine Einigung erzielt, entscheidet endgültig

b) **(geändert) bei den kantonalen Gerichten beim Kantons- und Verwaltungsgericht** die vom Grossen Rat bezeichnete Kommission.

Art. 66 Abs. 5^{bis} (neu), Abs. 6 (geändert)

^{5bis} Personalrechtliche Entscheide der Verwaltungskommission des Regionalgerichts können innert 30 Tagen seit der schriftlichen Mitteilung an das Kantonsgericht weitergezogen werden.

⁶ Personalrechtliche Entscheide ~~eines kantonalen Gerichts des Kantonsgerichts, die dessen Mitarbeitende betreffen,~~ können innert 30 Tagen seit der schriftlichen Mitteilung an das ~~andere kantonale Gericht~~ **Verwaltungsgericht und personalrechtliche Entscheide des Verwaltungsgerichts, die dessen Mitarbeitende betreffen, an das Kantonsgericht** weitergezogen werden, soweit das kantonale Personalrecht die Anfechtbarkeit vorsieht.

6.

Der Erlass "Kantonales Datenschutzgesetz (KDSG)" BR [171.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 2

² Als Behörden im Sinne dieses Gesetzes gelten:

- a) **(geändert)** Behörden und Amtsstellen des Kantons, der ~~Bezirke~~, Regionen, Gemeinden und Gemeindeverbindungen;
- b) **(geändert)** öffentlich-rechtliche Anstalten, Stiftungen und Körperschaften des Kantons, der ~~Bezirke~~, Regionen und Gemeinden;

Art. 6 Abs. 3 (geändert)

³ Entscheide der Departemente, der Gemeinde-, ~~Bezirks-~~ und Regionalbehörden, der Gemeindeverbindungen sowie der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften können beim Verwaltungsgericht mit Beschwerde angefochten werden.

7.

Der Erlass "Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der kantonalen Gerichte (GGVG)" BR [173.050](#) (Stand 1. Januar 2009) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder ~~der kantonalen Gerichte~~ des **Kantons- und des Verwaltungsgerichts** (GGVG)

8.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch¹⁾" BR [210.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch²⁾ (**EGzZGB**)

Art. 14 Abs. 7 (geändert)

⁷ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis. Bei der Gemeinde aufbewahrte letztwillige Verfügungen und Erbverträge sind dem ~~Bezirksgericht~~ **Regionalgericht** weiterzuleiten.³⁾

Art. 16 Abs. 3 (geändert)

³ Entscheide der Regierung, der kantonalen Departemente und anderer kantonomer Instanzen auf dem Gebiete des Zivilrechtes können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung⁴⁾ an das Kantonsgericht weitergezogen werden, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein **oberes** kantonales Gericht erforderlich ist.

¹⁾ Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt

²⁾ Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt

³⁾ Vgl. Art. 72 Abs. 1 dieses Gesetzes.

⁴⁾ SR [272](#)

Art. 72 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Wer Kenntnis von einer letztwilligen Verfügung oder einem Erbvertrag hat, ist verpflichtet, diese an den zuständigen ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** zur Eröffnung weiterzuleiten, sobald er vom Tod des Erblassers Kenntnis erhalten hat.

² Ist der Erblasser gestorben, sind die bekannten Erben zur Eröffnung der letztwilligen Verfügung oder des Erbvertrages vor das ~~Bezirksamt~~**Regionalgericht** zu laden. Die Eröffnung ist im Register vorzumerken.

Art. 73 Abs. 1 (geändert)

¹ Die mündliche letztwillige Verfügung gemäss Artikel 506 und 507 können die Zeugen bei jedem ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** niederlegen oder zu Protokoll geben.

Art. 74 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

² In den Fällen von Absatz 1 Ziffern 1 und 2 dieses Artikels sind zu sofortiger Anzeige an den ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** die Erben, die Hausgenossen des Erblassers und der Vorstand seiner Wohngemeinde verpflichtet.

³ Die Siegelung erfolgt durch den ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** oder einen anderen Angestellten des ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts**.

Art. 75 Abs. 1 (geändert)

¹ Das Sicherungsinventar (Art. 553) wird vom ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht**, einem Aktuar des ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** oder einem durch den ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** bezeichneten Notar aufgenommen.

Art. 76 Abs. 1 (geändert)

¹ Der ~~Bezirksgerichtspräsident~~**Einzelrichter am Regionalgericht** ernennt einen Erbschaftsverwalter, der die Rechte und Pflichten eines Beistandes hat (Art. 408 Abs. 1 und 2).

Art. 77 Abs. 1 (geändert)

¹ Der vom ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** beauftragte Notar entsiegelt die Erbschaft und errichtet möglichst rasch zusammen mit dem Erbschaftsverwalter das Inventar.

Art. 79 Abs. 2 (geändert)

² Bewilligt der ~~Bezirksgerichtspräsident~~**Einzelrichter am Regionalgericht** die Fortsetzung des Geschäftes des Erblassers durch einen Miterben, so entscheidet er auch über allfällige Sicherstellungsbegehren der Miterben.

Art. 80 Abs. 1 (geändert)

¹ Der Rechnungsruf (Art. 582) ist vom ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** zweimal im Kantonsamtsblatt, am letzten Wohnsitz des Erblassers und, sofern es notwendig erscheint, in weiteren Publikationsorganen zu veröffentlichen.

Art. 81 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Der ~~Bezirksgerichtspräsident~~**Einzelrichter am Regionalgericht** stellt den Abschluss der Inventaraufnahme fest und teilt diese Verfügung den Erben schriftlich mit. Mit dieser Mitteilung beginnt die Frist für die Erklärung nach Artikel 588.

² Fristverlängerungen des ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichters am Regionalgericht** nach Artikel 587 kommen den säumigen Gläubigern nicht zugute.

Art. 83 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Erbschaftsverwalter und Willensvollstrecker unterstehen der Aufsicht des ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichters am Regionalgericht**.

² Der Erbschaftsverwalter ist verpflichtet, die Beendigung seiner Tätigkeit dem ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichter am Regionalgericht** mitzuteilen.

Art. 84 Abs. 1 (geändert)

¹ Können sich die Erben über den Anrechnungswert von Grundstücken in Sinne von Artikel 618 nicht einigen, ist der ~~Bezirksgerichtspräsident~~**Einzelrichter am Regionalgericht** für die Ernennung der Sachverständigen zuständig; er beauftragt in der Regel die amtliche Schätzungskommission.

Art. 109 Abs. 2 (geändert)

² Zur Erhaltung bestehender Grenzzeichen und Grenzlinien sowie zur Neuvermarchung kann von jedem Grundeigentümer die Mitwirkung des ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~**Einzelrichters am Regionalgericht** verlangt werden. Dieser hat alle beteiligten Grenznachbarn sowie bei Bedarf einen Geometer zur Augenscheinverhandlung zu laden. Er hat ein Protokoll aufzunehmen und darin insbesondere das Ergebnis der Verhandlung niederzulegen. Das Protokoll ist von ihm und den Teilnehmern an der Verhandlung zu unterzeichnen. Die in dieser Weise festgelegte Grenzbestimmung ist für alle gehörig geladenen Beteiligten vorbehaltlich des Nachweises ihrer Unrichtigkeit verbindlich, auch für diejenigen, die der Vorladung ohne genügenden Grund nicht Folge geleistet haben.

Art. 151 Abs. 1 (geändert)

¹ Die neuen Gläubiger eines Ehegatten, der nach Inkrafttreten des neuen Eherechtes vom 5. Oktober 1984 unter dem Güterstand der Güterverbindung lebt, können beim ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~ **Einzelrichter am Regionalgericht** die Anordnung der Gütertrennung verlangen, wenn sie bei der gegen den Ehegatten durchgeführten Betreibung auf Pfändung zu Verlust gekommen sind (Art. 115 und 149 SchKG).

Art. 152 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Ehefrau, die nach Inkrafttreten des neuen Eherechtes vom 5. Oktober 1984 unter dem Güterstand der Güterverbindung lebt, kann beim ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~ **Einzelrichter am Regionalgericht** die Anordnung der Sicherstellung ihres eingebrachten Gutes verlangen, wenn der Ehemann eine solche verweigert.

Art. 153 Abs. 1 (geändert)

¹ Lebt ein überlebender Ehegatte mit den gemeinsamen Kindern nach Inkrafttreten des neuen Eherechtes vom 5. Oktober 1984 unter einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, können die Gläubiger, die bei der Betreibung auf Pfändung gegen den Ehegatten oder gegen eines der Kinder zu Verlust gekommen sind, beim ~~Bezirksgerichtspräsidenten~~ **Einzelrichter am Regionalgericht** die Aufhebung der Gütergemeinschaft verlangen. Wird diese Aufhebung von den Gläubigern eines Kindes gefordert, können die übrigen Beteiligten verlangen, dass es ausscheide.

Art. 153a Abs. 1 (geändert)

¹ Die Berufsbeistandschaften können von ~~der bisherigen Trägerschaft oder einem Regionalverband~~ bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen betrieben werden.

9.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht¹⁾" BR [210.200](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht²⁾ (**EGzOR**)

Art. 5 Abs. 1 (geändert)

¹ Zur Leitung des Vorverfahrens ist die ~~Bezirksgerichtspräsidentin~~ **Einzelrichterin** oder der ~~Bezirksgerichtspräsident~~ **Einzelrichter am Regionalgericht** zuständig, in deren oder dessen Amtskreis das Tier sich befindet.

¹⁾ SR [220](#)

²⁾ SR [220](#)

Art. 14e Abs. 1 (geändert)

¹ Die ~~Bezirksgerichtspräsidentin~~**Einzelrichterin** beziehungsweise der ~~Bezirksgerichtspräsident~~**Einzelrichter am Regionalgericht** entscheidet im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Wiedereintragung einer im Handelsregister gelöschten Rechtseinheit.

10.

Der Erlass "Notariatsgesetz" BR [210.300](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Notariatsgesetz (**NotG**)

Art. 4 Abs. 2

² Der Notariatskommission gehören in der Regel an:

- c) **(geändert)** ein Mitglied ~~eines kantonalen Gerichtes~~**des Kantons- oder Verwaltungsgerichts**.

11.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG)" BR [220.000](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 20 Abs. 1 (geändert)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** ist unteres Nachlassgericht.

12.

Der Erlass "Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO)" BR [320.100](#) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 4 Abs. 1 (geändert)

¹ Soweit das Bundesrecht oder das kantonale Recht nichts anderes ~~bestimmen, be-~~**stimmt**, entscheidet die ~~Präsidentin beziehungsweise der Präsident oder ein anderes~~ Mitglied des ~~Bezirksgerichts~~**Regionalgerichts** in einzelrichterlicher Kompetenz:

Aufzählung unverändert.

Art. 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** amtiert als erstinstanzliches Zivilgericht, soweit nicht die Einzelrichterin oder der Einzelrichter zuständig ist.

³ In den anderen Fällen entscheidet das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** in Dreierbesetzung.

Art. 13 Abs. 1

¹ Ist der Ausstand streitig, entscheidet in Abwesenheit der betroffenen Person:

- c) **(geändert)** das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** in Ausstandsfällen bei Schlichtungsbehörden.

13.

Der Erlass "Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzSt-PO)" BR [350.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 19 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** amtet als erstinstanzliches Strafgericht.

³ In den anderen Fällen entscheidet das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** in Dreierbesetzung.

Art. 20 Abs. 1 (geändert)

¹ Das ~~Bezirksgericht~~**Regionalgericht** amtet als Jugendgericht.

14.

Der Erlass "Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG)" BR [350.500](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 5 Abs. 1 (geändert)

¹ Geldstrafen und Bussen fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichtsbehörden oder Verwaltungsinstanzen, ~~denen auch~~. **Den Verwaltungsinstanzen obliegt** der Einzug ~~obliegt~~ **der von ihnen ausgefallten Geldstrafen und Bussen.**

15.

Der Erlass "Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG)" BR [370.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 85b (neu)

Zivilrechtliche Beschwerde oder Berufung an das Kantonsgericht

¹ Erstinstanzliche Endentscheide des Verwaltungsgerichts, die gemäss Artikel 72 Absatz 2 Litera b BGG¹⁾ in unmittelbarem Zusammenhang mit Zivilrecht stehen, können mit zivilrechtlicher Beschwerde oder Berufung an das Kantonsgericht weitergezogen werden.

² Diese Bestimmung gilt auch für Fälle, die bei ihrem Inkrafttreten am Verwaltungsgericht hängig sind.

16.

Der Erlass "Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG)" BR [450.200](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 18 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Fachstelle und die Behörden von Kanton, ~~Bezirken~~, Regionen und Gemeinden, welche Daten gemäss Absatz 2 bearbeiten, geben Daten weiter, die für die Durchführung dieses Gesetzes von Bedeutung sind.

17.

Der Erlass "Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG)" BR [492.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 2 (geändert)

² Kanton, Regionen, Gemeinden, Gemeindeverbände, ~~Bezirke~~ sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften tragen beim Erfüllen ihrer Aufgaben der herkömmlichen sprachlichen Zusammensetzung der Gebiete Rechnung und nehmen Rücksicht auf die angestammte Sprachgemeinschaft.

¹⁾ SR [173.110](#)

Art. 2 Abs. 1

¹ Dieses Gesetz regelt:

- c) **(geändert)** die Zuordnung der Gemeinden und Regionen zu den Sprachgebieten sowie das Zusammenwirken des Kantons mit den Gemeinden, Regionen; ~~Gemeindeverbänden~~ und ~~Bezirken~~**Gemeindeverbänden** sowie mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei der Bestimmung ihrer Amts- und Schulsprachen.

Art. 3 Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert)

⁴ Im Schriftverkehr benutzen die kantonalen Behörden-, **das Kantons-, das Verwaltungs- und kantonalen Gerichte das Zwangsmassnahmengericht** die Amtssprachen in ihren Standardformen.

⁵ Rätoromanische Standardform der kantonalen Behörden-, **des Kantons-, des Verwaltungs- und kantonalen Gerichte des Zwangsmassnahmengerichts** ist Rumantsch Grischun. Personen rätoromanischer Sprache können sich in den Idiomen oder in Rumantsch Grischun an den Kanton wenden.

Art. 8 Abs. 1 (geändert)

~~2. Kantonale Gerichte~~ **Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht (Überschrift geändert)**

¹ ~~An den kantonalen Gerichten~~**Am Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht** können die Parteien für ihre Rechtsschriften und Eingaben eine kantonale Amtssprache ihrer Wahl verwenden.

Art. 9 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

~~3. Bezirksgerichte~~ **Regionalgerichte**

a) ~~Einsprachige Bezirke~~**Regionen (Überschrift geändert)**

¹ *Aufgehoben*

² Für Rechtsschriften und Eingaben muss die Amtssprache ~~des Bezirks~~**der Region** verwendet werden.

³ Die Hauptverhandlung wird in der Amtssprache ~~des Bezirks~~**der Region** geführt.

Art. 10 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

b) ~~Mehrsprachige Bezirke~~**Regionen (Überschrift geändert)**

¹ *Aufgehoben*

² Die Parteien können für ihre Rechtsschriften und Eingaben eine Amtssprache ~~des Bezirks~~**der Region** verwenden.

³ Die Hauptverhandlung wird in der Regel in ~~der einer~~ Amtssprache **der Region** geführt, welcher die beklagte Partei beziehungsweise die oder der Angeklagte mächtig ist.

Art. 10a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Ist eine Schlichtungsbehörde für den ganzen Kanton zuständig, finden die Bestimmungen für ~~die kantonalen Gerichte~~ **das Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht** Anwendung.

² Für die Verfahren vor den übrigen Schlichtungsbehörden finden die Bestimmungen über die ~~Bezirksgerichte~~ **Regionalgerichte** sinngemäss Anwendung.

Titel nach Art. 15 (geändert)

4. Amts- und Schulsprachen der Gemeinden und ~~Kreise~~ **Regionen**

18.

Der Erlass "Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Gesundheitsgesetz)" BR [500.000](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 9 Abs. 3 (geändert)

³ Die Regierung regelt durch Verordnung die Rechte und Pflichten der ~~Bezirksärzte~~ **Amtsärzte**.

Art. 22a Abs. 1 (geändert)

¹ Der ~~Bezirksgerichtspräsident~~ **Einzelrichter am Regionalgericht** beurteilt die Zulässigkeit der Entnahme regenerierbarer Gewebe und Zellen bei urteilsunfähigen oder minderjährigen Personen.

19.

Der Erlass "Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)" BR [613.000](#) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 16 Abs. 1, Abs. 2 (geändert)

¹ Die Kantonspolizei kann die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4 ZGB für längstens zehn Tage verfügen. Die Verfügung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und:

b) **(geändert) der Einzelrichterin oder dem Bezirksgerichtspräsidium Einzelrichter am Regionalgericht** und, sofern Kinder betroffen sind, der Kinderschutzbehörde innert 24 Stunden zu übermitteln;

² Die Verfügung der Kantonspolizei kann während der Ausweisung mit Beschwerde beim ~~Bezirksgerichtspräsidium~~ **bei der Einzelrichterin oder dem Einzelrichter am Regionalgericht** schriftlich angefochten werden. In der Beschwerde ist mit kurzer Begründung anzugeben, welche Punkte angefochten und welche Abänderungen beantragt werden.

20.

Der Erlass "Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG)" BR [710.100](#) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1 (geändert)

¹ Dieses Gesetz gilt für die kantonalen Behörden und die Verwaltung, deren un- selbstständige Anstalten ~~sowie für das Kantons- und das Verwaltungsgericht, die Gerichte sowie die Schlichtungsbehörden.~~

Art. 39a (neu)

Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden

¹ Das Kantonsgericht regelt in einer Verordnung die kreditmässige Entscheidkompe- tenz sowie weitere finanzrechtliche Bestimmungen bezüglich der Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden nach Anhörung des Departementes für Finanzen und Gemeinden, der Finanzkontrolle, der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehör- den.

21.

Der Erlass "Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA)" BR [710.300](#) (Stand 1. März 2012) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 1

¹ Der Finanzaufsicht durch die Finanzkontrolle unterliegen vorbehältlich abweichen- der Regelungen in Spezialgesetzen:

- c) **(geändert)** die Verwaltung ~~des Kantons-der Gerichte und Verwaltungsge- richts~~**Schlichtungsbehörden;**

Art. 7 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Geschäftsprüfungskommission beauftragt eine externe Revisionsstelle mit der ~~Prüfung periodischen Beurteilung~~ der ~~periodischen Qualitäts-~~**Qualität** und ~~Leistungsbeurteilung~~**Leistung** sowie ~~der Prüfung~~ der Rechnung der Finanzkontrolle.

Art. 12 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes, insbesondere für:

- a) **(geändert)** die Prüfung der Jahresrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen, der **öffentlich-rechtlichen** Anstalten ~~und-, der Departemente,~~ der ~~Betriebe des Kantons~~**Gerichte und der Schlichtungsbehörden;**

Art. 14 Abs. 2 (geändert)

² Der Bericht, der mit Anträgen verbunden werden kann, geht an die zuständige kantonale Dienststelle, das zuständige **Regionalgericht, die zuständige Schlichtungsbehörde, das zuständige** Departement, die Standeskanzlei, das Kantons- oder das Verwaltungsgericht und an das Departement für Finanzen und Gemeinden. Bei Revisionsstellenmandaten richtet sich der Bericht an das zuständige Organ.

Art. 16 Abs. 1 (geändert), Abs. 2

¹ Die Finanzkontrolle setzt der Dienststelle—, **dem Regionalgericht oder der Schlichtungsbehörde** in der Regel eine Frist, innert welcher die Beanstandung zu erledigen oder einem Antrag Folge zu geben ist. ~~Die Dienststelle orientiert Diese~~ **orientieren** die Finanzkontrolle innert der festgesetzten Frist über die Erledigung der Beanstandungen oder Anträge.

² Lässt sich eine Beanstandung oder ein Antrag nicht innert der festgesetzten Frist erledigen, oder sind die Beanstandungen und Anträge bestritten, so unterbreitet die Finanzkontrolle die Angelegenheit zum endgültigen Entscheid:

- c) **(geändert)** dem Kantonsgericht in Fällen, die ein ~~seiner Aufsicht unterstelltes Gericht~~**Regionalgericht oder eine Schlichtungsbehörde** betreffen.

Art. 17 Abs. 2 (geändert)

² Der Bericht kann ganz oder teilweise dem Grossen Rat unterbreitet werden, wobei das Amtsgeheimnis und die Persönlichkeitsrechte zu wahren sind. **Mindestens einmal pro Legislatur ist Bericht zu erstatten.**

Art. 19 Abs. 1 (geändert)

¹ Beschlüsse und Verfügungen der Regierung, ~~des Kantons und des Verwaltungsgerichts, der Gerichte, der Schlichtungsbehörden,~~ der Departemente und der Dienststellen, welche den Finanzhaushalt des Kantons betreffen, sind der Finanzkontrolle unaufgefordert verfügbar zu halten.

Art. 20 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Die Finanzkontrolle hat das Recht, die für die Wahrnehmung der Finanzaufsicht erforderlichen Daten einschliesslich Personendaten aus den Datensammlungen der Departemente und der Dienststellen sowie ~~des Kantons der Gerichte und Verwaltungsgerichts~~**der Schlichtungsbehörden** abzurufen. Soweit die Daten für die Aufgabenerfüllung geeignet und erforderlich sind, erstreckt sich das Zugriffsrecht auch auf besonders schützenswerte Personendaten.

³ ~~Beim Kantons—~~**Bei den Gerichten** und ~~beim Verwaltungsgericht~~**den Schlichtungsbehörden** beschränkt sich der Zugriff auf Dokumente und Daten auf Beschlüsse und Verfügungen im Bereich der Justizaufsicht.

22.

Der Erlass "Steuergesetz für den Kanton Graubünden" BR [720.000](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 123 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Behörden des Bundes und des Kantons sowie der ~~Bezirke~~, Regionen und Gemeinden erteilen den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Behörden ungeachtet einer allfälligen Geheimhaltungspflicht auf Ersuchen hin kostenlos alle erforderlichen Auskünfte. Sie können diese Behörden von sich aus informieren, wenn sie vermuten, dass eine Veranlagung unvollständig ist.

Art. 150 Abs. 1 (geändert)

¹ Inventaraufnahme und Siegelung erfolgen durch die kantonale Steuerverwaltung. Von den Inventaraufnahmen, die durch das ~~Bezirksgericht~~ **Regionalgericht** oder die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde angeordnet werden, ist der Steuerverwaltung eine Kopie zuzustellen.

23.

Der Erlass "Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (GKStG)" BR [720.200](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 1

¹ Von der Handänderungssteuer befreit sind

- d) **(geändert) der Bezirk**, die ~~Region~~, **Regionen**, die ~~Gemeinde~~ **Gemeinden** (mit deren Anstalten) und die ~~Bürgergemeinde~~ **Bürgergemeinden** für Grundstücke im eigenen Gebiet;

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Lescha davart l'organisaziun giudiziala (LOG)

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	150.100 170.050 170.100 170.300 170.400 171.100
	173.000 173.050 210.100 210.200 210.300 220.000
	320.100 350.100 350.500 370.100 450.200 492.100
	500.000 613.000 710.100 710.300 720.000 720.200
Aboli:	–

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,
suenter avair gì invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

Il relasch "Lescha davart l'organisaziun giudiziala (LOG)" DG 173.000 (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 3 al. 2 (midà)

² Las dretgiras ~~distriktualas~~, **regiunalas**, ils uffizis da mediaziun e las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun han lur sedia **per regla** en la chapitala ~~dal distrikt~~ **da la regiun respectivamain en il lieu fixà da la cumissiun administrativa da la dretgira regiunala**.

Art. 6 al. 2, al. 3 (midà)

² Il sarament u l'empermischun solenna fan:

-
- c) **(midà)** las presidentas ed ils presidents da las dretgiras ~~districtualas~~ **regionalas** davant la dretgira chantunala (dretgira cumplessiva);
 - d) **(midà)** las commembras ed ils commembers da la dretgira ~~districtuala~~ **regionala** davant la presidenta u davant il president da la dretgira ~~districtuala~~ **regionala**;
 - e) **(midà)** las commembras ed ils commembers da las autoritads da mediaziun sco er lur substitutas e lur substituents davant la presidenta u davant il president da la dretgira ~~districtuala~~ **regionala**;

³ Il sarament e l'empermischun solenna han la suandanta formulaziun: «Vus sco presidenta elegida / president elegi (derschadra elegida / derschader elegi, commembra elegida / commember elegi, actuara / actuar) da la dretgira (chantunala, administrativa, ~~districtuala~~ **regionala** u da l'autorità da mediaziun) engirais davant Dieu (empermettais) d'ademplier tut las obligaziuns da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair.» – «Jau engir (empermet).

Art. 8a (nov)

Creaziun e classificaziun da plazzas

¹ La dretgira chantunala respectivamain la dretgira administrativa sutta metta al cussegl grond las propostas per stgaffir plazzas.

² Per mintga dretgira regionala fixescha la dretgira chantunala ils pertschients da plazzas per l'actuariat e per il persunal da chanzlia sin basa da la chargia da lavur respectiva e suenter avair tadlà las dretgiras regionalas.

³ Sin basa da propostas correspundentas da l'uffizi chantunal da persunal e suenter avair tadlà las dretgiras regionalas classifitgescha la dretgira chantunala las plazzas da las commembras e dals commembers da las dretgiras regionalas sco er da las mediaturas e dals mediatur en las classas da salari tenor il dretg chantunal da persunal u prevesa per las mediaturas e per ils mediatur ina indemnizaziun tenor diarias. En in'ordinaziun regla ella las cumpetenzas, la procedura sco er ulteriurs detagls.

Art. 8b (nov)

Posiziun, salarisaziun e prevenziun professiunala

¹ La salarisaziun, ils custs accessorics dal persunal e la prevenziun professiunala da las derschadras e dals derschaders da la dretgira chantunala respectivamain da la dretgira administrativa sa drizzan tenor la legislaziun speziala.

² La salarisaziun, ils custs accessorics dal persunal e la prevenziun professiunala da las commembras e dals commembers da las dretgiras regionalas en uffizi cumplain e principal sa drizzan tenor il dretg chantunal davart il persunal respectivamain davart la cassa da pensiun. Areguard la relaziun da servetsch valan las medemas disposiziuns sco per las derschadras e per ils derschaders da la dretgira chantunala respectivamain da la dretgira administrativa.

³ Las indemnisaziuns da las commemoras e dals commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi accessoric sco er da las actuaras e dals actuars en uffizi accessoric vegnan fixadas da las dretgiras regiunalas en il rom dal dretg chantunal. La posiziun e la salarisaziun da las commemoras e dals commembers da las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun e per dumondas d'egualitad sa drizzan tenor las disposiziuns per las commemoras e per ils commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi accessoric. La dretgira chantunala regla en in'ordinaziun ils detagls areguard las autoritads da mediaziun.

⁴ Las relaziuns d'engaschament, la salarisaziun e la prevenziun professiunala da las mediaturas e dals mediatur sco er da las collavuraturas e dals collavuratur da las dretgiras e da las autoritads da mediaziun sa drizzan tenor las disposiziuns dal dretg davart il persunal respectivamain davart la cassa da pensiun. Resalvadas restan disposiziuns divergentas en questa lescha.

Art. 8c (nov)

Access al register central da persunas e d'objects

¹ Las dretgiras, ils uffizis da mediaziun e las autoritads da mediaziun han access a las datas ch'els dovran per ademplir lur incumbensas legalas.

² L'access a las datas po avair lieu tras ina procedura d'invista.

³ Dal rest valan las disposiziuns da la lescha davart ils registers d'abitantas e d'abitants e davart ulteriurs registers da persunas e d'objects¹⁾

Art. 13 al. 3 (midà)

³ La dretgira chantunala respectivamain la dretgira administrativa ~~decida~~**decida** davart la liberaziun dal secret d'uffizi per la ~~perdita~~**deposiziun** davant dretgira u en la procedura penala sco er per l'ediziun d'actas.

Art. 15 al. 5 (nov)

⁵ Las partidas sco er las represchentantas legalas ed ils represchentants legals ston cumparair a las tractativas en vestgadira correcta che respecta la dignitad da la dretgira.

Art. 19 al. 3 (midà)

³ Sin il conclud da la cumissiun dal cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia pon – sche necessari – vegnir incumbensads las presidentas ed ils presidents da la dretgira ~~distrettuala~~**regionala** sco derschadras suppleantas e sco derschaders suppleants.

¹⁾ DG [171.200](#)

Art. 22 al. 4 (midà)

⁴ Tar l'elecziun da las derschadras ~~chantunals~~ e dals derschaders ~~chantunals~~ **da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa** ston las trais linguas uffizialas dal chantun vegnir resguardadas adequatamain.

Art. 24

aboli

Art. 29

aboli

Art. 32 al. 2 (aboli)

Cumposiziun e posiziun **(Titel midà)**

² *aboli*

Art. 33 al. 3 (midà)

³ La dretgira chantunala da mesiras repressivas è independenta areguard la materia. En quai che riguarda l'administraziun e l'actuariat è ella integrada en la dretgira ~~distriktuala~~ **regiunala**.

Art. 34 al. 1 (midà), al. 3 (midà)

¹ Sin proposta da la dretgira chantunala designescha il cussegl grond las commembras ed ils commembers da la dretgira chantunala da mesiras repressivas or dal circol da las commembras e dals commembers en uffizi cumplain e principal da las dretgiras ~~distriktualas~~ **regiunalas**, e quai per ina perioda da 4 onns.

³ La lavur per la dretgira chantunala da mesiras repressivas vegn resguardada cun fixar las resursas persunalas per la dretgira ~~distriktuala~~ **regiunala** respectiva.

Titel suenter Art. 34 (midà)

3.3. Dretgiras ~~distriktualas~~ regiunalas

Art. 35

aboli

Art. 36 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà)

¹ Las dretgiras ~~distriktualas~~ **regiunalas** sa cumponan d'ina presidenta u d'in president en uffizi cumplain, d'ina vicepresidenta u d'in vicepresidente en uffizi principal sco er dad otg derschadras e derschaders en uffizi accessoric.

² Las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas** da l'Alvra, da l'En'Engiadina bassa/Val Müstair e da la Moesa sa cumponan mintgamai d'ina presidenta u d'in president en uffizi cumplain e dad otg derschadras e derschaders en uffizi accessoric.

³ La dretgira ~~distriettual~~**regionala** dal Bernina sa cumpona d'ina presidenta u d'in president en uffizi principal e dad otg derschadras e derschaders en uffizi accessoric.

⁴ La dretgira ~~distriettual~~**regionala** da la Plessur sa cumpona d'ina presidenta u d'in president e d'ina vicepresidenta u d'in vicepresidente en uffizi cumplain, d'ina derschadra u d'in derschader en uffizi principal sco er dad otg derschadras e derschaders en uffizi accessoric.

Art. 37 al. 2 (midà)

² Las vicepresidentas ed ils vicepresidents en uffizi accessoric vegnan elegids tras las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas** or dal ravugl da las derschadras e dals derschaders en uffizi accessoric.

Art. 38 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Per commembras e per commembers da las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas** en uffizi cumplain vegnan applitgadas las disposiziuns davart las occupaziuns accessoricas per derschadras e per derschaders da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa.

² Commembras e commembers da las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas** en uffizi principal na dastgan exequir naginas occupaziuns accessoricas che pudessan disfavourisar l'execuziun da l'uffizi u l'indipendenza e la reputaziun da la dretgira. Activitads da gudogn independentas e dependentas ston vegnir annunziadas a l'autorità da surveglianza.

Art. 39 al. 1 (midà)

¹ Mintga dretgira ~~distriettual~~**regionala** nominescha ina chombra civila ed ina chombra penala e communitescha publicamain sia cumposiziun.

Art. 40 al. 2 (midà)

² Sch'i n'è betg pussaivel d'occupar ina dretgira ~~distriettual~~**regionala** cun sias atgnas derschadras e cun ses agens derschaders, po la dretgira chantunala la cumpletter cun derschadras e cun derschaders d'ina dretgira vischina u declerar in'autra dretgira sco competenta.

Art. 42 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Mintga dretgira ~~distriettual~~**regionala** nominescha ina cumissiun administrativa che consista da tshintg commembras e commembers e ch'è – cun resalva da disposiziuns divergentas – competenta per elecziuns, per dumondas dal dretg da persunal e per ulteriuras fatschentas da l'administraziun giudiziala.

² Cunter decisziuns dal dretg da personal ~~Suenter~~ **avair tadlà las dretgiras regionalas** po vegnir fatg recurs tar ~~la dretgira chantunala~~ **prevair en in'ordinaziun cumpetenzas singulas** da la presidenta u dal president da la dretgira ~~chantunala~~ **regionala per chaussas subordinadas.**

Art. 44

aboli

Art. 45 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Sco autorità da mediaziun exista en mintga ~~distriet~~ **regiun** in uffizi da mediaziun.

² L'uffizi da mediaziun è independent areguard la materia. En quai che riguarda l'administraziun è el integrà en la dretgira ~~distriktuala~~ **regionala**. Ils detagls vegnan reglads da l'uffizi da mediaziun e da la dretgira ~~distriktuala~~ **regionala** en ina cunvegna.

Art. 46 al. 1 (midà), al. 3 (midà)

¹ La dretgira ~~distriktuala~~ **regionala** elegia ina mediatura u in mediatuor ed ina substituta u in substitut per ina perioda d'uffizi da 4- onns.

³ La dretgira ~~distriktuala~~ **regionala** publitgescha uffizialmain las plazzas ~~che vegnan librasch'èn d'occupar.~~

Art. 47 al. 2 (midà)

² En ~~distriets~~ **plurilingvs regions plurilinguas** sto vegnir tegnì quint d'enconuschientschas adequatas da las linguas uffizialas u ch'ellas sajan represchentadas adequatamain.

Art. 48 al. 1 (midà)

¹ Sche la mediatura u sch'il mediatuor na po betg vegnir remplazzà tras la substituta u tras il substitut, designescha la dretgira ~~distriktuala~~ **regionala** ina substituziun extraordinaria.

Art. 49

aboli

Art. 50 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (aboli)

¹ La dretgira ~~distriktuala~~ **regionala** determinescha la concepziun organisatorica fundamentala da l'actuariat e da la chanzlia suenter avoir tadlà l'uffizi da mediaziun.

² Uschenavant che las lavurs d'actuariat e da chanzlia n'èn betg chaussa da las emploiadas e dals emploiads da la dretgira ~~distriktuala~~ **regionala**, è l'uffizi da mediaziun cumpetent per l'elecziun.

³ *aboli*

Art. 51 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Per disptas che resultan tras la locaziun e tras la fittanza da locals d'abitar e da fatschenta ha mintga ~~distrietua~~**regiun** in'autorità da mediaziun.

² L'autorità da mediaziun per dumondas da locaziun è independenta areguard la materia. En quai che riguarda l'administraziun è ella integrada en la dretgira ~~distrietuala~~**regiunala**.

Art. 53 al. 1 (midà)

¹ La dretgira ~~distrietuala~~**regiunala** elegia la represchentanza e la substituziun da la partida da las locatarias e dals locataris sco er da la partida da las locaturas e dals locaturs per ina perioda d'uffizi da 4- onns.

Art. 54 al. 1 (midà)

¹ Sche l'autorità da mediaziun per dumondas da locaziun na po betg vegnir cumpletada cun ina substituziun elegida, designescha la dretgira ~~distrietuala~~**regiunala** ina substituziun extraordinaria.

Art. 55

aboli

Art. 56 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (aboli)

¹ La dretgira ~~distrietuala~~**regiunala** determinescha la concepziun organisatorica fundamentala da l'actuariat e da la chanzlia.

² Uschenavant che las lavurs d'actuariat e da chanzlia n'en betg chaussa da las emploiadas e dals emploiads da la dretgira ~~distrietuala~~**regiunala**, è l'autorità da mediaziun per dumondas da locaziun cumpetenta per l'elecziun. Ella regla l'organisaziun da la cussegliaziun giuridica tenor il dretg federal.

³ *aboli*

Art. 57 al. 2 (midà)

² L'autorità da mediaziun per dumondas d'egualità è independenta areguard la materia. En quai che riguarda l'administraziun è ella integrada en la dretgira ~~distrietuala~~**regiunala** da la Plessur.

Art. 61

aboli

Art. 66 al. 1 (midà)

¹ Recurs da surveglianza cunter ina dretgira ~~distrietuala~~ **regiunala**, cunter in'autorità da mediaziun u cunter la dretgira chantunala da mesiras repressivas sco er cunter lur commembras e cunter lur commembers ston vegnir inoltrads a la dretgira chantunala.

Art. 67 al. 1 (midà)

¹ La dretgira cumplexsiva è cumpetenta per conclus, cun ils quals ~~derschadras commembras e derschaders dals distriets commembers da las dretgiras regiunalas~~ sco er ~~commembras e commembers da l'autorità~~ **las autoritads** da mediaziun vegnan suspendids temporarmain u destituids da lur uffizi.

Art. 69 al. 1 (midà)

¹ Il cussegl grond è cumpetent per mesiras disciplinaras, cun las qualas ~~derschadras e derschaders chantunals da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa~~ vegnan suspendids temporarmain u destituids da lur uffizi.

Art. 71 al. 2 (midà), al. 2^{bis} (nov), al. 3 (midà), al. 4 (nov)

² ~~Suenter l'examinaziun tras la controlla La dretgira chantunala da finanzas e sin proposta da quella examinescha ed approvescha la dretgira chantunala il preventiv ed il quint da las dretgiras distrietualas regiunalas.~~

^{2bis} Lura examinescha la controlla chantunala da finanzas ils preventivs ed ils quints da las dretgiras regiunalas sco er da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa per mauns da la cumissiun da gestiun dal cussegl grond.

³ ~~El~~ **La dretgira chantunala** regla ils detagls davart las finanzas e la contabilitad da las dretgiras ~~distrietualas regiunalas e da las autoritads da mediaziun~~ en in'ordinaziun. L'emprim ston vegnir tadlads il departament ch'è cumpetent per las finanzas, la controlla da finanzas ~~e sco er las dretgiras distrietualas regiunalas e las autoritads da mediaziun.~~

⁴ En cunvegrientscha cun il departament ch'è cumpetent per las finanzas pon la dretgira chantunala e la dretgira administrativa surdar a l'administraziun da finanzas cunter indemnisaziun incumbensas dals fatgs da finanzas e da contabilitad.

Art. 73

aboli

Art. 76

aboli

Art. 76a (nov)

Disposiziuns transitoricas

¹ Las valurs da facultad e las obligaziuns ch'èn avant maun il mument da la schliaziun da las dretgiras districtualas passan – cun resalva da l'alineia 2 – senza indemnisaziun al chantun.

² Cun l'entrada en vigur da questa lescha passan ils bains immobigliars ed ils dretgs reals limitads, ch'èn en proprietad dals districts e da las corporaziuns regiunalas e che vegnan duvrads per ademplir las incumbensas da las dretgiras regiunalas, al chantun, che surpiglia cun quai er las obligaziuns e paja ina indemnisaziun adeguata. L'inscripziun en il register fonsil vegn fatga gratuitamain sin annunzia dal chantun.

³ Ils contracts da lavur ch'existan il mument da l'entrada en vigur da questa lescha tranter las dretgiras districtualas respectivamain tranter las autoritads da mediaziun e lur collavuraturas e collavurats ston vegnir transferids entaifer 3 mais sin il nov patrun.

⁴ Cun l'entrada en vigur da questa lescha passan tut las cumpetenzas da las dretgiras districtualas a las dretgiras regiunalas.

⁵ Per proceduras ch'èn pendentas davant in'autorità da mediaziun il mument che questa lescha entra en vigur, sa drizza la cumpetenza tenor il dretg nov, suenter che la procedura da mediaziun è terminada.

⁶ Per proceduras ch'èn pendentas davant ina dretgira il mument che questa lescha entra en vigur, resta la cumpetenza la medema, fin che la procedura è liquidada cun vigur legala.

II.

1.

Il relasch "Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC)" DG [150.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1

¹ La lescha regla:

- a) **(midà)** las elecziuns e las votaziuns en chaussas chantunalas e regiunalas ~~seco er las elecziuns da las dretgiras districtualas;~~

Art. 2 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Elecziuns chantunalas èn las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns; ~~elecziuns regiunalas èn las elecziuns da las commembras respectivamain dals commembers dal cussegl grond en ils circuls electorals tenor la lescha davart il cussegl grond.~~

² Elecziuns ~~distriettualas~~**regionalas** èn las elecziuns da las commembras respectivamein dals commembers **dal cussegl grond en ils circuls electorals tenor la lescha davart il cussegl grond**¹⁾ sco er las elecziuns da las commembras e dals commembers da las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas**.

Art. 8 al. 1 (midà)

¹ Las elecziuns e las votaziuns federalas e chantunalas sco er las elecziuns **dal cussegl grond** e da las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas** han lieu en las vischnancas, e quai il medem di ed a l'urna.

Art. 15 al. 1

¹ Las elecziuns e las votaziuns vegnan ordinadas:

- a) **(midà)** da la regenza: per las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns inclusiv las elecziuns substitutivas, per las elecziuns da la dretgira ~~distriettuala~~**regionala** e per las elecziuns dal cussegl grond sco er per las votaziuns en chaussas chantunalas;
- b) **(midà)** da la cumissiuin administrativa: per las elecziuns substitutivas en il ~~distriettla~~**dretgira regionala**;

Art. 16 al. 1

¹ Las elecziuns da renovaziun han lieu ils suandants termins:

- b) **(midà)** las elecziuns da ~~la dretgira distriettuala~~**las dretgiras regionalas** per regla ils mais da mars, d'avrigl, da matg u da zercladur per la perioda d'uffizi che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint;

Art. 17 al. 3 (midà)

³ D'elecziuns substitutivas ~~en il distriett~~**per la dretgira regionala** po vegnir desisti.

Titel suenter Art. 19 (midà)

2.2.a Elecziun taciturna da las commembras e dals commembers da las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas**

Art. 19a al. 1 (midà)

¹ En cas d'elecziuns da renovaziun ed en cas d'elecziuns substitutivas da las commembras e dals commembers da las dretgiras ~~distriettualas~~**regionalas** è pussaivla in'elecziun taciturna en l'emprim ed en il segund scrutini.

¹⁾ CS [170.100](#)

Art. 19b al. 1 (midà)

¹ Fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun publicgescha la cumissiun administrativa da la dretgira ~~districtuala~~**regiunala** cumpetenta – en la moda ch'è usitada al lieu – l'invit d'inoltrar propostas electoralas.

Art. 19e al. 1 (midà)

¹ Las propostas electoralas ston arrivar tar l'uffizi ~~districtual~~ **cumpetentla dretgira regiunala cumpetenta** fin il pli tard l'otgavel glindesdi avant il di d'elecziun.

Art. 19f al. 1 (midà)

¹ La cumissiun administrativa da la dretgira ~~districtuala~~**regiunala** cumpetenta controllescha cuntinuadamain che las propostas electoralas inoltradas adempleschian las pretensiuns formalas, che las candidatas ed ils candidats sajan elegibels e che las sutscriptiuns sajan valaivlas.

Art. 19g al. 1 (midà)

¹ La cumissiun administrativa da la dretgira ~~districtuala~~**regiunala** cumpetenta publicgescha ils nums da las candidatas e dals candidats en la moda ch'è usitada al lieu.

Art. 19h al. 2 (midà)

² La cumissiun administrativa da la dretgira ~~districtuala~~**regiunala** cumpetenta decida immediatamain, sche l'elecziun taciturna ha lieu, e publicgescha questa decisiun en il fegl uffizial dal chantun sco er en la moda ch'è usitada al lieu.

Art. 19i al. 1 (midà)

¹ Propostas electoralas pon vegnir inoltradas a l'uffizi ~~districtuala~~**la dretgira regiunala** entaifer 3 dis suenter l'emprim scrutini. Il segund scrutini è liber.

Art. 19j al. 1 (midà)

¹ En cas d'ina elecziun substitutiva fixescha la cumissiun administrativa da la dretgira ~~districtuala~~**regiunala** cumpetenta il termin per inoltrar propostas electoralas, observond l'artitgel 17 alinea 1.

Art. 20 al. 1

¹ Ils documents d'elecziun e da votaziun vegnan preparads e tramess ad ura a las vischnancas:

- b) **(midà)** da l'uffizi ~~districtual~~**la dretgira regiunala** tar elecziuns da ~~la dretgira districtuala~~**las dretgiras regionalas**;

Art. 21 al. 1

¹ Ils documents d'elecziun e da votaziun cumpiglian:

- c) **(midà)** ils cedels electorals tar las elecziuns da la dretgira ~~districtuala~~ **regiunala** e tar las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond, ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns ~~da la cumissiu administrativa respectivamain da la cumissiu regiunala~~ tar votaziuns en chaussas regiunalas.

Art. 25

Furmas

- 1. en chaussas federalas, ~~chantunalas~~ e ~~districtualas~~ **chantunalas (Titel midà)**

Art. 36 al. 1, al. 4 (midà)

¹ Il biro electoral communitescha immediatamain ils resultats da la vischnanca:

- b) **(midà)** tar las elecziuns da la dretgira ~~districtuala~~ **las dretgiras regiunalas** a l'uffizi ~~districtual~~ **la dretgira regiunala**;

⁴ ~~His uffizis districtuals~~ **Las dretgiras regiunalas** communiteschan ils resultats da las elecziuns da la dretgira ~~districtuala~~ **las dretgiras regiunalas** en scrit a la chanzlia chantunala il di suenter ~~las elecziuns~~ **l'elecziun**.

Art. 37 al. 2 (midà)

² Tar elecziuns ~~en il district da la dretgira regiunala~~ **è quai chaussa da l'uffizi districtual, la dretgira regiunala**, tar las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e tar votaziuns en chaussas regiunalas ~~da la~~ **la cumissiu regiunala questa incumbensa**.

Art. 41 al. 1

¹ Sche pliras personas han survegni il medem dumber da vuschs, decida la sort davart l'elecziun u davart la successiun d'occupar in post. La sort vegn tratga:

- b) **(midà)** da la cumissiu administrativa tar elecziuns da la dretgira ~~districtuala~~ **regiunala**;

Art. 42 al. 1 (midà)

¹ Ils resultats totals provisories da las votaziuns e da las elecziuns chantunalas vegnan publicgads immediatamain tras la chanzlia chantunala, quels da las elecziuns ~~sin plaun districtual da las dretgiras regiunalas~~ **tras l'uffizi districtual las dretgiras regiunalas** e quels da ~~l'elecziun~~ **las elecziuns** da las commembras e dals commembers dal cussegl grond sco er da votaziuns en chaussas regiunalas ~~tras la cumissiu regiunala~~ **las cumissiuns regiunalas**.

Art. 43 al. 2 (midà), al. 3 (midà)

² Dal rest ordinescha tar elecziuns e tar votaziuns chantunalas la regenza, tar elecziuns ~~sin plaun districtual da la dretgira regionala~~ la cumissiuin administrativa sco er tar las elecziuns da las commemoras e dals commembers dal cussegl grond e tar votaziuns en chaussas regionalas la cumissiuin regionala ina verificaziun dal scrutini, ~~sch'el~~ **sch'i** existan indizis concrets per irregularitads.

³ La verificaziun dal scrutini po succeder en in lieu central, tar elecziuns e tar votaziuns chantunalas tras la chanzlia chantunala, tar elecziuns e tar votaziuns ~~sin plaun districtual regionalas~~ tras l'uffizi districtual ~~e tar elecziuns e votaziuns regionalas~~ **la dretgira regionala respectivamain** tras la cumissiuin regionala u – sin dumonda da quests posts – en las vischnancas.

Art. 44 al. 2 (midà)

² Tar elecziuns ~~sin plaun districtual respectivamain tar elecziuns e tar votaziuns sin plaun regional~~ succeda la publicaziun tras l'uffizi districtual ~~la dretgira regionala~~ respectivamain tras la cumissiuin regionala, ~~e quai mintgamai~~ en l'organ da publicaziun respectiv.

Art. 102 al. 1 (midà)

¹ Cunter decisiuns da la regenza, dal cussegl grond e da la cumissiuin cumpetenta dal cussegl grond sco er da las autoritads ~~dals districts, da las dretgiras regionalas,~~ da las regiuns e da las vischnancas po vegnir recurri tar la dretgira administrativa pervia da violaziun da dretg politics.

Art. 109a (nov)

Elecziuns da las dretgiras regionalas l'onn 2016

¹ En scrutinis separads elegian las votantas ed ils votants da las regiuns respectivas:

- a) la presidenta u il president;
- b) la vicepresidenta u il vicepresidente en uffizi cumplain u principal;
- c) las derschadras ed ils derschaders en uffizi principal;
- d) las ulteriuras derschadras ed ils ulteriurs derschaders.

² La cumissiuin administrativa da la dretgira districtuala cumpetenta sco er l'uffizi districtual cumpetent en responsabels che las elecziuns da las dretgiras regionalas per la perioda d'uffizi 2017-2020 hajan lieu conform a l'urden.

³ Las disposiziuns da questa lescha en applitgables conform al senn.

2.

Il relasch "Lescha davart la responsabladad dal stadi (LRS)" DG [170.050](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1

¹ A questa lescha èn suttaless:

- a) **(midà)** il chantun, ~~ils districts,~~ las regiuns e las vischnancas sco er las ulteriuras corporaziuns da dretg public e lur instituts autonomis (instituziuns publicas);

3.

Il relasch "Lescha davart il cussegl grond (LCG)" DG [170.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 34 al. 1 (midà)

¹ Da ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa** sco er da las cumissiuns da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats po la cumissiun per giustia e segirezza – en il rom da sia surveglianza concernent la gestiun e l'administraziun giudiziala, sche quai è d'impurtanza per ademplir sias incumbensas, ed ultra dals dretgs generals da survegnir infurmaziuns ch'èn previs per las cumissiuns spezialas – cunzunt:

Enumeraziun senza midadas.

Art. 56 al. 1 (midà)

¹ Recurs da surveglianza cunter la regenza drizzads al cussegl grond vegnan instruids da la cumissiun da gestiun, tals cunter ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira chantunala e la dretgira administrativa** vegnan instruids da la cumissiun per giustia e segirezza.

4.

Il relasch "Lescha davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun (LORA)" DG [170.300](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 3 al. 1 (midà)

¹ L'uffizi d'ina commembra u d'in commember da la regenza è incumpatibel cun uffizis communalis e ~~districtuals~~ **sco er cun uffizis en regiuns**. Dal rest valan las disposiziuns d'incumpatibilitad tenor l'artitgel 22 da la constituziun chantunala¹⁾.

5.

Il relasch "Lescha davart la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavurats dal chantun Grischun (lescha dal persunal, LP)" DG [170.400](#) (versiun dals 01-03-2012) vegn midà sco suonda:

¹⁾ DG [110.100](#)

Art. 3 al. 1 (midà), al. 2, al. 4 (midà)

¹ Questa lescha regla la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavuratur ~~chantunals~~ **da l'administraziun chantunala**.

² Ella vala plinavant per las collavuraturas e per ils collavuratur:

b) **(midà) da las dretgiras e da las autoritads da mediaziun.**

⁴ Collavuraturas e collavuratur en uffizi accessoric lavuran ordaifer l'organisaziun da l'administraziun pli stretga. Ellas ed els vegnan designads sco talas e sco tals tras la lescha ~~u~~, tras la regenza **u tras las dretgiras**.

Art. 21 al. 1 (midà)

¹ La regenza fixescha il plan da classificaziun. Quel cuntegna posiziuns directivas ordinadas tenor secturs d'activitad e tenor classas da salari che valan er per ils instituts chantunals autonom-, **per las dretgiras** e per las ~~dretgiras chantunals~~ **autoritads da mediaziun**.

Art. 50 al. 3 (midà)

Obligaziun dal secret professiunal, ediziun d'actas, ~~perditga~~ **deposiziun** davant dretgira, infurmaziun da las medias **(Titel midà)**

³ La regenza regla la cumpetenza per la dispensaziun da l'obligaziun dal secret professiunal per edir actas, per ~~dar perditga~~ **deposiziuns** davant dretgira e per infurmar las medias.

Art. 58 al. 1 (midà)

¹ Las collavuraturas ed ils collavuratur na dastgan betg esser a medem temp commemoras u commembers da l'assemblea federala, dal cussegl grond, da la regenza, da ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira chantunala u da la dretgira administrativa ubain** dal cussegl da banca. Exceptads da quai èn collavuraturas e collavuratur che han in grad d'occupaziun total da maximalmain 40 pertschient tar il chantun.

Art. 65 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà)

2. per ils instituts chantunals autonom ~~e sco er~~ per las dretgiras ~~chantunals~~ **per las autoritads da mediaziun (Titel midà)**

¹ Ils instituts chantunals autonom **sco er la dretgira chantunala** e ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira administrativa** han las medemas cumpetenzas sco la regenza. Exceptadas da quai èn las disposiziuns ~~da l'artitel 4 alinea 2~~, da l'artitel 20, da l'artitel 29 alinea 2, da l'artitel 35 alinea 4, da l'artitel 36 alinea 2, da l'artitel 37 alinea 2 e da l'artitel 73 alinea 2.

² Ils instituts chantunals autonom **sco er la dretgira chantunala** e ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira administrativa** fixeschan las instanzas cumpetentas. Resalvadas restan disposiziuns spezialas en las leschas d'organisaziun.

³ L'uffizi da personal e d'organisaziun prepara – sin dumonda e cunter indemnisiun – contracts, disposiziuns e conclus dal dretg da personal dals instituts chantunals autonomi sco er da las dretgiras chantunals **da las autoritads da mediaziun** en il senn da l'artitgel 59 alinea 2.

⁴ La classificaziun da las plazzas sto vegnir coordinada cun l'uffizi da personal e d'organisaziun. Sch'i na vegn betg chattada ina cunvegna tranter l'institut u tranter la dretgira e l'uffizi da personal e d'organisaziun, decida definitivamain:

- b) **(midà)** la cumissiun designada dal cussegl grond tar ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira chantunala e tar la dretgira administrativa.**

Art. 66 al. 5^{bis} (nov), al. 6 (midà)

^{5bis} Cunter decisiuns da la cumissiun administrativa da la dretgira regionala concernent il dretg da personal po vegnir fatg recurs tar la dretgira chantunala entaifer 30 dis dapi la comunicaziun en scrit.

⁶ Cunter decisiuns ~~d'ina da la~~ dretgira chantunala concernent il dretg da personal **che pertutgan sias collavuraturas e ses collavuratur** po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis dapi la comunicaziun en scrit tar ~~l'autrala dretgira administrativa e cunter decisiuns da la dretgira administrativa concernent il dretg da personal che pertutgan sias collavuraturas e ses collavuratur~~ po vegnir fatg recurs entaifer **30 dis dapi la comunicaziun en scrit tar la** dretgira chantunala, uschenavant ch'il dretg chantunala da personal prevesa la contestabladad.

6.

Il relasch "Lescha chantunala davart la protecziun da datas (LCPD)" DG [171.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 2

² Sco autoritads en il senn da questa lescha valan:

- a) **(midà)** autoritads ed uffizis dal chantun, ~~dals districts,~~ **da las regions,** da las ~~regions~~ **vischnancas** e da las **colliaziuns da vischnancas**;
- b) **(midà)** instituts, fundaziuns e corporaziuns da dretg public dal chantun, ~~dals districts,~~ da las regions e da las vischnancas;

Art. 6 al. 3 (midà)

³ Decisiuns dals departaments, da las autoritads communalas, ~~districtualas~~ e regionalas, da las colliaziuns da vischnancas sco er dals instituts autonomi e da las corporaziuns autonomas da dretg public pon vegnir contestadas cun recurs tar la dretgira administrativa.

7.

Il relasch "Lescha davart ils salaris e davart la prevenziun professiunala da las commembras e dals commembers da las dretgiras chantunalas (LSPD)" DG [173.050](#) (versiun dals 01-01-2009) vegn midà sco suonda:

Titel (midà)

Lescha davart ils salaris e davart la prevenziun professiunala da las commembras e dals commembers da las dretgiras chantunalas **la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa** (LSPD)

8.

Il relasch "Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer¹⁾" DG [210.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Titel (midà)

Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer²⁾ (**LIItCCS**)

Art. 14 al. 7 (midà)

⁷ La suprananza communal da l'ultim lieu da domicil d'ina persuna u l'uffizi ch'ella ha designà fa immediatamain a savair a l'administraziun chantunala da taglia ils mortoris ch'en vegnids annunziads ad ella u ad el. Disposiziuns testamentaras e contracts d'ierta che vegnan conservads tar la vischnanca ston vegnir tramess vinavant a la dretgira ~~districtuala~~ **regiunala**.³⁾

¹⁾ approvada dal DFGP ils 5 d'avrigl 1994

²⁾ approvada dal DFGP ils 5 d'avrigl 1994

³⁾ cf. art. 72 al. 1 da questa lescha

Art. 16 al. 3 (midà)

³ Cunter conclus da la regenza, dals departaments chantunals e d'autras instanzas chantunales sin il champ dal dretg civil po vegnir recurri cun appellaziun tar la dretgira chantunala tenor il cudesch da procedura civila¹⁾, sch'in giudicament en ultima istanza tenor il dretg surordinà è necessari tras ina dretgira chantunala **superiura**.

Art. 72 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Tgi che ha enconuschientscha d'ina disposiziun testamentara u d'in contract d'ierta è obligà da trametter quest al ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **competent** **regiunala** **competenta** per l'avertura, uschespert ch'el ha survegni enconuschientscha da la mort dal testader.

² Sch'il testader è mort, ston ils ertavels enconuschents vegnir envidads a l'uffizi ~~distriettual~~ **davant la dretgira regiunala** per l'avertura da la disposiziun testamentara u dal contract d'ierta. L'avertura sto vegnir nudada en il register.

Art. 73 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Las perditgas pon deponer u dar a protocol la disposiziun testamentara orala tenor ils artitgels 506 e 507 tar mintga ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**.

² Il document ch'è vegnì redigì da las perditgas u – en cas d'ina decleranza orala – il protocol ch'è vegnì fatg en chaussa sto il ~~president eirquital~~ **quel** surdar a l'istanza da la vischnanca da domicil ch'è competenta per la conservaziun u per l'avertura.

Art. 74 al. 2 (midà), al. 3 (midà)

² En ils cas da l'alinea 1 cifras 1 e 2 da quest artitgel èn ils ertavels, ils cussedents dal testader e la supranza da sia vischnanca da domicil obligads da far immediatamain annunzia al ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**.

³ La sigillaziun vegn fatga dal ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** u d'in auter emploià da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**.

Art. 75 al. 1 (midà)

¹ L'inventari da segiranza (art. 553) vegn fatg dal ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**, d'in actuar da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** u d'in notar designà dal ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**.

¹⁾ CS [272](#)

Art. 76 al. 1 (midà)

¹ Il ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** nominescha in administratur d'ierta che ha ils dretgs e las obligaziuns d'in procuratur (art. 408 al. 1 e 2).

Art. 77 al. 1 (midà)

¹ Il notar incumbensà dal ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** dissigillescha l'ierta e fa uschè svelt sco pussaivel l'inventari ensemen cun l'administratur d'ierta.

Art. 79 al. 2 (midà)

² Sch'in ~~president~~ **Sch'il derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** permetta ch'in cunertavel mainia vinavant la fatschenta dal testader, decida el er davart eventualas pretensiuns da garanzia dals cunertavels.

Art. 80 al. 1 (midà)

¹ Il clom da quints (art. 582) sto vegnir publitgà dal ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** duas giadas en il fegl'uffizial dal chantun; **Grischun**, a l'ultim lieu da domicil dal testader e, sche quai para d'esser necessari, en ulteriurs organs da publicaziun.

Art. 81 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Il ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** constatescha la conclusiun da l'inventarisaziun e communitescha questa disposiziun en scrit als ertavels. Cun questa comunicaziun cumenza il termin per la decleranza tenor l'artitgel 588.

² Crediturs negligents na pon betg profitar d'ina prolungaziun dal termin tras il ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** tenor l'artitgel 587.

Art. 83 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ L'administratur d'ierta e l'executur dal testament èn suttamess a la surveglianza dal ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**.

² L'administratur d'ierta è obligà da communigar al ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala**, cur che sia actività è terminada.

Art. 84 al. 1 (midà)

¹ Sch'ils ertavels na pon betg sa cunvegner davart la valur imputabla da bains immobigliars en il senn da l'artitgel 618, è il ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regiunala** competent per nominar ils experts; el incumbensescha per regla la cumissiun uffiziala da stimaziun.

Art. 109 al. 2 (midà)

² Per verifitgar segns da cunfin existents e lingias da cunfin existents sco er per ina nova termaziun po mintga proprietari da bains immobigliars pretender la cooperaziun dal ~~president-derschader singul~~ da la dretgira ~~distriettuala~~**regiunala**. Quel sto envidar tut ils vischins cunfinants sco er – en cas da basegn – in geometer ad ina tractativa d'inspeziun. El sto far in protocol e notar en quel en spezial il resultat da la tractativa. El ed ils participants da la tractativa ston suttascriver il protocol. La fixaziun dals cunfins ch'è succedida en questa moda è – cun resalva ch'i vegnia cumprovà sia incorrectadad – lianta per tut ils participants ch'èn vegnids envidads en moda cunvegnetta, er per quels che n'han senza motivs suffizients betg obedi a la citaziun.

Art. 151 al. 1 (midà)

¹ Ils novs crediturs d'in consort che viva suenter l'entrada en vigur dal nov dretg matrimonial dals 5 d'october 1984 sut il stadi da l'uniun dals bains pon pretender tar il ~~president-derschader singul~~ da la dretgira ~~distriettuala~~**regiunala** l'ordinaziun da la separaziun dals bains, sch'els han gi perditas tar la scussiu sin sequestraziun fatga cunter il consort (art. 115 e 149 LSC¹⁾).

Art. 152 al. 1 (midà)

¹ La consorta che viva suenter l'entrada en vigur dal nov dretg matrimonial dals 5 d'october 1984 sut il stadi da l'uniun dals bains po pretender tar il ~~president-derschader singul~~ da la dretgira ~~distriettuala~~**regiunala** l'ordinaziun da la segirada da ses bain appurtà en la lètg, sch'il consort refusa ina tala segirada.

Art. 153 al. 1 (midà)

¹ Sch'il consort survivent viva suenter l'entrada en vigur dal nov dretg matrimonial dals 5 d'october 1984 cun ils uffants communabels sut ina cuminanza dals bains continuada, pon ils crediturs che han gi perditas tar la scussiu sin sequestraziun fatga cunter il consort u cunter in dals uffants, pretender tar il ~~president-derschader singul~~ da la dretgira ~~distriettuala~~**regiunala** l'aboliziun da la cuminanza dals bains. Sche questa aboliziun vegn pretendida dals crediturs d'in uffant, pon ils ulteriurs participads pretender che quest uffant vegnia exclus.

Art. 153a al. 1 (midà)

¹ Las curatellas professiunalas pon vegnir manadas ~~dal portader vertent u~~ d'ina corporaziun regiunala fin 2 onns suenter l'entrada en vigur da la divisiun dal chantun en regions.

¹⁾ CS [281.1](#)

9.

Il relasch "Lescha introductiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer¹⁾" DG [210.200](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Titel (midà)

Lescha introductiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer²⁾ (**LItDO**)

Art. 5 al. 1 (midà)

¹ La cumpetenza per manar la procedura preliminar ha la ~~presidenta~~**-derschadra singula** u il ~~president~~**-derschader singul** da la dretgira ~~distriktuala~~**regiunala**, en il circol d'uffizi da la quala u dal qual sa chatta l'animal.

Art. 14e al. 1 (midà)

¹ La ~~presidenta~~**-derschadra singula** u il ~~president~~**-derschader singul** da la dretgira ~~distriktuala~~**regiunala** decida en la procedura da la giurisdicziun voluntara, sch'ina unitad giuridica extinguida duai vegnir reinscritta en il register da commerzi.

10.

Il relasch "Lescha davart il notariat" DG [210.300](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Titel (midà)

Lescha davart il notariat (**LNot**)

Art. 4 al. 2

² A la cumissiun da notariat appartegnan per regla:

- c) **(midà)** ina commembra u in commember ~~d'ina da la~~ dretgira chantunala **u da la dretgira administrativa.**

11.

Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala davart la scussion ed il concurs (LItLSC)" DG [220.000](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 20 al. 1 (midà)

¹ La dretgira ~~distriktuala~~**regiunala** è la dretgira inferiura da moratori.

¹⁾ CS [220](#)

²⁾ CS [220](#)

12.

Il relasch "Lescha introductiva tar il cudesch da procedura civila svizzer (LitCPC)" DG [320.100](#) (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 4 al. 1 (midà)

¹ Uschenavant ch'il dretg federal u chantunal na fixescha nagut auter, decida ~~la presidenta u il president ubain in'otra ina~~ commembra u in ~~auter~~ commember da la dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** en cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul:

Enumeraziun senza midadas.

Art. 5 al. 1 (midà), al. 3 (midà)

¹ La dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** è la dretgira civila d'emprima istanza, nun che la derschadra singula u il derschader singul saja cumpetent.

³ En ils ulteriurs cas decida la dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** en ina cumposiziun da trais.

Art. 13 al. 1

¹ Sche la recusaziun è dispaivla, vegn la decisiun premda en absenza da la persuna pertutgada:

- c) **(midà)** da la dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** en cas da recusaziuns tar autoritads da medaziun.

13.

Il relasch "Lescha introductiva tar il cudesch da procedura penala svizzer (LitCPP)" DG [350.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 19 al. 1 (midà), al. 3 (midà)

¹ La dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** è la dretgira penala d'emprima istanza.

³ En ils ulteriurs cas decida la dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** en ina cumposiziun da trais.

Art. 20 al. 1 (midà)

¹ La dretgira ~~distrettuala~~ **regiunala** è la dretgira per giuvenils.

14.

Il relasch "Lescha davart l'execuziun giudiziala en il chantun Grischun (lescha davart l'execuziun giudiziala; LEExG)" DG [350.500](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 5 al. 1 (midà)

¹ Chastis pecuniars e multas crodan – cun resalva d'intents spezials – a la cassa da las autoritads giudizialas u da las instanzas administrativas ch'èn stadas competentas en l'emprima istanza. ~~Quellas han er~~ **Las instanzas administrativas han** da procurar per l'incassament **dals chastis pecuniars e da las multas ch'ellas han pronunzià.**

15.

Il relasch "Lescha davart la giurisdicziun administrativa (LGA)" DG [370.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 85b (nov)

Recurs u appellaziun da dretg civil tar la dretgira chantunala

¹ Cunter decisziuns finalas d'emprima istanza da la dretgira administrativa che stattan en in connex direct cun il dretg civil tenor l'artitgel 72 alinea 2 litera b da la lescha davart il tribunal federal¹⁾, po vegnir fatg recurs u appellaziun da dretg civil tar la dretgira chantunala.

² Questa disposiziun vala er per cas ch'èn pendants davant la dretgira administrativa, cur ch'ella entra en vigur.

16.

Il relasch "Lescha davart las contribuziuns da scolaziun (lescha da stipendis, LStip)" DG [450.200](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 18 al. 1 (midà)

¹ Il post spezialisà e las autoritads dal chantun, ~~dals districts,~~ da las regiuns e da las vischnancas che elavuran datas tenor l'alinea 2 transfèreschan datas ch'èn impurtantas per realisar questa lescha.

17.

Il relasch "Lescha da linguas dal chantun Grischun (LLing)" DG [492.100](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 2 (midà)

² Cun ademplier lur incumbensas tegnan il chantun, las regiuns, las vischnancas, las corporaziuns da vischnancas, ~~ils districts~~ sco er autras corporaziuns da dretg public quint da la cumposiziun linguistica usitada dals territoris e prendan resguard da la communad linguistica tradiziunala.

¹⁾ CS [173.110](#)

Art. 2 al. 1

¹ Questa lescha regla:

- c) **(midà)** l'attribuziun da las vischnancas e da las regiuns als territoris linguistics sco er la collavuraziun dal chantun cun las vischnancas, cun las regiuns, e cun las corporaziuns da vischnancas e cun ils districts sco er cun autras corporaziuns da dretg public tar la determinaziun da lur linguas uffizialas e da lur linguas da scola.

Art. 3 al. 4 (midà), al. 5 (midà)

⁴ En la communicaziun en scrit **correspondenza** dovran las autoritads chantunalas, **la dretgira chantunala, la dretgira administrativa** e ~~las dretgiras chantunalas~~ **la dretgira da mesiras repressivas** las linguas uffizialas en lur furmas da standard.

⁵ La furma rumantscha da standard da las autoritads chantunalas, **da la dretgira chantunala, da la dretgira administrativa** e ~~da las dretgiras chantunalas~~ **è il la dretgira da mesiras repressivas** è rumantsch grischun. Persunas da lingua rumantscha pon sa drizzar al chantun en ils idioms u en rumantsch grischun.

Art. 8 al. 1 (midà)

~~2. dretgiras chantunalas~~ **dretgira chantunala, dretgira administrativa e dretgira da mesiras repressivas (Titel midà)**

¹ Davant ~~las dretgiras chantunalas~~ **la dretgira chantunala, davant la dretgira administrativa e davant la dretgira da mesiras repressivas** pon las partidas duvrar ina lingua chantunala uffiziala da lur tscherna per lur scrittiras giuridicas e per lur inoltraziuns.

Art. 9 al. 1 (aboli), al. 2 (midà), al. 3 (midà)

~~3. dretgiras districtualas~~ **regionalas**

a) ~~districts monolingvs~~ **regiuns monolinguas (Titel midà)**

¹ *aboli*

² Per scrittiras giuridicas e per inoltraziuns sto vegnir duvrada la lingua uffiziala ~~dal district~~ **da la regiun**.

³ La tractativa principala vegn fatga en la lingua uffiziala ~~dal district~~ **da la regiun**.

Art. 10 al. 1 (aboli), al. 2 (midà), al. 3 (midà)

b) ~~districts plurilingvs~~ **regiuns plurilinguas (Titel midà)**

¹ *aboli*

² Per lur scrittiras giuridicas e per lur inoltraziuns pon las partidas duvrar ina lingua uffiziala ~~dal district~~ **da la regiun**.

³ La tractativa principala vegn per regla fatga en ~~la~~ **ina** lingua uffiziala **da la regiun** che vegn discurrda e duvrada da la partida accusada respectivamain da la persuna accusada.

Art. 10a al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Sch'ina autorità da mediaziun è cumpetenta per l'entir chantun, vegnan applitgadas las disposiziuns davart ~~las dretgiras chantunals~~ **la dretgira chantunala, davart la dretgira administrativa e davart la dretgira da mesiras repressivas.**

² Per las proceduras davant las ulteriuras autoritads da mediaziun vegnan applitgadas conform al senn las disposiziuns davart las dretgiras ~~distriettuals~~ **regionalas.**

Titel suenter Art. 15 (midà)

4. Linguas uffizialas e linguas da scola da las vischnancas e ~~dals cireuls~~ **da las regions**

18.

Il relasch "Lescha davart ils fatgs da sanadad dal chantun Grischun (lescha da sanadad)" DG [500.000](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 9 al. 3 (midà)

³ La regenza regla tras ordinaziun ils dretgs e las obligaziuns dals medis ~~distriettuals~~ **uffizials.**

Art. 22a al. 1 (midà)

¹ Il ~~president~~ **derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regionala** giuditgescha, sch'igl è admissibel da prelevar tessids regenerabels e cellas regenerablas da personas che n'en betg ablas da giuditgar u ch'èn minorennas.

19.

Il relasch "Lescha da polizia dal chantun Grischun (LPol)" DG [613.000](#) (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 16 al. 1, al. 2 (midà)

¹ La polizia chantunala po disponer l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4 CCS per maximalmain 10 dis. La disposiziun sto esser munida cun ina indicaziun dals meds legals e:

b) **(midà)** sto vegnir communitgada **a la derschadra singula u al presidi-derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regionala** e, sche uffants èn pertutgads, a l'autorità per la protecziun d'uffants entaifer 24- uras;

² Cunter la disposiziun da la polizia chantunala poi vegnir recurri en scrit durant l'expulsiun tar **la derschadra singula u tar il presidi-derschader singul** da la dretgira ~~distriettuala~~ **regionala**. En il recurs sto vegnir inditgà cun ina curta motivaziun, tge puncts che vegnan contestads e tge midadas che vegnan pretendidas.

20.

Il relasch "Lescha da finanzas dal chantun Grischun (lescha da finanzas; LFC)" DG [710.100](#) (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1 (midà)

¹ Questa lescha vala per las autoritads chantunalas e per l'administraziun, per lur instituts dependents ~~sco er per la dretgira chantunala~~ **elas dretgiras sco er per la dretgira administrativa** **las autoritads da mediaziun.**

Art. 39a (nov)

Dretgiras regiunalas ed autoritads da mediaziun

¹ La dretgira chantunala regla en in'ordinaziun la cumpetenza da las dretgiras regiunalas e da las autoritads da mediaziun da decider davart ils credits sco er ulteriuras disposiziuns areguard las finanzas, suenter avair tadlà il departament da finanzas e vischnancas, la controlla da finanzas, las dretgiras regiunalas e las autoritads da mediaziun.

21.

Il relasch "Lescha davart la surveglianza da las finanzas (LSFi)" DG [710.300](#) (versiun dals 01-03-2012) vegn midà sco suonda:

Art. 2 al. 1

¹ A la surveglianza da las finanzas tras la controlla da finanzas èn suttamess – cun resalva d'ina regulaziun divergenta en leschas spezialas:

- c) **(midà)** l'administraziun da ~~la dretgira chantunala~~ **las dretgiras** e da ~~la dretgira administrativa~~ **las autoritads da mediaziun;**

Art. 7 al. 1 (midà)

¹ La cumissiun da gestiun incumbensescha in post da revisiun extern ~~d'examinar il giudicament periodic da~~ **da giuditgar periodicamain** la qualitat e ~~da las prestaziuns~~ **la prestaziun** sco er **d'examinar** il quint da la controlla da finanzas.

Art. 12 al. 1

¹ La controlla da finanzas è cumpetenta per controllar tut las finanzas dal chantun, en spezial:

- a) **(midà)** per controllar il quint annual, ils quints separads dals posts da servetsch, dals instituts ~~e da dretg public, dals manaschis dal chantun departaments,~~ **da las dretgiras e da las autoritads da mediaziun;**

Art. 14 al. 2 (midà)

² Il rapport che po vegnir collià cun propostas, vegn tramess al post da servetsch chantunal cumpetent, – **a la dretgira regionala cumpetenta, a l'autorità da mediaziun cumpetenta**, al departament cumpetent, a la chanzlia chantunala, a la dretgira chantunala u a la dretgira administrativa ~~se e er~~ al departament da finanzas e vischnancas. En cas da mandats sco post da revisiun vegn il rapport tramess a l'organ cumpetent.

Art. 16 al. 1 (midà), al. 2

¹ La controlla da finanzas fixescha per regla in termin per il post da servetsch-, **per la dretgira regionala u per l'autorità da mediaziun**. Entaifer quest termin sto la contestaziun vegnir liquidada u sto vegnir dà suatientscha ad ina proposta. ~~Il post da servetsch orientescha~~ **Els orienteschan** la controlla da finanzas entaifer il termin fixà davart la liquidaziun da las contestaziuns u da las propostas.

² Sch'ina contestaziun u sch'ina proposta na po betg vegnir liquidada entaifer il termin fixà u sche las contestaziuns e sche las propostas èn disputaivlas, suttametta la controlla da finanzas la fatschenta per la decisiun definitiva:

- c) **(midà)** a la dretgira chantunala, en cas che pertutgan ina dretgira ~~che stat sut sia surveglianza~~ **regionala u in l'autorità da mediaziun**.

Art. 17 al. 2 (midà)

² Quest rapport po vegnir suttamess per part u dal tuttafatg al cussegl grond; el sto dentant tegnair quint dal secret d'uffizi e dals dretgs persunals. **Almain ina giada per perioda da legislatura sto vegnir fatg in rapport.**

Art. 19 al. 1 (midà)

¹ Concluz e disposiziuns da la regenza, da ~~la dretgira chantunala e las dretgiras, da la dretgira administrativa,~~ **las autoritads da mediaziun**, dals departaments e dals posts da servetsch che pertutgan las finanzas dal chantun, ston vegnir mess a disposiziun a la controlla da finanzas senza ch'i stoppia vegnir dumandà.

Art. 20 al. 1 (midà), al. 3 (midà)

¹ La controlla da finanzas ha il dretg da consultar las datas ch'èn necessarias per ademplir la surveglianza da las finanzas inclusiv las datas da persunas or da collecziuns da datas dals departaments e dals posts da servetsch sco er da ~~la dretgira chantunala u las dretgiras e da la dretgira administrativa,~~ **las autoritads da mediaziun**. Sche las datas èn adattadas e necessarias per ademplir las incumbensas, vala il dretg d'access er per las datas da persunas ch'èn spezialmain degnas da vegnir protegidas.

³ Per la dretgira chantunala ~~las dretgiras~~ e per la dretgira administrativa ~~las~~ **autoritads da mediaziun** sa ~~restrenschan~~**restrenscha** l'access als documents ed a las datas sin conclus e sin disposiziuns che stattan en connex cun la surveglianza da la giustia.

22.

Il relasch "Lescha da taglia per il chantun Grischun" DG [720.000](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 123 al. 1 (midà)

¹ Las autoritads da la confederaziun e dal chantun sco er ~~dals districts~~, da las regiuns e da las vischnancas dattan, sin dumonda, gratuitamain tut las infurmaziuns necessarias a las autoritads incumbensadas cun l'execuziun da questa lescha, e quai independentamain d'ina eventuala obligaziun dal secret professiunal. Ellas pon infurmar sezzas questas autoritads, sch'ellas supponan ch'ina taxaziun saja incumpletta.

Art. 150 al. 1 (midà)

¹ L'administraziun chantunala da taglia fa l'inventari e la sigillaziun. Ina copia dals inventaris che vegnan ordinads da la dretgira ~~districtuala~~**regionala** u da l'autorità ~~da per la~~ protecziun ~~da luffant~~**d'uffants** e da creschids sto vegnir tramessa a l'administraziun da taglia.

23.

Il relasch "Lescha davart las taglias communalas e davart las taglias da baselgia (LTCTB)" DG [720.200](#) (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 11 al. 1

¹ Libras u libers da la taglia sin midada da maun èn:

- d) **(midà)** ~~il district, la regiun, la vischnanca~~ **las regiuns, las vischnancas** (cun ~~seslur instituts~~) e ~~la vischnanca burgaisa~~**las vischnancas burgaisas** per bains immobigliers sin l'agen territori;

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Legge sull'organizzazione giudiziaria (LOG)

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –

Modificato: 150.100 | 170.050 | 170.100 | 170.300 | 170.400 | 171.100 |
173.000 | 173.050 | 210.100 | 210.200 | 210.300 | 220.000 |
320.100 | 350.100 | 350.500 | 370.100 | 450.200 | 492.100 |
500.000 | 613.000 | 710.100 | 710.300 | 720.000 | 720.200

Abrogato: –

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'atto normativo "Legge sull'organizzazione giudiziaria (LOG)" CSC 173.000 (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 3 cpv. 2 (modificato)

² I ~~Tribunali distrettuali~~, **tribunali regionali**, le giudicature di pace e le autorità di conciliazione in materia di locazione hanno la propria sede **di regola** nel capoluogo di ~~distretto~~ **regione o nel luogo stabilito dalla commissione amministrativa del tribunale regionale**.

Art. 6 cpv. 2, cpv. 3 (modificato)

² Prestano giuramento o promessa solenne:

-
- c) **(modificata)** i presidenti dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** dinanzi al Tribunale cantonale (Corte plenaria);
 - d) **(modificata)** i membri del tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** dinanzi al presidente del tribunale ~~distrettuale~~ **regionale**;
 - e) **(modificata)** i membri delle autorità di conciliazione e i loro supplenti dinanzi al presidente del tribunale ~~distrettuale~~ **regionale**;

³ Il giuramento e la promessa solenne hanno la seguente formula: "Lei, eletta/-o quale Presidente (giudice, membro, attuario/o) del (Tribunale cantonale, Tribunale amministrativo, tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** o dell'autorità di conciliazione), giura innanzi a Dio (promette) di adempiere a tutti i doveri del suo ufficio secondo scienza e coscienza." "Lo giuro (prometto)."

Art. 8a (nuovo)

Creazione e classificazione di posti

¹ Il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo presentano al Gran Consiglio proposte per la creazione di posti.

² Il Tribunale cantonale determina per ogni tribunale regionale il volume d'impiego per l'attuariato e il personale di cancelleria sulla base del rispettivo carico di lavoro e dopo aver sentito i tribunali regionali.

³ Il Tribunale cantonale classifica i posti dei membri e dei collaboratori dei tribunali regionali, nonché dei giudici di pace nelle classi di stipendio secondo il diritto cantonale sul personale, sulla base di corrispondenti proposte dell'Ufficio cantonale del personale e dopo aver sentito i tribunali regionali, oppure prevede per i giudici di pace una retribuzione sulla base di indennità giornaliere. Esso disciplina le competenze, la procedura e altri dettagli in un'ordinanza.

Art. 8b (nuovo)

Posizione, retribuzione e previdenza professionale

¹ La retribuzione, i costi accessori per il personale e la previdenza professionale dei giudici del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo si conformano alla legislazione speciale.

² La retribuzione, i costi accessori per il personale e la previdenza professionale dei membri a tempo pieno e a titolo principale dei tribunali regionali si conformano al diritto cantonale sul personale e al diritto cantonale sulla Cassa pensioni. Per quanto riguarda il rapporto di servizio fanno stato le medesime disposizioni valide per i giudici del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo.

³ Gli indennizzi dei membri a titolo accessorio dei tribunali regionali e degli attuari a titolo accessorio vengono stabiliti dai tribunali regionali nei limiti fissati dal diritto cantonale. La posizione e la retribuzione dei membri delle autorità di conciliazione in materia di locazione e in materia di parità dei sessi si conformano alle disposizioni per i membri a titolo accessorio dei tribunali regionali. Il Tribunale cantonale disciplina in un'ordinanza i dettagli relativi alle autorità di conciliazione.

⁴ Le condizioni d'impiego, la retribuzione e la previdenza professionale dei giudici di pace e dei collaboratori dei tribunali e delle autorità di conciliazione si conformano alle disposizioni del diritto cantonale sul personale e del diritto cantonale sulla Cassa pensioni. Sono fatte salve disposizioni derogatorie contenute nella presente legge.

Art. 8c (nuovo)

Accesso al registro centrale delle persone e degli oggetti

¹ I tribunali, le giudicature di pace e le autorità di conciliazione possono accedere ai dati di cui necessitano per adempiere i compiti loro attribuiti dalla legge.

² L'accesso ai dati può avvenire tramite una procedura di richiamo.

³ Per il resto si applicano le disposizioni della legge sui registri degli abitanti e su altri registri delle persone e degli oggetti¹⁾.

Art. 13 cpv. 3 (modificato)

³ Il Tribunale cantonale rispettivamente il Tribunale amministrativo decide sullo scioglimento dal segreto d'ufficio per la ~~testimonianza~~**deposizione** dinanzi a un tribunale o nella procedura penale, nonché per l'edizione di atti.

Art. 15 cpv. 5 (nuovo)

⁵ Le parti e i rappresentanti legali devono presentarsi alle udienze in abbigliamento corretto, che rispetti la dignità del Tribunale.

Art. 19 cpv. 3 (modificato)

³ Su decisione della commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia possono, se necessario, subentrare quali giudici supplenti anche i presidenti dei tribunali ~~distrettuali~~**regionali**.

Art. 22 cpv. 4 (modificato)

⁴ Nell'elezione dei giudici ~~cantionali~~**del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo** si deve tenere debitamente conto delle tre lingue ufficiali del Cantone.

Art. 24

Abrogato

Art. 29

Abrogato

¹⁾ CSC [171.200](#)

Art. 32 cpv. 2 (abrogato)

Effettivo e funzione (titolo modificato)

² *Abrogato*

Art. 33 cpv. 3 (modificato)

³ Il giudice cantonale dei provvedimenti coercitivi è indipendente nella sua attività professionale. Dal profilo amministrativo e per quanto riguarda l'attuariato è annesso al tribunale ~~distrettuale~~ **regionale**.

Art. 34 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

¹ Il Gran Consiglio nomina, per la durata di quattro anni, chi funge da giudice cantonale dei provvedimenti coercitivi su proposta del Tribunale cantonale scegliendo tra i membri a tempo pieno e a titolo principale dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali**.

³ Nella determinazione delle risorse di personale per il rispettivo tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** viene considerato l'onere per il giudice dei provvedimenti coercitivi.

Titolo dopo Art. 34 (modificato)

3.3. Tribunali ~~distrettuali~~ regionali

Art. 35

Abrogato

Art. 36 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato)

¹ I tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** si compongono di un presidente a tempo pieno, di un vicepresidente a titolo principale, nonché di otto giudici a titolo accessorio.

² I tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** Albula, ~~Im~~ **Engiadina Bassa/Val Müstair** e Moesa si compongono ognuno di un presidente a tempo pieno e di otto giudici a titolo accessorio.

³ Il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** Bernina si compone di un presidente a titolo principale e di otto giudici a titolo accessorio.

⁴ Il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** Plessur si compone di un presidente e di un vicepresidente a tempo pieno, di un giudice a titolo principale, nonché di otto giudici a titolo accessorio.

Art. 37 cpv. 2 (modificato)

² I tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** eleggono i vicepresidenti a titolo accessorio dalla cerchia dei giudici a titolo accessorio.

Art. 38 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Ai membri a tempo pieno dei tribunali ~~distrettuali~~**regionali** si applicano le disposizioni sulle attività accessorie per i giudici del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo.

² I membri a titolo principale dei tribunali ~~distrettuali~~**regionali** non possono esercitare un'attività accessoria che potrebbe pregiudicare l'esercizio della funzione o l'indipendenza, nonché la reputazione del Tribunale. Attività lucrative indipendenti e dipendenti vanno notificate all'autorità di vigilanza.

Art. 39 cpv. 1 (modificato)

¹ Ogni tribunale ~~distrettuale~~**regionale** costituisce una camera civile e una camera penale e rende pubblica la sua composizione.

Art. 40 cpv. 2 (modificato)

² Qualora un tribunale ~~distrettuale~~**regionale** non possa sedere al completo con i propri giudici, il Tribunale cantonale lo può completare con giudici del tribunale di un ~~distretto~~**una regione** confinante o può dichiarare competente un altro tribunale.

Art. 42 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Ogni tribunale ~~distrettuale~~**regionale** costituisce una commissione amministrativa composta da cinque membri che, fatte salve disposizioni derogatorie, è competente per elezioni, per questioni in materia di personale e per altri affari dell'amministrazione della giustizia.

² ~~Le decisioni concernenti il diritto del personale possono essere impugnate al-~~**Per questioni di importanza secondaria, dopo aver sentito i tribunali regionali il Tribunale cantonale può prevedere in un'ordinanza competenze individuali del presidente del tribunale regionale.**

Art. 44

Abrogato

Art. 45 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Ogni ~~distretto~~**regione** dispone di una giudicatura di pace quale autorità di conciliazione.

² La giudicatura di pace è indipendente nella sua attività professionale. Dal profilo amministrativo essa è annessa al tribunale ~~distrettuale~~**regionale**. La giudicatura di pace e il tribunale ~~distrettuale~~**regionale** disciplinano i dettagli in una convenzione.

Art. 46 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~**regionale** nomina un giudice di pace e un suo supplente per la durata di quattro anni.

³ Il Tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** pubblica i posti ~~che divengono~~ vacanti.

Art. 47 cpv. 2 (modificato)

² In ~~distretti~~ **regioni** plurilingui si deve prestare attenzione a un'adeguata conoscenza o rappresentanza delle lingue ufficiali.

Art. 48 cpv. 1 (modificato)

¹ Quando il giudice di pace non può essere sostituito dal supplente, il Tribunale ~~di distretto~~ **regionale** designa un supplente straordinario.

Art. 49

Abrogato

Art. 50 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (abrogato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** decide in merito alla struttura organizzativa fondamentale dell'attuariato e della cancelleria dopo aver sentito la giudicatura di pace.

² Per quanto i lavori di attuariato e di cancelleria non competano agli impiegati del tribunale ~~distrettuale~~, **regionale**, la competenza per la nomina spetta alla giudicatura di pace.

³ *Abrogato*

Art. 51 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Per controversie dal diritto di locazione e di affitto di locali d'abitazione e commerciali esiste in ogni ~~distretto~~ **regione** un'autorità di conciliazione.

² L'autorità di conciliazione in materia di locazione è indipendente nella sua attività professionale. Dal profilo amministrativo essa è annessa al tribunale ~~distrettuale~~ **regionale**.

Art. 53 cpv. 1 (modificato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** nomina il rappresentante dei conduttori e quello dei locatori, nonché i loro supplenti per la durata di quattro anni.

Art. 54 cpv. 1 (modificato)

¹ Qualora l'autorità di conciliazione in materia di locazione non possa essere completata da un supplente eletto, il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** designa un supplente straordinario.

Art. 55

Abrogato

Art. 56 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (abrogato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** decide in merito alla struttura organizzativa fondamentale dell'attuariato e della cancelleria.

² Per quanto i lavori di attuariato e di cancelleria non competano agli impiegati del tribunale ~~distrettuale~~ **regionale**, la competenza per l'elezione spetta all'autorità di conciliazione in materia di locazione. Essa disciplina l'organizzazione della consulenza giuridica conformemente al diritto federale.

³ *Abrogato*

Art. 57 cpv. 2 (modificato)

² L'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi è indipendente nella sua attività professionale. Dal profilo amministrativo essa è annessa al ~~Tribunale distrettuale~~ **tribunale regionale** Plessur.

Art. 61

Abrogato

Art. 66 cpv. 1 (modificato)

¹ I ricorsi di vigilanza contro un tribunale ~~distrettuale~~ **regionale**, un'autorità di conciliazione, i loro membri, nonché contro il giudice cantonale dei provvedimenti coercitivi devono essere inoltrati al Tribunale cantonale.

Art. 67 cpv. 1 (modificato)

¹ La Corte plenaria è competente per decisioni con le quali i ~~giudici~~ **membri** dei ~~distretti~~, ~~nonché i membri~~ **tribunali regionali** e delle autorità di conciliazione possono venire sospesi temporaneamente dalle loro funzioni o destituiti.

Art. 69 cpv. 1 (modificato)

¹ Il Gran Consiglio è competente per sanzioni disciplinari con le quali i giudici ~~cantonal~~ **del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo** possono venire sospesi temporaneamente nelle loro funzioni o destituiti.

Art. 71 cpv. 2 (modificato), cpv. 2^{bis} (nuovo), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (nuovo)

² Il Tribunale cantonale **esamina e** approva il preventivo e il conto annuale dei tribunali distrettuali ~~dopo l'esame da parte del Controllo cantonale delle finanze e su proposta di quest'ultimo~~ **regionali**.

^{2bis} In seguito, il Controllo cantonale delle finanze esamina i preventivi e i conti annuali dei tribunali regionali, del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo a destinazione della Commissione della gestione del Gran Consiglio.

³ Esso-Il **Tribunale cantonale** disciplina in un'ordinanza i dettagli relativi alle finanze e alla contabilità dei tribunali ~~distrettuali~~**regionali e delle autorità di conciliazione**. Il Dipartimento competente per le finanze, il Controllo delle finanze e i tribunali ~~distrettuali~~**regionali e le autorità di conciliazione** devono essere sentiti preventivamente.

⁴ In accordo con il Dipartimento competente per le finanze, il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo possono, dietro indennizzo, delegare all'Amministrazione delle finanze compiti del settore finanze e contabilità.

Art. 73

Abrogato

Art. 76

Abrogato

Art. 76a (nuovo)

Disposizioni transitorie

¹ Fatto salvo il capoverso 2, i valori patrimoniali e gli impegni esistenti al momento dello scioglimento dei tribunali distrettuali passano senza indennizzo al Cantone.

² Con l'entrata in vigore della presente legge, i fondi di proprietà dei distretti e delle corporazioni regionali, nonché i diritti reali limitati che servono ai tribunali regionali per l'adempimento dei loro compiti passano al Cantone dietro l'assunzione degli impegni e dietro adeguato indennizzo. L'iscrizione nel registro fondiario avviene senza la riscossione di tasse su notificazione da parte del Cantone.

³ I contratti di lavoro tra i tribunali distrettuali o le autorità di conciliazione e i loro collaboratori esistenti al momento dell'entrata in vigore della presente legge vanno riformulati entro tre mesi con l'indicazione del nuovo datore di lavoro.

⁴ Con l'entrata in vigore della presente legge, tutte le competenze dei tribunali distrettuali passano ai tribunali regionali.

⁵ Per procedure pendenti dinanzi a un'autorità di conciliazione al momento dell'entrata in vigore della presente legge, dopo la chiusura della procedura di conciliazione la competenza risulta dal nuovo diritto.

⁶ Per procedure pendenti dinanzi a un tribunale al momento dell'entrata in vigore della presente legge, la competenza rimane invariata fino all'evasione definitiva.

II.

1.

L'atto normativo "Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC)" CSC [150.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1

¹ La legge disciplina:

- a) **(modificata)** le elezioni e votazioni in affari cantonali e regionali; ~~nonché le elezioni dei tribunali distrettuali;~~

Art. 2 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Sono elezioni cantonali le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati; ~~sono elezioni regionali le elezioni dei membri del Gran Consiglio nei circondari elettorali conformemente alla legge sul Gran Consiglio.~~

² Sono elezioni ~~distrettuali~~ **regionali** le elezioni dei membri **del Gran Consiglio nei circondari elettorali conformemente alla legge sul Gran Consiglio, nonché le elezioni dei membri dei tribunali distrettuali regionali.**

Art. 8 cpv. 1 (modificato)

¹ Le elezioni e votazioni federali e cantonali, nonché le elezioni **del Gran Consiglio** e dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** hanno luogo nel comune lo stesso giorno con voto alle urne.

Art. 15 cpv. 1

¹ Le elezioni e le votazioni vengono indette:

- a) **(modificata)** dal Governo: le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati incluse le elezioni suppletive, le elezioni dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** e del Gran Consiglio, nonché le votazioni in affari cantonali;
- b) **(modificata)** dalla commissione amministrativa: le elezioni suppletive nel ~~distretto~~ **tribunali regionale;**

Art. 16 cpv. 1

¹ Il rinnovo delle nomine ha luogo nelle seguenti date:

- b) **(modificata)** le elezioni dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** di regola nei mesi di marzo, aprile, maggio o giugno per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente;

Art. 17 cpv. 3 (modificato)

³ Si può rinunciare ad elezioni suppletive ~~nel distretto~~ **per il tribunale regionale.**

Titolo dopo Art. 19 (modificato)

2.2.a Elezione tacita dei membri dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali**

Art. 19a cpv. 1 (modificato)

¹ Per le elezioni di rinnovo e per le elezioni suppletive per i membri dei tribunali ~~distrettuali~~**regionali** è possibile un'elezione tacita nel primo e in un eventuale secondo turno elettorale.

Art. 19b cpv. 1 (modificato)

¹ La commissione amministrativa del tribunale ~~distrettuale~~**regionale** competente pubblica l'invito all'inoltro di proposte di candidatura nei mezzi di pubblicazione usuali del luogo entro il quattordicesimo lunedì precedente il giorno dell'elezione.

Art. 19e cpv. 1 (modificato)

¹ Le proposte di candidatura devono pervenire ~~all'ufficio distrettuale~~**al tribunale regionale** competente entro l'ottavo lunedì precedente il giorno dell'elezione.

Art. 19f cpv. 1 (modificato)

¹ La commissione amministrativa del tribunale ~~distrettuale~~**regionale** competente verifica progressivamente le proposte di candidatura pervenute riguardo ai requisiti formali, all'eleggibilità dei candidati e alla validità delle firme.

Art. 19g cpv. 1 (modificato)

¹ La commissione amministrativa del tribunale ~~distrettuale~~**regionale** competente pubblica i nomi dei candidati nei mezzi di pubblicazione usuali del luogo.

Art. 19h cpv. 2 (modificato)

² La commissione amministrativa del tribunale ~~distrettuale~~**regionale** competente decide senza indugio in merito all'applicazione dell'elezione tacita e pubblica la decisione nel Foglio ufficiale cantonale e nei mezzi di pubblicazione usuali del luogo.

Art. 19i cpv. 1 (modificato)

¹ Le proposte di candidatura possono essere inoltrate ~~all'ufficio distrettuale~~**al tribunale regionale** entro tre giorni dopo il primo turno elettorale. Il secondo turno elettorale è aperto.

Art. 19j cpv. 1 (modificato)

¹ In caso di elezione suppletiva, la commissione amministrativa del tribunale ~~distrettuale~~**regionale** competente fissa, in osservanza dell'articolo 17 capoverso 1, il termine per l'inoltro delle proposte di candidatura.

Art. 20 cpv. 1

¹ Il materiale elettorale e di voto viene preparato e recapitato per tempo ai comuni:

-
- b) **(modificata)** ~~dall'ufficio distrettuale~~ **dal tribunale regionale** in caso di elezioni dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali**;

Art. 21 cpv. 1

¹ Il materiale elettorale e di voto comprende:

- c) **(modificata)** in caso di elezioni dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali** e di elezioni dei membri del Gran Consiglio le schede elettorali, in caso di votazioni in affari regionali le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni del comitato regionale;

Art. 25

Modalità

1. In affari federali, ~~cantionali e distrettuali~~ **cantionali (titolo modificato)**

Art. 36 cpv. 1, cpv. 4 (modificato)

¹ L'ufficio elettorale comunica immediatamente i risultati comunali:

- b) **(modificata)** ~~all'ufficio distrettuale~~ **al tribunale regionale** in caso di elezioni ~~relative ai~~ **dei** tribunali ~~distrettuali~~ **regionali**;

⁴ Il giorno seguente all'elezione ~~gli uffici distrettuali~~ **tribunali regionali** comunicano per iscritto alla Cancelleria dello Stato i risultati delle elezioni dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali**.

Art. 37 cpv. 2 (modificato)

² In caso di elezioni ~~nel distretto~~ **del tribunale regionale** il compito spetta ~~all'ufficio distrettuale~~ **al tribunale regionale**, in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio e in caso di votazioni in affari regionali il compito spetta al comitato regionale.

Art. 41 cpv. 1

¹ Se più persone ottengono lo stesso numero di voti, la sorte decide sull'elezione oppure sulla successione nella graduatoria elettorale. Il sorteggio è effettuato:

- b) **(modificata)** dalla commissione amministrativa in caso di elezioni dei tribunali ~~distrettuali~~ **regionali**;

Art. 42 cpv. 1 (modificato)

¹ I risultati provvisori delle elezioni e delle votazioni cantionali vengono pubblicati immediatamente dalla Cancelleria dello Stato, quelli delle elezioni ~~a livello distrettuale dall'ufficio distrettuale~~ **dei tribunali regionali dal tribunale regionale** e quelli dell'elezione dei membri del Gran Consiglio, nonché delle votazioni in affari regionali dal comitato regionale.

Art. 43 cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)

² Per il resto, se sussistono indizi concreti di irregolarità, un secondo conteggio viene ordinato dal Governo in caso di elezioni e votazioni cantonali, dalla commissione amministrativa in caso di elezioni ~~a livello distrettuale~~, **dal tribunale regionale**, nonché dal comitato regionale in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio e di votazioni in affari regionali.

³ Il secondo conteggio può venire eseguito a livello centrale dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni cantonali, ~~dall'ufficio distrettuale in caso di elezioni a livello distrettuale e~~ **dal tribunale regionale rispettivamente** dal comitato regionale in caso di elezioni e votazioni a livello regionale, oppure nei comuni su disposizione di questi uffici.

Art. 44 cpv. 2 (modificato)

² In caso di elezioni ~~a livello distrettuale rispettivamente in caso di elezioni e votazioni a livello regionale~~ la pubblicazione compete ~~all'ufficio distrettuale~~ **al tribunale regionale** rispettivamente al comitato regionale nel rispettivo organo di pubblicazione.

Art. 102 cpv. 1 (modificato)

¹ Le decisioni del Governo, del Gran Consiglio e della Commissione competente del Gran Consiglio, nonché delle autorità dei ~~distretti~~, **tribunali regionali**, delle regioni e dei comuni sono soggette al ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo per violazione dei diritti politici.

Art. 109a (nuovo)

Elezioni dei tribunali regionali nel 2016

¹ Gli aventi diritto di voto della rispettiva regione eleggono con scrutinio separato:

- a) il presidente;
- b) il vicepresidente a tempo pieno o a titolo principale;
- c) i giudici a titolo principale;
- d) gli altri giudici.

² La commissione amministrativa del tribunale distrettuale competente e l'ufficio distrettuale competente sono responsabili per il regolare svolgimento delle elezioni dei tribunali regionali per il periodo di carica 2017-2020.

³ Sono applicabili, per analogia, le disposizioni della presente legge.

2.

L'atto normativo "Legge sulla responsabilità dello Stato (LRS)" CSC [170.050](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1

¹ Sono soggetti alla presente legge:

- a) **(modificata)** il Cantone, ~~i distretti,~~ le regioni e i comuni, nonché gli altri enti di diritto pubblico e i loro istituti autonomi (enti pubblici);

3.

L'atto normativo "Legge sul Gran Consiglio (LGC)" CSC [170.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 34 cpv. 1 (modificato)

¹ Oltre ai diritti generali d'informazione previsti per le commissioni ~~specifiche, dai tribunali cantonali~~ **specifiche, dal Tribunale cantonale e dal Tribunale amministrativo, nonché** dalle commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati la Commissione di giustizia e sicurezza può, nel quadro della sua vigilanza sulla gestione e sull'amministrazione della giustizia e per quanto rilevante ai fini dell'adempimento dei suoi compiti, in ~~particolare~~ **particolare**:

Elenco invariato.

Art. 56 cpv. 1 (modificato)

¹ I ricorsi di vigilanza indirizzati al Gran Consiglio contro il Governo ~~vengono~~ **ven-gono** istruiti dalla Commissione della gestione, quelli contro ~~i tribunali cantonali~~ **il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo** dalla Commissione di giustizia e sicurezza.

4.

L'atto normativo "Legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (LCOGA)" CSC [170.300](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 3 cpv. 1 (modificato)

¹ Le funzioni di consigliere di Stato sono incompatibili con cariche in comuni ~~e di-stretti,~~ nonché con cariche in regioni. Per il resto si applicano le disposizioni sull'incompatibilità secondo l'articolo 22 della Costituzione cantonale¹⁾.

5.

L'atto normativo "Legge sul rapporto di lavoro dei collaboratori del Cantone dei Gri-gioni (Legge sul personale, LCPers)" CSC [170.400](#) (stato 1 marzo 2012) è modifica-to come segue:

¹⁾ CSC [110.100](#)

Art. 3 cpv. 1 (modificato), cpv. 2, cpv. 4 (modificato)

¹ La presente legge disciplina il rapporto di lavoro dei collaboratori ~~del Cantone dell'Amministrazione cantonale.~~

² Essa fa stato inoltre per i collaboratori

b) **(modificata)** dei ~~Tribunali~~**tribunali e delle autorità di conciliazione.**

⁴ I collaboratori a titolo accessorio svolgono la propria attività al di fuori dell'Amministrazione in senso stretto. Essi vengono designati come tali dalla legge ~~o~~, dal Governo **o dai tribunali.**

Art. 21 cpv. 1 (modificato)

¹ Il Governo stabilisce il piano di classificazione. Esso contiene le funzioni-tipo classificate in base ai settori di attività e alle classi di stipendio, valide anche per gli istituti cantonali autonomi-, **i tribunali e i** ~~Tribunali cantonali~~**le autorità di conciliazione.**

Art. 50 cpv. 3 (modificato)

Obbligo di segretezza, edizione di atti, ~~testimonianza dinanzi ai tribunali,~~ **deposizione,** informazione dei massmedia **(titolo modificato)**

³ Il Governo disciplina la competenza per la liberazione dall'obbligo di segretezza, per l'edizione di atti, per la ~~testimonianza~~**deposizione** dinanzi ai tribunali e per l'informazione dei massmedia.

Art. 58 cpv. 1 (modificato)

¹ I collaboratori non possono fare parte contemporaneamente dell'Assemblea federale, del Gran Consiglio, del Governo, ~~dei Tribunali cantonali~~ **del Tribunale cantonale, del Tribunale amministrativo** o del Consiglio di Banca. Fanno eccezione i collaboratori con un volume di impiego totale presso il Cantone di al massimo il 40 per cento.

Art. 65 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato)

2. Per gli istituti cantonali autonomi-**e, nonché i** ~~Tribunali cantonali~~**tribunali e le autorità di conciliazione (titolo modificato)**

¹ Gli istituti cantonali autonomi-, **nonché il Tribunale cantonale** e i ~~Tribunali cantonali~~**il Tribunale amministrativo** hanno le stesse competenze del Governo. Fanno eccezione le disposizioni ~~dell'articolo 4 capoverso 2,~~ dell'articolo 20, dell'articolo 29 capoverso 2, dell'articolo 35 capoverso 4, dell'articolo 36 capoverso 2, dell'articolo 37 capoverso 2 e dell'articolo 73 capoverso 2.

² Gli istituti cantonali autonomi-, **nonché il Tribunale cantonale** e i ~~Tribunali cantonali~~**il Tribunale amministrativo** stabiliscono le autorità competenti. Sono fatte salve disposizioni particolari contenute nelle leggi sull'organizzazione.

³ Su richiesta l'Ufficio del personale ~~e dell'organizzazione~~ prepara dietro indennizzo i contratti, le disposizioni e le decisioni in materia di diritto del personale degli istituti cantonali autonomi ~~e, nonché dei Tribunali cantonali~~ **tribunali e delle autorità di conciliazione** ai sensi dell'articolo 59 capoverso 2.

⁴ La classificazione dei posti deve essere concordata con l'Ufficio del personale ~~e dell'organizzazione~~. Se l'istituto o il Tribunale e l'Ufficio del personale ~~e dell'organizzazione~~ non giungono ad un accordo, decide in via definitiva:

- b) **(modificata)** la Commissione designata dal Gran Consiglio per i ~~Tribunali cantonali~~ **il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo**.

Art. 66 cpv. 5^{bis} (nuovo), cpv. 6 (modificato)

^{5bis} Le decisioni della commissione amministrativa del tribunale regionale in materia di diritto del personale possono essere impugnate dinanzi al Tribunale cantonale entro 30 giorni dalla comunicazione scritta.

⁶ ~~Le decisioni di un~~ **Entro 30 giorni dalla comunicazione scritta, le decisioni del Tribunale cantonale in materia di diritto del personale che riguardano i propri collaboratori** possono essere impugnate ~~entro 30 giorni dalla comunicazione scritta dinanzi al Tribunale amministrativo e le decisioni del Tribunale amministrativo in materia di diritto del personale che riguardano i propri collaboratori~~ **in materia di diritto del personale che riguardano i propri collaboratori** dinanzi ~~all'altro~~ al Tribunale cantonale, qualora il diritto cantonale del personale preveda l'impugnabilità.

6.

L'atto normativo "Legge cantonale sulla protezione dei dati (LCPD)" CSC [171.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 2

² Sono considerate autorità ai sensi della presente legge:

- a) **(modificata)** autorità ed uffici del Cantone, ~~dei distretti,~~ delle regioni, dei comuni e delle unioni di comuni;
- b) **(modificata)** istituti, fondazioni ed enti di diritto pubblico del Cantone, ~~dei distretti,~~ delle regioni e dei comuni;

Art. 6 cpv. 3 (modificato)

³ Le decisioni dei dipartimenti, delle autorità comunali, ~~distrettuali~~ e regionali, delle unioni di comuni, nonché degli istituti ed enti autonomi di diritto pubblico possono essere impugnate con ricorso al Tribunale amministrativo.

7.

L'atto normativo "Legge sugli stipendi e la previdenza professionale dei membri dei Tribunali cantonali (LSPT)" CSC [173.050](#) (stato 1 gennaio 2009) è modificato come segue:

Titolo (modificato)

Legge sugli stipendi e la previdenza professionale dei membri ~~dei Tribunali cantona-~~
del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo (LSPT)

8.

L'atto normativo "Legge d'introduzione al Codice civile svizzero"¹⁾ CSC 210.100
(stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Titolo (modificato)

Legge d'introduzione al Codice civile svizzero²⁾ (**LICC**)

Art. 14 cpv. 7 (modificato)

⁷ La sovranza comunale o l'ufficio da essa designato dell'ultimo luogo di domicilio di una persona, porta ~~il tribunale distrettuale e l'Amministrazione cantonale delle~~
imposte immediatamente a conoscenza dei decessi ~~and~~ essa comunicati. Testamenti
e contratti successori conservati presso il comune vanno inoltrati al tribunale ~~distret-~~
tuale regionale.³⁾

Art. 16 cpv. 3 (modificato)

³ Le decisioni del Governo, dei dipartimenti cantionali e delle altre autorità cantionali
in materia di diritto civile possono essere impugnate con appello conformemente al
Codice di procedura civile⁴⁾ dinanzi al Tribunale cantonale, se secondo il diritto su-
periore è necessario un giudizio di ultima istanza da parte di un tribunale cantonale-
superiore.

Art. 72 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Chi è a conoscenza di un testamento o di un contratto successorio, è tenuto a inol-
trare lo stesso al competente ~~presidente del~~ **giudice unico presso il** tribunale ~~distret-~~
tuale regionale per l'apertura, non appena è venuto a conoscenza del decesso del te-
statore.

² Se il testatore è deceduto, gli eredi conosciuti devono essere convocati dinanzi
~~all'ufficio distrettuale~~ **al tribunale regionale** per l'apertura del testamento o del con-
tratto successorio. L'apertura deve essere annotata nel registro.

¹⁾ Approvata dal DFGP il 5 apr. 1994

²⁾ Approvata dal DFGP il 5 apr. 1994

³⁾ cfr. art. 72 cpv. 1 della presente legge

⁴⁾ RS 272

Art. 73 cpv. 1 (modificato)

¹ I testimoni possono deporre o far mettere a verbale le disposizioni testamentarie orali dinanzi a ogni ~~presidente di~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** giusta gli articoli 506 e 507.

Art. 74 cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)

² Nei casi elencati nel capoverso 1 cifre 1 e 2 del presente articolo gli eredi, i coinquilini del testatore e la sovrastanza del suo comune di domicilio sono tenuti a darne immediato avviso al ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale**.

³ L'apposizione dei sigilli viene eseguita dal ~~presidente~~ **giudice unico presso il** del tribunale ~~distrettuale regionale~~ o da un altro dipendente del tribunale ~~distrettuale regionale~~.

Art. 75 cpv. 1 (modificato)

¹ L'inventario assicurativo (art. 553) viene compilato dal ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale**, da un attuario del tribunale ~~distrettuale regionale~~ o da un notaio designato dal ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale**.

Art. 76 cpv. 1 (modificato)

¹ Il ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** nomina un amministratore dell'eredità con i diritti e i doveri di un curatore (art. 408 cpv. 1 e 2).

Art. 77 cpv. 1 (modificato)

¹ Il notaio incaricato dal ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** toglie i sigilli all'eredità e compila con la maggior sollecitudine possibile l'inventario, facendosi assistere dall'amministratore dell'eredità.

Art. 79 cpv. 2 (modificato)

² Se il ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** autorizza la continuazione dell'azienda del testatore da parte di un coerede, egli prenderà pure una decisione su eventuali istanze di garanzia dei coeredi.

Art. 80 cpv. 1 (modificato)

¹ La grida (art. 582) deve essere pubblicata dal ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** due volte sul Foglio Ufficiale Cantonale, nell'ultimo domicilio del testatore e, se del caso, su altri organi di pubblicazione.

Art. 81 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Il ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** constata la chiusura dell'inventario notificando il relativo decreto agli eredi per iscritto. Con questa comunicazione inizia il termine per la dichiarazione ai sensi dell'articolo 588.

² I creditori morosi non possono beneficiare della proroga dei termini concessa dal ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** ai sensi dell'articolo 587.

Art. 83 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Gli amministratori ~~dell'eredità~~ **dell'eredità** ed esecutori testamentari sottostanno alla vigilanza del ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale**.

² L'amministratore dell'eredità è tenuto a comunicare al ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** la conclusione della sua attività.

Art. 84 cpv. 1 (modificato)

¹ Se gli eredi non riescono a trovare un'intesa sul valore di attribuzione dei fondi ai sensi dell'articolo 618, il ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** è competente per la nomina dei periti; di regola egli incarica la commissione ufficiale di stima.

Art. 109 cpv. 2 (modificato)

² Ogni proprietario di fondi può richiedere l'intervento del ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** per l'accertamento di termini e linee di confine esistenti, come pure per una nuova demarcazione. Il ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** deve invitare tutti i vicini confinanti interessati e all'occorrenza un geometra alla seduta di sopralluogo. Egli deve redigere un verbale e fissarvi in modo particolare il risultato della trattativa. Il verbale deve essere sottoscritto da lui e dai partecipanti alle trattative. L'accertamento dei confini stabiliti in tal modo è vincolante per tutti gli interessati debitamente citati, riservata la comprova della sua inesattezza anche per coloro che non hanno ottemperato alla citazione senza motivo sufficiente.

Art. 151 cpv. 1 (modificato)

¹ I nuovi creditori di un coniuge che, dopo l'entrata in vigore il 5 ottobre 1984 del nuovo diritto matrimoniale, vive sotto il regime ~~del l'unione dell'unione~~ dei beni, possono chiedere al ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** che venga disposta la separazione dei beni, se hanno subito perdite causa l'esecuzione per pignoramento nei confronti del coniuge (~~art. 115 e 149~~ **art. 115 e 149** LFEF).

Art. 152 cpv. 1 (modificato)

¹ La moglie che dopo l'entrata in vigore il 5- ottobre 1984 del nuovo diritto matrimoniale vive sotto il regime dell'unione dei beni, può chiedere al ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** di disporre la garanzia dei beni da essa apportati nel caso in cui il marito rifiuti la stessa.

Art. 153 cpv. 1 (modificato)

¹ Se un coniuge superstite dopo l'entrata in vigore il 5 ottobre 1984 del nuovo diritto matrimoniale vive con figli comuni in regime di comunione continuata dei beni, i creditori che hanno subito perdite causa l'esecuzione per pignoramento nei confronti del coniuge o di uno dei figli, possono chiedere al ~~presidente del~~ **giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** la revoca della comunione dei beni. Se tale revoca viene pretesa dai creditori di un figlio, gli altri interessati possono chiedere che detto figlio si ritiri dalla comunione dei beni.

Art. 153a cpv. 1 (modificato)

¹ Gli uffici dei curatori professionali possono continuare a essere gestiti ~~dall'ente responsabile precedente o~~ da una corporazione regionale per al massimo due anni dopo l'entrata in vigore della suddivisione del Cantone in regioni.

9.

L'atto normativo "Legge d'introduzione al Codice svizzero delle obbligazioni¹⁾" CSC [210.200](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Titolo (modificato)

Legge d'introduzione al Codice svizzero delle obbligazioni²⁾ (**LICO**)

Art. 5 cpv. 1 (modificato)

¹ ~~La o il presidente del~~ **Il giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale** nella cui giurisdizione si trova l'animale; è competente per la conduzione della procedura preliminare.

Art. 14e cpv. 1 (modificato)

¹ ~~La o il presidente del Tribunale distrettuale~~ **Il giudice unico presso il tribunale regionale** decide nella procedura di giurisdizione volontaria in merito alla reiscrizione nel registro di commercio di un ente giuridico cancellato.

¹⁾ RS [220](#)

²⁾ RS [220](#)

10.

L'atto normativo "Legge sul notariato" CSC [210.300](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Titolo (modificato)

Legge sul notariato (LNot)

Art. 4 cpv. 2

² Della Commissione notarile fanno parte di regola:

- c) **(modificata)** un membro ~~di un~~ **del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo.**

11.

L'atto normativo "Legge d'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LAdLEF)" CSC [220.000](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 20 cpv. 1 (modificato)

¹ Il ~~Tribunale distrettuale~~ **tribunale regionale** è giudice dei concordati inferiore.

12.

L'atto normativo "Legge d'applicazione del Codice di diritto processuale civile svizzero (LACPC)" CSC [320.100](#) (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 4 cpv. 1 (modificato)

¹ Per quanto il diritto federale o cantonale non disponga diversamente, ~~il presidente o un altro membro del Tribunale distrettuale~~ **tribunale regionale** decide con competenza di giudice unico:

Elenco invariato.

Art. 5 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** funge da tribunale civile di prima istanza, se non è competente il giudice unico.

³ Negli altri casi il tribunale ~~distrettuale~~ **regionale** decide nella composizione di tre giudici.

Art. 13 cpv. 1

¹ Se la ricasazione è contestata, in assenza della persona interessata decide:

- c) **(modificata)** il ~~Tribunale distrettuale~~ **tribunale regionale**, in casi di ricasazione di autorità di conciliazione.

13.

L'atto normativo "Legge d'applicazione del Codice di diritto processuale penale svizzero (LACPP)" CSC [350.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 19 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~**regionale** funge da tribunale penale di prima istanza.

³ Negli altri casi il tribunale ~~distrettuale~~**regionale** decide nella composizione di tre giudici.

Art. 20 cpv. 1 (modificato)

¹ Il tribunale ~~distrettuale~~**regionale** funge da tribunale dei minorenni.

14.

L'atto normativo "Legge sull'esecuzione giudiziaria nel Cantone dei Grigioni (LEG)" CSC [350.500](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 5 cpv. 1 (modificato)

¹ Le pene pecuniarie e le multe spettano alla cassa delle autorità giudiziarie o amministrative di prima istanza, a ~~eui compete pure la riscossione,~~ a meno che non vengano destinate a un uso particolare. **Alle autorità amministrative compete la riscossione delle pene pecuniarie e delle multe da esse inflitte.**

15.

L'atto normativo "Legge sulla giustizia amministrativa (LGA)" CSC [370.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 85b (nuovo)

Ricorso in materia civile o appello dinanzi al Tribunale cantonale

¹ Le decisioni finali di prima istanza del Tribunale amministrativo che conformemente all'articolo 72 capoverso 2 lettera b LTF¹⁾ si trovano in rapporto diretto con il diritto civile possono essere impugnate con ricorso in materia civile o appello dinanzi al Tribunale cantonale.

² Questa disposizione fa stato anche per i casi pendenti dinanzi al Tribunale amministrativo al momento della sua entrata in vigore.

16.

L'atto normativo "Legge sui contributi di formazione (Legge sulle borse di studio, LCBor)" CSC [450.200](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

¹⁾ [RS173.110](#)

Art. 18 cpv. 1 (modificato)

¹ Il Servizio e le autorità di Cantone, ~~distretti,~~ regioni e comuni che elaborano dati conformemente al capoverso 2, trasmettono i dati importanti per l'attuazione della presente legge.

17.

L'atto normativo "Legge sulle lingue del Cantone dei Grigioni (LCLing)" CSC [492.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 2 (modificato)

² Nell'adempimento dei loro compiti il Cantone, le regioni, i comuni, le corporazioni comunali ~~e~~ altri enti di diritto pubblico prestano attenzione alla composizione linguistica tradizionale delle regioni e hanno riguardo per la comunità linguistica autocotona.

Art. 2 cpv. 1

¹ La presente legge disciplina:

- c) **(modificata)** l'assegnazione dei comuni e delle regioni alle regioni linguistiche, nonché la cooperazione tra il Cantone ~~e~~ i comuni, le regioni, ~~e~~ le corporazioni comunali, ~~i distretti ed~~ e altri enti di diritto pubblico nella determinazione delle loro lingue ufficiali e scolastiche.

Art. 3 cpv. 4 (modificato), cpv. 5 (modificato)

⁴ Nei rapporti scritti, le autorità cantonali ~~ed i Tribunali cantonali~~, **il Tribunale cantonale, il Tribunale amministrativo e il giudice dei provvedimenti coercitivi** usano le lingue ufficiali nelle loro forme standard.

⁵ La forma standard del romancio usata dalle autorità cantonali, **dal Tribunale cantonale, dal Tribunale amministrativo e dai Tribunali cantonali dal giudice dei provvedimenti coercitivi** è il rumantsch grischun. Le persone di lingua romancia possono rivolgersi al Cantone negli idiomi o in rumantsch grischun.

Art. 8 cpv. 1 (modificato)

~~2. Tribunali cantonali~~ **Tribunale cantonale, Tribunale amministrativo e giudice dei provvedimenti coercitivi (titolo modificato)**

¹ Nelle loro memorie e istanze destinate ai ~~Tribunali cantonali~~ **al Tribunale cantonale, al Tribunale amministrativo e al giudice dei provvedimenti coercitivi** le parti possono usare una lingua ufficiale cantonale di loro scelta.

Art. 9 cpv. 1 (abrogato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)

3. ~~Tribunali distrettuali~~ **regionali**

a) ~~Distretti~~ **Regioni monolingui (titolo modificato)**

¹ *Abrogato*

² Nelle memorie e istanze deve essere usata la lingua ufficiale ~~del distretto~~**della regione**.

³ Il dibattimento principale si tiene nella lingua ufficiale ~~del distretto~~**della regione**.

Art. 10 cpv. 1 (abrogato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)

b) ~~Distretti~~**Regioni plurilingui (titolo modificato)**

¹ *Abrogato*

² Nelle loro memorie e istanze le parti possono usare una lingua ufficiale ~~del distretto~~**della regione**.

³ Il dibattimento principale si tiene di regola ~~nella~~**in una** lingua ufficiale **della regione** parlata dalla parte convenuta rispettivamente dall'imputato.

Art. 10a cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ Se un'autorità di conciliazione è competente per l'intero Cantone, si applicano le disposizioni relative ai ~~Tribunali cantonali~~**Tribunale cantonale, al Tribunale amministrativo e al giudice dei provvedimenti coercitivi**.

² Alle procedure dinanzi alle altre autorità di conciliazione si applicano per analogia le disposizioni relative ai tribunali ~~distrettuali~~**regionali**.

Titolo dopo Art. 15 (modificato)

4. Lingue ufficiali e scolastiche dei comuni e ~~dei circoli~~delle regioni

18.

L'atto normativo "Legge sull'igiene pubblica del Cantone dei Grigioni (Legge sull'igiene pubblica)" CSC [500.000](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 9 cpv. 3 (modificato)

³ Il Governo regola mediante un'ordinanza i diritti e i doveri dei medici ~~distrettuali~~**delegati**.

Art. 22a cpv. 1 (modificato)

¹ Il ~~presidente del giudice unico presso il tribunale distrettuale~~**regionale** giudica l'ammissibilità del prelievo di tessuti e cellule rigenerabili da persone incapaci di discernimento o minorenni.

19.

L'atto normativo "Legge sulla polizia del Cantone dei Grigioni (LPol)" CSC [613.000](#) (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 16 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ La Polizia cantonale può decidere l'allontanamento immediato conformemente all'~~art. 28b capoverso 4~~**articolo 28b capoverso 4** CC, per al massimo dieci giorni. La decisione va accompagnata da un'indicazione dei rimedi giuridici e:

b) **(modificata)** va trasmessa al ~~presidente del Tribunale distrettuale e, giudice unico presso il tribunale regionale,~~ nel caso siano interessati dei minori, all'autorità di protezione dei minori, entro 24- ore;

² Durante l'espulsione, la decisione della Polizia cantonale può essere impugnata per iscritto con ricorso al ~~presidente del giudice unico presso il tribunale distrettuale regionale.~~ Nel ricorso si deve indicare con una breve motivazione quali sono i punti impugnati e quali le modifiche richieste.

20.

L'atto normativo "Legge sulla gestione finanziaria del Cantone dei Grigioni (LGF)" CSC [710.100](#) (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1 (modificato)

¹ La presente legge fa stato per le autorità cantonali e l'amministrazione, per i loro istituti non autonomi, ~~nonché per il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo i tribunali, nonché le autorità di conciliazione.~~

Art. 39a (nuovo)

Tribunali regionali e autorità di conciliazione

¹ Il Tribunale cantonale disciplina in un'ordinanza la competenza decisionale relativa ai crediti e ulteriori disposizioni relative al diritto in materia di finanze concernenti i tribunali regionali e le autorità di conciliazione dopo aver sentito il Dipartimento delle finanze e dei comuni, il Controllo delle finanze, i tribunali regionali e le autorità di conciliazione.

21.

L'atto normativo "Legge sulla vigilanza finanziaria (LVF)" CSC [710.300](#) (stato 1 marzo 2012) è modificato come segue:

Art. 2 cpv. 1

¹ Fatte salve norme divergenti di leggi speciali, sottostanno alla vigilanza finanziaria del Controllo delle finanze:

c) **(modificata)** l'amministrazione ~~del Tribunale cantonale dei tribunali e del Tribunale amministrativo delle autorità di conciliazione;~~

Art. 7 cpv. 1 (modificato)

¹ La Commissione della gestione incarica un ~~organo~~**ufficio** di revisione esterno di ~~verificare e valutare periodicamente la valutazione periodica della qualità e delle~~ prestazioni, nonché **di verificare** il conto annuale del Controllo delle finanze.

Art. 12 cpv. 1

¹ Il Controllo delle finanze è competente per la verifica dell'intera gestione finanziaria, in particolare per:

- a) **(modificata)** la verifica del conto annuale, dei conti separati dei servizi, degli istituti **di diritto pubblico, dei Dipartimenti, dei tribunali** e delle aziende ~~del Cantone~~**autorità di conciliazione;**

Art. 14 cpv. 2 (modificato)

² Il rapporto, che può essere associato a proposte, deve essere inviato al servizio cantonale competente, al **tribunale regionale competente, all'autorità di conciliazione competente**, al Dipartimento competente, alla Cancelleria dello Stato, al Tribunale cantonale o al Tribunale amministrativo, nonché al Dipartimento delle finanze e dei comuni. In caso di mandati di revisione, il rapporto è indirizzato all'organo competente.

Art. 16 cpv. 1 (modificato), cpv. 2

¹ Di regola, il Controllo delle finanze assegna al servizio-, **al tribunale regionale o all'autorità di conciliazione** un termine per liquidare la contestazione o per dare seguito a una proposta. ~~Il servizio informa~~ **Questi informano** il Controllo delle finanze entro il termine fissato in merito alla liquidazione delle contestazioni o delle proposte.

² Se una contestazione o una proposta non può essere liquidata entro il termine fissato o se le contestazioni e le proposte sono controverse, il Controllo delle finanze sottopone la pratica per la decisione definitiva:

- c) **(modificata)** al Tribunale cantonale nei casi che riguardano un tribunale ~~sottoposto alla sua vigilanza~~**regionale o un'autorità di conciliazione.**

Art. 17 cpv. 2 (modificato)

² Il rapporto può essere sottoposto integralmente o parzialmente al Gran Consiglio, a condizione che non vengano violati il segreto d'ufficio e i diritti della personalità. **Si deve presentare rapporto almeno una volta per legislatura.**

Art. 19 cpv. 1 (modificato)

¹ I decreti e le decisioni del Governo, ~~del Tribunale cantonale, del Tribunale amministrativo, dei tribunali, delle autorità di conciliazione,~~ dei Dipartimenti e dei servizi che riguardano la gestione finanziaria del Cantone; devono in ogni momento essere a disposizione del Controllo delle finanze.

Art. 20 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

¹ Il Controllo delle finanze ha il diritto di consultare i dati necessari all'adempimento della vigilanza finanziaria, inclusi i dati di persone delle collezioni di dati dei Dipartimenti e dei servizi, nonché ~~del Tribunale cantonale dei tribunali e del Tribunale amministrativo delle autorità di conciliazione.~~ Per quanto i dati siano adatti e necessari all'adempimento del compito, il diritto d'accesso si estende anche ai dati di persone degni di particolare protezione.

³ Nel caso ~~del Tribunale cantonale dei tribunali e del Tribunale amministrativo delle~~ **autorità di conciliazione** l'accesso a documenti e dati si limita ai decreti e alle decisioni nell'ambito della vigilanza sulla giustizia.

22.

L'atto normativo "Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni" CSC [720.000](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 123 cpv. 1 (modificato)

¹ Le autorità della Confederazione e del Cantone, nonché ~~dei distretti,~~ delle regioni e dei comuni **su richiesta** rilasciano, gratuitamente e incuranti dell'eventuale obbligo di segretezza, ~~su richiesta~~ tutte le informazioni necessarie alle autorità incaricate dell'esecuzione della presente legge. Da parte loro esse possono informare queste autorità se suppongono che una tassazione sia incompleta.

Art. 150 cpv. 1 (modificato)

¹ L'Amministrazione cantonale delle imposte provvede all'inventario e all'apposizione dei sigilli. All'Amministrazione delle imposte va inviata una copia degli inventari ordinati dal ~~Tribunale distrettuale~~ **tribunale regionale** o dall'autorità di protezione dei minori e degli adulti.

23.

L'atto normativo "Legge sulle imposte comunali e di culto (LImpCC)" CSC [720.200](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 11 cpv. 1

¹ Sono esentati dall'imposta sul trapasso di proprietà

-
- d) **(modificata)** ~~il distretto, la regione, il comune~~ **le regioni, i comuni** (con i suoi **loro** istituti) e ~~il comune patriziale~~ **comuni patriziali** per fondi nel proprio territorio;

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Auszug aus dem geltenden Recht

Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)

Vom 16. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010³⁾,

beschliesst:

2. Gemeinsame Bestimmungen

2.1. ALLGEMEINE ORGANISATION

Art. 3 Sitz

¹ Das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht, das kantonale Zwangsmassnahmen-gericht und die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen haben ihren Sitz in Chur.

² Die Bezirksgerichte, die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Miet-sachen haben ihren Sitz am Bezirkshauptort.

Art. 6 Amtseid und Handgelübde

¹ Die Richterinnen und Richter, die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sowie die Aktuarinnen und Aktuare legen vor ihrem Amtsantritt einen Amtseid oder ein Handgelübde auf gewissenhafte Pflichterfüllung ab.

² Es leisten den Amtseid oder das Handgelübde:

- a) die Präsidentinnen und Präsidenten des Kantons- und des Verwaltungsgerichts vor dem Grossen Rat;
- b) die Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts vor der Gerichtspräsidentin oder dem Gerichtspräsidenten;

¹⁾ GRP 2009/2010, 853

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 795

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

- c) die Bezirksgerichtspräsidentinnen und -präsidenten vor dem Kantonsgericht (Gesamtgericht);
- d) die Mitglieder des Bezirksgerichts vor der Bezirksgerichtspräsidentin oder dem Bezirksgerichtspräsidenten;
- e) die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter vor der Bezirksgerichtspräsidentin oder dem Bezirksgerichtspräsidenten;
- f) die Aktuarinnen und Aktuare vor der Gerichtspräsidentin oder dem Gerichtspräsidenten.

³ Amtseid und Handgelübde haben folgenden Wortlaut: "Sie als gewählte Präsidentin / gewählter Präsident (gewählte Richterin oder gewählter Richter, gewähltes Mitglied, Aktuarin oder Aktuar) des (Kantons-, Verwaltungs-, Bezirksgerichts oder der Schlichtungsbehörde) schwören zu Gott (geloben), alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." "Ich schwöre (gelobe) es."

2.2. VERHANDLUNG

Art. 13 Amtsgeheimnis

¹ Richterinnen und Richter, Mitglieder der Schlichtungsbehörden, Aktuarinnen und Aktuare sowie das Kanzleipersonal sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

² Das Amtsgeheimnis gilt auch für Sachverständige, Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie weitere Mitwirkende. Diese sind durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden auf die Schweigepflicht und die strafrechtlichen Folgen bei deren Verletzung aufmerksam zu machen.

³ Das Kantons- beziehungsweise das Verwaltungsgericht entscheiden über die Entbindung vom Amtsgeheimnis für das Zeugnis vor Gericht oder im Strafverfahren sowie für die Aktenedition.

2.3. ÖFFENTLICHKEIT

Art. 15 Gerichtsverhandlung

¹ Zeitpunkt und Gegenstand der Gerichtsverhandlungen sind der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

² Die Gerichtsverhandlungen sind mit Ausnahme der Urteilsberatungen öffentlich.

³ Die Öffentlichkeit wird von der oder dem Vorsitzenden ganz oder teilweise von den Verhandlungen ausgeschlossen, wenn:

- a) abweichende gesetzliche Vorschriften bestehen;
- b) dies aus wichtigen Gründen erforderlich ist, namentlich zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit oder eines schutzwürdigen Interesses einer beteiligten Person.

⁴ Bild- und Tonaufnahmen der Gerichtsverhandlungen sind untersagt.

3. Gerichtsbehörden

3.1. KANTONS- UND VERWALTUNGSGERICHT

3.1.1. Allgemeine Organisation

Art. 19 Stellvertretung

¹ Die Richterinnen und Richter sind zur Stellvertretung in anderen Kammern verpflichtet.

² Können das Kantons- oder das Verwaltungsgericht durch die eigenen Richterinnen und Richter wegen Verhinderungs- oder Ausstandsgründen nicht vollzählig besetzt werden, werden die Mitglieder des jeweils anderen Gerichts beigezogen.

³ Auf Beschluss der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rats können nötigenfalls zusätzlich die Bezirksgerichtspräsidentinnen und -präsidenten als Ersatzrichterinnen und -richter beigezogen werden.

3.1.2. Richterinnen und Richter

Art. 22 Wahlverfahren

¹ Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rats schreibt frei werdende Stellen öffentlich aus.

² Sie prüft die Bewerberinnen und Bewerber auf ihre persönliche und fachliche Eignung, wobei sie das jeweilige Gericht oder andere Organe einbeziehen kann. Sie gibt zuhanden des Grossen Rats eine Empfehlung ab.

³ Der Grosse Rat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie die weiteren Mitglieder des jeweiligen Gerichts in getrennten Wahlgängen.

⁴ Bei der Wahl der kantonalen Richterinnen und Richter sind die drei Amtssprachen des Kantons gebührend zu berücksichtigen.

Art. 24 Besoldung und berufliche Vorsorge

¹ Die Besoldung und die berufliche Vorsorge richten sich nach der Spezialgesetzgebung¹⁾.

¹⁾ BR [173.050](#)

3.1.3. Aktuariat

Art. 29 Anstellung und berufliche Vorsorge

¹ Die Anstellungsverhältnisse sowie die berufliche Vorsorge richten sich nach dem kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrecht. Abweichende Bestimmungen in diesem Gesetz bleiben vorbehalten.

3.1.4. Gerichtskanzlei

Art. 32 Bestand und Stellung

¹ Die Kanzlei besteht aus einer Kanzleichefin oder einem Kanzleichef und dem erforderlichen weiteren Personal.

² Die Anstellungsverhältnisse sowie die berufliche Vorsorge richten sich nach dem kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrecht. Abweichende Bestimmungen in diesem Gesetz bleiben vorbehalten.

3.2. KANTONALES ZWANGSMASSNAHMENGERICHT

Art. 33 Zusammensetzung und Stellung

¹ Das kantonale Zwangsmassnahmengericht besteht aus einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter sowie zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertretern.

² Kann die Einzelrichterin oder der Einzelrichter nicht durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Kantonsgericht eine ausserordentliche Stellvertretung.

³ Das Zwangsmassnahmengericht ist fachlich eigenständig. Administrativ und hinsichtlich Aktuariat ist es dem Bezirksgericht angegliedert.

Art. 34 Bezeichnung

¹ Der Grosse Rat bezeichnet die Mitglieder des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts auf Antrag des Kantonsgerichts aus dem Kreis der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Bezirksgerichte für die Dauer von vier Jahren.

² Die Zusammensetzung des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

³ Der Aufwand für das Zwangsmassnahmengericht wird bei der Festlegung der personellen Ressourcen für das jeweilige Bezirksgericht berücksichtigt.

3.3. BEZIRKSGERICHTE

Art. 35 Bezirk

¹ Der Bezirk ist im Bereiche seiner Rechtsprechungsbefugnisse und der ihm durch Gesetz übertragenen Aufgaben rechts- und handlungsfähig.

Art. 36 Bestand

¹ Die Bezirksgerichte bestehen aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Vollamt, einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten im Hauptamt sowie acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

² Die Bezirksgerichte Albula, Inn und Moesa bestehen jeweils aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Vollamt und acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern. *

³ Das Bezirksgericht Bernina besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Hauptamt und acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern. *

⁴ Das Bezirksgericht Plessur besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten im Vollamt, einer Richterin oder einem Richter im Hauptamt sowie acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

⁵ Das Kantonsgericht legt für jedes Gericht den Beschäftigungsgrad fest:

- a) der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten, soweit diese nicht vollamtlich tätig sind;
- b) der hauptamtlichen Richterinnen und Richter.

⁶ Sofern es der Aufwand für das kantonale Zwangsmassnahmengericht erfordert, kann das Kantonsgericht ein Hauptamt in ein Vollamt umwandeln.

Art. 37 Wahl

¹ Die Stimmberechtigten wählen in getrennten Wahlgängen:

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten;
- b) die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten im Voll- oder Hauptamt;
- c) die hauptamtlichen Richterinnen und Richter;
- d) die übrigen Richterinnen und Richter.

² Die Bezirksgerichte wählen die nebenamtlichen Vizepräsidentinnen und -präsidenten aus dem Kreis der nebenamtlichen Richterinnen und Richter.

Art. 38 Nebenbeschäftigungen

¹ Für vollamtliche Mitglieder der Bezirksgerichte finden die Bestimmungen über Nebenbeschäftigungen für Richterinnen und Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichts Anwendung.

² Hauptamtliche Mitglieder der Bezirksgerichte dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben, welche die Amtsausübung oder die Unabhängigkeit und das Ansehen des Gerichts beeinträchtigen könnte. Selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeiten sind der Aufsichtsbehörde zu melden.

Art. 39 Kammern und Besetzung

¹ Jedes Bezirksgericht bestellt eine Zivil- und eine Strafkammer und macht ihre Zusammensetzung öffentlich bekannt.

² Die Kammern entscheiden in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

³ Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung oder auf Anordnung der oder des Vorsitzenden entscheiden sie in der Besetzung mit fünf Richterinnen und Richtern.

⁴ Das Gesetz kann in bestimmten Bereichen eine Fünferbesetzung oder eine einzelrichterliche Kompetenz vorsehen.

Art. 40 Stellvertretung

¹ Die Richterinnen und Richter sind zur Stellvertretung in der anderen Kammer verpflichtet. Das Gericht regelt die Stellvertretung.

² Erweist sich die Besetzung eines Bezirksgerichts mit seinen eigenen Richterinnen und Richtern als unmöglich, kann das Kantonsgericht es durch Richterinnen und Richter eines Nachbargerichts ergänzen oder ein anderes Gericht als zuständig erklären.

Art. 42 Justizverwaltung

¹ Jedes Bezirksgericht bestellt eine aus fünf Mitgliedern bestehende Verwaltungskommission, die unter Vorbehalt anders lautender Bestimmungen für Wahlen, personalrechtliche Fragen und weitere Geschäfte der Justizverwaltung zuständig ist.

² Personalrechtliche Entscheide können an das Kantonsgericht weitergezogen werden.

Art. 44 Stellung und Besoldung

¹ Die Besoldung der Präsidentinnen und Präsidenten, der voll- und hauptamtlichen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der hauptamtlichen Richterinnen und Richter richtet sich nach dem kantonalen Personalrecht. Bezüglich Anstellungsverhältnis gelten dieselben Bestimmungen wie für Richterinnen und Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichts.

² Die Bezirksgerichte setzen die Entschädigungen der nebenamtlichen Vizepräsidentinnen und -präsidenten, der übrigen Richterinnen und Richter sowie der nebenamtlichen Aktuarinnen und Aktuare im Rahmen des kantonalen Rechts fest.

³ Die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der voll- und hauptamtlichen Aktuarinnen und Aktuare sowie des Kanzleipersonals richten sich nach dem kantonalen Personalrecht.

⁴ Das Kantonsgericht reiht die Stellen gestützt auf entsprechende Vorschläge des kantonalen Personalamtes und nach Anhörung der Bezirksgerichte in die Gehaltsklassen gemäss kantonalem Personalrecht ein. Es regelt die Zuständigkeiten, das Verfahren sowie weitere Einzelheiten in einer Verordnung.

⁵ Die berufliche Vorsorge der voll- und hauptamtlichen Mitglieder sowie aller Mitarbeitenden richtet sich nach dem kantonalen Pensionskassenrecht.

4. Schlichtungsbehörden

4.1. VERMITTLERAMT

Art. 45 Anzahl und Stellung

¹ Als Schlichtungsbehörde besteht in jedem Bezirk ein Vermittleramt.

² Das Vermittleramt ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist es dem Bezirksgericht angegliedert. Die Einzelheiten regeln Vermittleramt und Bezirksgericht in einer Vereinbarung.

Art. 46 Zusammensetzung und Wahl

¹ Das Bezirksgericht wählt eine Vermittlerin oder einen Vermittler sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer von vier Jahren.

² Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

³ Das Bezirksgericht schreibt frei werdende Stellen öffentlich aus.

⁴ Die Zusammensetzung des Vermittleramts ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

Art. 47 Wählbarkeitsvoraussetzungen und Nebenbeschäftigungen

¹ Vermittlerinnen und Vermittler verfügen über die erforderliche persönliche Eignung.

² In mehrsprachigen Bezirken ist auf eine angemessene Kenntnis oder Vertretung der Amtssprachen zu achten.

³ Vermittlerinnen und Vermittler dürfen keine Tätigkeiten ausüben, welche die Unabhängigkeit der Schlichtungsbehörde beeinträchtigen könnte.

Art. 48 Stellvertretung

¹ Kann die Vermittlerin oder der Vermittler nicht durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Bezirksgericht eine ausserordentliche Stellvertretung.

Art. 49 Stellung und Besoldung

¹ Die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse sowie die berufliche Vorsorge richten sich nach dem kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrecht. Abweichende Bestimmungen in diesem Gesetz bleiben vorbehalten.

² Das Kantonsgericht reiht die Stellen gestützt auf entsprechende Vorschläge des Personalamtes und nach Anhörung der Bezirksgerichte in die Gehaltsklassen gemäss kantonalem Personalrecht ein oder sieht eine Entschädigung nach Taggeld vor. Es regelt die Zuständigkeiten, das Verfahren sowie weitere Einzelheiten in einer Verordnung.

Art. 50 Aktuariat und Kanzlei

¹ Das Bezirksgericht entscheidet über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei nach Anhörung des Vermittleramts.

² Soweit die Aktuariats- und Kanzleiarbeiten nicht Angestellten des Bezirksgerichts obliegen, ist das Vermittleramt für die Wahl zuständig.

³ Die Besoldungs- und Anstellungsbedingungen richten sich nach den Bestimmungen über die Bezirksgerichte.

4.2. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR MIETSACHEN

Art. 51 Anzahl und Stellung

¹ Für Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen besteht in jedem Bezirk eine Schlichtungsbehörde.

² Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist sie dem Bezirksgericht angegliedert.

Art. 53 Wahl

¹ Das Bezirksgericht wählt die Vertretung der Mieter- und der Vermieterseite sowie deren Stellvertretung für die Dauer von vier Jahren.

² Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

³ Die Mieter- und Vermieterorganisationen unterbreiten Vorschläge für die Wahl ihrer Vertretung.

⁴ Die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

Art. 54 Stellvertretung

¹ Kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet das Bezirksgericht eine ausserordentliche Stellvertretung.

Art. 55 Stellung und Besoldung

¹ Stellung und Besoldung der Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Mietsachen richten sich nach den Bestimmungen für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter der Bezirksgerichte. Abweichende Bestimmungen in diesem Gesetz bleiben vorbehalten.

² Das Kantonsgericht regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

Art. 56 Aktuariat und Kanzlei

¹ Das Bezirksgericht entscheidet über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei.

² Soweit die Aktuariats- und Kanzleiarbeiten nicht Angestellten des Bezirksgerichts obliegen, ist die Schlichtungsbehörde für Mietsachen für die Wahl zuständig. Sie regelt die Organisation der Rechtsberatung gemäss Bundesrecht.

³ Die Besoldungs- und Anstellungsbedingungen richten sich nach den Bestimmungen über die Bezirksgerichte.

4.3. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR GLEICHSTELLUNGSSACHEN

Art. 57 Anzahl und Stellung

¹ Für Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz besteht eine kantonale Schlichtungsbehörde.

² Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist sie dem Bezirksgericht Plessur angegliedert.

Art. 61 Stellung und Besoldung

¹ Stellung und Besoldung der Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen richten sich nach den Bestimmungen für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter der Bezirksgerichte.

² Das Kantonsgericht regelt die Einzelheiten in einer Verordnung¹⁾.

¹⁾ BR [173.600](#)

5. Aufsicht und Oberaufsicht

5.2. AUFSICHT DES KANTONSGERICHTS

Art. 66 Aufsichtsbeschwerde

¹ Aufsichtsbeschwerden gegen ein Bezirksgericht, eine Schlichtungsbehörde oder das kantonale Zwangsmassnahmengericht sowie deren Mitglieder sind beim Kantonsgericht einzureichen.

² Im Übrigen gelten für das Beschwerdeverfahren die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege¹⁾.

Art. 67 Zuständigkeit

¹ Das Gesamtgericht ist zuständig für Beschlüsse, mit welchen Richterinnen und Richter der Bezirke sowie Mitglieder der Schlichtungsbehörden zeitweilig im Amt eingestellt oder ihres Amtes enthoben werden.

² Die weiteren Geschäfte der Justizaufsicht kann das Gericht mittels Verordnung an ein anderes Gremium innerhalb des Gerichts übertragen.

5.3. AUFSICHT UND OBERAUFSICHT DES GROSSEN RATS

Art. 69 Zuständigkeit

¹ Der Grosse Rat ist zuständig für Disziplarmassnahmen, mit welchen kantonale Richterinnen und Richter zeitweilig im Amt eingestellt oder ihres Amtes enthoben werden.

² Die weiteren Disziplarmassnahmen kann die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rats aussprechen.

6. Rechnungswesen

Art. 71 Finanz- und Rechnungswesen

¹ Jedes Gericht führt das Finanz- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen des kantonalen Finanzhaushaltsrechts.

² Das Kantonsgericht genehmigt Budget und Rechnung der Bezirksgerichte nach Prüfung durch die kantonale Finanzkontrolle und auf deren Antrag.

³ Es regelt die Einzelheiten zum Finanz- und Rechnungswesen der Bezirksgerichte in einer Verordnung. Das für die Finanzen zuständige Departement, die Finanzkontrolle und die Bezirksgerichte sind vorgängig anzuhören.

¹⁾ BR [370.100](#)

Art. 73 Kostentragung

¹ Soweit die Kosten der Rechtsprechung durch Gerichtskosten, Geldstrafen, Bussen und allfällige weitere Einnahmen nicht gedeckt werden, gehen sie zu Lasten des Kantons.

7. Schlussbestimmungen**Art. 76** Übergangsbestimmungen

¹ Die Mitglieder der Bezirksgerichte bleiben unter Vorbehalt der folgenden Ausnahmen in ihrer bisherigen Funktion auch bei einer Veränderung des Stellenumfangs bis zum Ablauf der Amtsperiode im Amt:

- a) Das Bezirksgericht kann Erhöhungen des Stellenumfangs beim Vizepräsidium mit Zustimmung des Kantonsgerichts bis zum Ablauf der Amtsperiode auf mehrere Mitglieder des Bezirksgerichts verteilen;
- b) Das Bezirksgericht Plessur wählt die hauptamtliche Richterin oder den hauptamtlichen Richter für den Rest der Amtsperiode aus dem Kreis der nebenamtlichen Richterinnen und Richter. Es kann die Erhöhung des Stellenumfangs mit Zustimmung des Kantonsgerichts bis zum Ablauf der Amtsperiode auf mehrere Mitglieder des Bezirksgerichts verteilen;
- c) Die Bestimmungen über die Nebenbeschäftigungen gelten für den neuen Beschäftigungsumfang ab Inkrafttreten¹⁾ dieses Gesetzes;
- d) Für Ersatzwahlen gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes;
- e) Veränderungen hinsichtlich der Anzahl Richterinnen und Richter werden erst auf die nächste Amtsperiode wirksam.

² Die Mitglieder der Schlichtungsbehörden in Mietsachen bleiben unter Vorbehalt der folgenden Ausnahmen bis zum Ablauf der Amtsperiode nach bisherigem Recht im Amt:

- a) Die Amtsperiode der oder des Vorsitzenden wird auf 31. Dezember 2010 verkürzt;
- b) Für Neuwahlen und Ersatzwahlen gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes.

³ Die Wahl der Mitglieder der Vermittlerämter und der Schlichtungsbehörde in Gleichstellungssachen sowie des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts richtet sich nach diesem Gesetz. Die erste Amtsperiode dieser Behörden dauert vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2012.

¹⁾ 1. Januar 2011

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005³⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. GELTUNGSBEREICH UND GEGENSTAND

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Das Gesetz regelt:

- a) * die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen und regionalen Angelegenheiten sowie die Wahlen der Bezirksgerichte;
- b) die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in kantonalen Angelegenheiten;
- c) * die Ausübung des Initiativrechts in Regions- und Gemeindeangelegenheiten.

² Auf die eidgenössischen Abstimmungen und die Nationalratswahlen sowie die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in eidgenössischen Angelegenheiten ist das Gesetz anwendbar, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt.

³ Sinngemäss Anwendung findet das Gesetz auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

¹⁾ GRP 2005/2006, 144

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 3

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 2 Begriffe

¹ Kantonale Wahlen sind die Regierungs- und Ständeratswahlen; regionale Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über den Grossen Rat. *

² Bezirkswahlen sind die Wahlen der Mitglieder der Bezirksgerichte.

³ ... *

2. Wahlen und Abstimmungen

2.1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION

Art. 8 Abstimmungsort, -tag und -art

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die Bezirksgerichtswahlen werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt. *

² Die Wahlen und Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten werden gemeindeweise am gleichen Tag durchgeführt. *

2.2. ANORDNUNG DER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Art. 15 Anordnung, Bekanntgabe

¹ Die Wahlen und Abstimmungen werden angeordnet:

- a) * durch die Regierung: die Regierungs- und Ständeratswahlen inklusive Ersatzwahlen, die Bezirksgerichts- und Grossratswahlen sowie die Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten;
- b) * durch die Verwaltungskommission: die Ersatzwahlen im Bezirk;
- c) * durch den Regionalausschuss: die Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten.
- d) * ...

² Die anordnende Behörde gibt den Zeitpunkt der Wahl oder Abstimmung öffentlich bekannt und erlässt die für die Durchführung erforderlichen Weisungen.

Art. 16 Wahltermine**1. Erneuerungswahlen**

¹ Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

- a) * die Regierungs- und Grossratswahlen gleichzeitig in der Regel im Mai oder Juni für die für die Regierung am 1. Januar des folgenden Jahres, für den Grossen Rat am ersten Tag der Augustsession beginnende Amtsdauer;
- b) die Bezirksgerichtswahlen in der Regel in den Monaten März, April, Mai oder Juni für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende Amtsdauer;

- c) * die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen und für dieselbe Amtsdauer in der Regel am zweitletzten Sonntag im Oktober.
- d) * ...

Art. 17 2. Ersatzwahlen

¹ Kommt es vor Ablauf der Amtsdauer zu einer Vakanz, ordnet die zuständige Behörde innert zwei Monaten für den Rest der Amtsdauer eine Ersatzwahl an.

² Eine Ersatzwahl für den Rest der laufenden Amtsdauer unterbleibt, wenn sie erst zwei Monate vor der Erneuerungswahl oder später fällig wird.

³ Auf Ersatzwahlen im Bezirk kann verzichtet werden.

⁴ Mehrere Ersatzwahlen können als Gesamtwahlen durchgeführt werden, wenn sie innert zwei Monaten fällig werden.

Art. 19 Ausnahmen

¹ Liegen gewichtige Gründe vor, so kann die Regierung im Einzelfall Abweichungen von den vorstehenden Wahlterminen beschliessen.

2.2.A STILLE WAHL DER MITGLIEDER DER BEZIRKSGERICHTE *

Art. 19a * Umfang

¹ Bei Erneuerungs- und Ersatzwahlen für die Mitglieder der Bezirksgerichte ist im ersten und in einem zweiten Wahlgang eine stille Wahl möglich.

Art. 19b * Erneuerungswahlen

1. Aufforderung

¹ Die Verwaltungskommission des zuständigen Bezirksgerichts publiziert bis spätestens am vierzehnten Montag vor dem Wahltag in ortsüblicher Weise die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

² Diese beinhaltet namentlich:

- a) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen;
- b) Datum eines zweiten Wahlganges;
- c) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen für einen zweiten Wahlgang.

Art. 19e * c) Einreichung

¹ Wahlvorschläge müssen bis spätestens am achtletzten Montag vor dem Wahltag beim zuständigen Bezirksamt eintreffen.

² Nach diesem Zeitpunkt eingereichte Wahlvorschläge fallen ausser Betracht.

Art. 19f * d) Bereinigung

¹ Die Verwaltungskommission des zuständigen Bezirksgerichts prüft fortlaufend die eingegangenen Wahlvorschläge in Bezug auf die Formerfordernisse, die Wählbarkeit der Kandidierenden und die Gültigkeit der Unterschriften.

² Bei Mängeln wird der Vertretung des Wahlvorschlags unverzüglich eine kurze Frist zur Behebung angesetzt.

³ Wird ein Mangel nicht fristgemäss behoben, so ist der Wahlvorschlag ungültig. Betrifft der Mangel nur eine vorgeschlagene Person, so wird lediglich deren Name gestrichen.

⁴ Nach Ablauf der Anmeldefrist ist eine Behebung von Mängeln ausgeschlossen.

Art. 19g * e) Bekanntgabe

¹ Die Verwaltungskommission des zuständigen Bezirksgerichts veröffentlicht die Namen der kandidierenden Personen in ortsüblicher Weise.

Art. 19h * 3. Zustandekommen

¹ Eine stille Wahl kommt zustande, wenn die Zahl der gültig vorgeschlagenen Personen der Zahl der zu vergebenden Sitze entspricht. Andernfalls findet ein freier öffentlicher Wahlgang statt.

² Die Verwaltungskommission des zuständigen Bezirksgerichts entscheidet unverzüglich über das Zustandekommen der stillen Wahl und veröffentlicht den Entscheid im Kantonsamtsblatt und in ortsüblicher Weise.

Art. 19i * 4. Zweiter Wahlgang

¹ Wahlvorschläge können innert drei Tagen nach dem ersten Wahlgang beim Bezirksamt eingereicht werden. Der zweite Wahlgang ist frei.

² Für das weitere Verfahren gelten die Artikeln 19c-19h.

Art. 19j * Ersatzwahlen

¹ Im Falle einer Ersatzwahl, bestimmt die Verwaltungskommission des zuständigen Bezirksgerichts in Beachtung von Artikel 17 Absatz 1 die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen.

² Für das weitere Verfahren gelten die Artikel 19b-19i.

2.3. WAHL- UND ABSTIMMUNGSUNTERLAGEN

Art. 20 Bereitstellung

¹ Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen werden vorbereitet und den Gemeinden rechtzeitig zugestellt:

- a) von der Standeskanzlei bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen;
- b) * vom Bezirksamt bei Bezirksgerichtswahlen;
- c) * vom Regionalausschuss bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates sowie bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten.
- d) * ...

Art. 21 Umfang

¹ Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen umfassen:

- a) bei eidgenössischen Wahlen (Nationalratswahlen) die Wahlzettel und die Bundeswahlbroschüre, bei eidgenössischen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Bundesrates;
- b) bei kantonalen Wahlen die Wahlzettel, bei kantonalen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Grossen Rates;
- c) * bei den Bezirksgerichtswahlen und den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates die Wahlzettel, bei den Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Regionalausschusses.
- d) * ...

2.4. STIMMABGABE

Art. 25 Formen

1. In Eidgenössischen, kantonalen und Bezirksangelegenheiten *

¹ Die Stimmberechtigten können unter Abgabe des Stimmrechtsausweises persönlich an der Urne, vorzeitig bei einer von der Gemeinde bezeichneten Stelle oder brieflich stimmen. Briefliche Stimmabgabe ist ab Erhalt der Abstimmungsunterlagen zulässig.

² Stimmberechtigte, die wegen Invaliderität oder aus einem anderen Grund dauernd unfähig sind, die für die Stimmabgabe nötigen Handlungen selbst vorzunehmen, können hiezu eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl ermächtigen.

³ Die Regierung kann die Stimmabgabe auf elektronischem Weg ganz oder teilweise ermöglichen, sofern die zur Erfassung aller Stimmen sowie zur Wahrung des Stimmgeheimnisses und zur Verhinderung von Missbräuchen erforderlichen Bedingungen erfüllt sind.

2.5. ERMITTLUNG DES WAHL- UND ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

Art. 36 Meldung der Ergebnisse

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich die Gemeindeergebnisse: *

- a) bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen der Standeskanzlei;
- b) * bei Bezirksgerichtswahlen dem Bezirksamt;
- c) * bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und den Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss.
- d) * ...

² Das Stimmbüro erstellt zudem für jeden Urnengang ein Protokoll mit den Angaben gemäss Artikel 32 und übermittelt diese sowie die Wahl- oder Stimmzettel unverzüglich den zuständigen Stellen.

³ Die Regionalausschüsse melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates. *

⁴ Die Bezirksamter melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Bezirksgerichtswahlen. *

Art. 37 Zusammenfassung der Gemeindeergebnisse

¹ Die Standeskanzlei ermittelt durch Zusammenzählen der Gemeindeergebnisse das kantonale Ergebnis bei eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen und fertigt darüber ein Protokoll aus.

² Bei Wahlen im Bezirk kommt die Aufgabe dem Bezirksamt, bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss zu. *

Art. 41 c) Losentscheid

¹ Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge der Einsitznahme das Los. Die Losziehung nimmt vor:

- a) bei kantonalen Wahlen die Regierung;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen die Verwaltungskommission;
- c) * bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates der Regionalausschuss.
- d) * ...

² Soweit möglich, werden die Betroffenen für die Losziehung beigezogen. Im Übrigen bestimmt die zuständige Instanz das Verfahren.

2.6. ABSCHLUSS DES VERFAHRENS

Art. 42 Veröffentlichung 1. Vorläufiges Ergebnis

¹ Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen auf Bezirksebene vom Bezirksamt und jene der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates sowie der Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten vom Regionalausschuss unverzüglich öffentlich bekanntgegeben. *

Art. 43 2. Nachzählung

¹ Beträgt beim ermittelten vorläufigen Gesamtergebnis einer Wahl oder Abstimmung die Differenz der Stimmen zwischen der letzten gewählten und der ersten nicht gewählten Person beziehungsweise zwischen den Ja- und Nein-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmzettel, hat von Amtes wegen eine Nachzählung zu erfolgen.

² Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei Wahlen auf Bezirksebene die Verwaltungskommission sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten der Regionalausschuss eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen. *

³ Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei Wahlen auf Bezirksebene durch das Bezirksamt und bei regionalen Wahlen und Abstimmungen durch den Regionalausschuss vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen. *

Art. 44 3. Konsolidiertes Ergebnis

¹ Gestützt auf die Protokolle der Gemeinden oder einer allfälligen Nachzählung werden die konsolidierten Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen unter Hinweis auf das Beschwerderecht durch die Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

² Bei Wahlen auf Bezirksebene beziehungsweise bei Wahlen und Abstimmungen auf regionaler Ebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Bezirksamt beziehungsweise durch den Regionalausschuss im jeweiligen Publikationsorgan. *

7. Rechtspflege und Strafbestimmungen

Art. 102 Weiterzug ans Verwaltungsgericht

¹ Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der Bezirke, Regionen und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht. *

² Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz¹⁾. *

¹⁾ BR [370.100](#)

Gesetz über die Staatshaftung (SHG)

Vom 5. Dezember 2006 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 26 und 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 22. August 2006³⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Diesem Gesetz unterstehen:

- a) * der Kanton, die Bezirke, Regionen und Gemeinden sowie die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und deren selbstständige Anstalten (Gemeinwesen);
- b) die Organe dieser Gemeinwesen;
- c) die im Dienste dieser Gemeinwesen stehenden Personen bei der Ausübung dienstlicher Tätigkeiten.

² Vorbehalten sind die haftpflichtrechtlichen Bestimmungen des Obligationenrechts für gewerbliche Tätigkeiten sowie die besonderen Haftungsbestimmungen anderer Gesetze.

³ Für strafprozessuale Entschädigungsforderungen gegenüber dem Kanton finden die Bestimmungen über die Staatshaftung nur Anwendung, wenn die Forderung im Strafverfahren nicht beurteilt worden ist. *

⁴ Soweit dieses Gesetz keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen des Abschnitts des Obligationenrechts über die Entstehung durch unerlaubte Handlungen (Art. 41 ff.)⁴⁾ anwendbar. *

¹⁾ GRP 2006/2007, 665

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 1347

⁴⁾ SR [220](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 27 Abs. 5, 28 Abs. 3, 31, 32 Abs. 3 und 49 Abs. 2 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

3. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

3.2. KOMMISSIONEN

Art. 34 Kommission für Justiz und Sicherheit; besondere Informationsrechte

¹ Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich Geschäftsführung und Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, von den kantonalen Gerichten sowie den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte neben den für Sachkommissionen vorgesehenen allgemeinen Informationsrechten insbesondere:

- a) schriftliche Berichte verlangen;
- b) die Präsidentinnen oder die Präsidenten zu den Beratungen beiziehen und zu den Rechenschaftsberichten befragen;
- c) die Herausgabe von Akten verlangen und in sämtliche Akten Einsicht nehmen;
- d) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten Inspektionen vornehmen;

¹⁾ GRP 2005/2006, 818

²⁾ BR [110.100](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

- e) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten jede Person aus der Justizverwaltung oder der Behörde anhören, auch in Abwesenheit der Vorgesetzten beziehungsweise des Vorgesetzten oder der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

² Die Präsidentinnen oder die Präsidenten haben der Kommission für Justiz und Sicherheit alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu erteilen.

5. Verhandlungsgegenstände

5.3. AUFSICHTSBESCHWERDEN

Art. 56 Instruktion und Antragstellung

¹ An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen die kantonalen Gerichte von der Kommission für Justiz und Sicherheit instruiert.

² Die instruierende Kommission nimmt alle sachdienlichen Abklärungen vor und unterbreitet dem Grossen Rat auf die nächste Session hin Bericht und Antrag.

³ Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes sinngemäss Anwendung. *

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)

Vom 15. Juni 2006 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,
gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 7. März 2006³⁾,
beschliesst:

1. Regierung

1.1. STELLUNG UND AUFGABEN

Art. 3 Unvereinbarkeit

¹ Das Amt eines Mitglieds der Regierung ist unvereinbar mit Gemeinde- und Bezirksämtern sowie Ämtern in Regionen. Im Übrigen gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen gemäss Artikel 22 der Kantonsverfassung. *

¹⁾ GRP 2005/2006, 1358

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 1817

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, PG)

Vom 14. Juni 2006 (Stand 1. März 2012)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 und Art. 50 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 7. März 2006³⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 3 Gegenstand und Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz regelt das Arbeitsverhältnis der kantonalen Mitarbeitenden.

² Es gilt ferner für die Mitarbeitenden

- a) der selbstständigen kantonalen Anstalten;
- b) der Gerichte.

³ Die Mitarbeitenden der Graubündner Kantonalbank sind vom Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgenommen.

⁴ Nebenamtliche Mitarbeitende sind ausserhalb der engeren Verwaltungsorganisation tätig. Sie werden vom Gesetz oder von der Regierung als solche bezeichnet.

¹⁾ GRP 2005/2006, 1299

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 1989

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

3. Rechte der Mitarbeitenden

3.1. ENTLÖHNUNG

Art. 21 Einreihungsplan und Grundsätze der Lohnfestlegung

¹ Die Regierung legt den Einreihungsplan fest. Dieser enthält nach Funktionsbereichen und Gehaltsklassen geordnete Richtpositionen, die auch für die selbstständigen kantonalen Anstalten und die kantonalen Gerichte gelten.

² Für die Arbeitsplatzbewertung werden insbesondere die Grundanforderungen, die geistigen, charakterlichen und körperlichen Anforderungen sowie die Beanspruchungen und Arbeitsbedingungen berücksichtigt.

4. Pflichten der Mitarbeitenden

Art. 50 Geheimhaltungspflicht, Aktenedition, Zeugnis vor Gericht, Information der Medien

¹ Die Mitarbeitenden sind gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit über dienstliche Angelegenheiten verpflichtet, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim zu halten sind.

² Die Geheimhaltungspflicht gilt auch nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

³ Die Regierung regelt die Zuständigkeit für die Entbindung von der Geheimhaltungspflicht für die Aktenedition, für das Zeugnis vor Gericht und für die Information der Medien.

5. Verschiedene Bestimmungen

Art. 58 Unvereinbarkeit von Ämtern

¹ Die Mitarbeitenden dürfen nicht gleichzeitig Mitglied der Bundesversammlung, des Grossen Rates, der Regierung, der kantonalen Gerichte oder des Bankrates sein. Davon ausgenommen sind Mitarbeitende mit einem gesamten Arbeitsumfang beim Kanton von maximal 40 Prozent.

² Wird eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter mit einem höheren Arbeitsumfang in eine dieser Behörden gewählt, ist der Arbeitsumfang entsprechend herabzusetzen. Ist dies aus betrieblichen Gründen nicht möglich, ist das Arbeitsverhältnis innert sechs Monaten nach der Wahl zu beenden.

6. Zuständigkeiten, Rechtsschutz und Verfahren

6.1. ZUSTÄNDIGKEITEN

Art. 65 2. Für die selbstständigen kantonalen Anstalten und kantonalen Gerichte

¹ Die selbstständigen kantonalen Anstalten und die kantonalen Gerichte haben die gleichen Befugnisse wie die Regierung. Davon ausgenommen sind die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2, Artikel 20, Artikel 29 Absatz 2, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 37 Absatz 2 und Artikel 73 Absatz 2.

² Die selbstständigen kantonalen Anstalten und die kantonalen Gerichte bestimmen die zuständigen Instanzen. Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen in den Organisationsgesetzen.

³ Das Personalamt bereitet auf Antrag und gegen Entschädigung personalrechtliche Verträge, Verfügungen und Beschlüsse der selbstständigen kantonalen Anstalten sowie der kantonalen Gerichte im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 vor.

⁴ Die Einreihung der Stellen ist mit dem Personalamt abzusprechen. Wird zwischen der Anstalt oder dem Gericht und dem Personalamt keine Einigung erzielt, entscheidet endgültig

- a) bei den selbstständigen kantonalen Anstalten die Regierung;
- b) bei den kantonalen Gerichten die vom Grossen Rat bezeichnete Kommission.

⁵ Die selbstständigen kantonalen Anstalten können für ihre Mitarbeitenden die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen.

6.2. RECHTSSCHUTZ UND VERFAHREN

Art. 66 Anfechtbarkeit personalrechtlicher Entscheide

¹ Personalrechtliche Entscheide der Departemente, der Standeskanzlei, der Finanzkontrolle und der Dienststellen können mit Verwaltungsbeschwerde angefochten werden. *

² Personalrechtliche Entscheide der Dienststellen sind an die Departemente, personalrechtliche Entscheide der Departemente, der Standeskanzlei und der Finanzkontrolle an die Regierung weiterziehbar. *

³ Gegen Beschwerdeentscheide der Departemente ist die Beschwerde an die Regierung nur zulässig, wenn der Weiterzug an das Verwaltungsgericht ausgeschlossen ist.

⁴ Mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht können innert 30 Tagen seit der schriftlichen Mitteilung weitergezogen werden

- a) Kündigungen des Arbeitsverhältnisses nach der Probezeit;

- b) Lohnkürzungen von mehr als einem Monatslohn und weitere vermögensrechtliche Ansprüche;
- c) Ansprüche gemäss Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann.

⁵ Für die selbstständigen kantonalen Anstalten gilt, unter Vorbehalt besonderer Bestimmungen in den Organisationsgesetzen, das Verfahren betreffend die Anfechtbarkeit personalrechtlicher Entscheide sinngemäss.

⁶ Personalrechtliche Entscheide eines kantonalen Gerichts können innert 30 Tagen seit der schriftlichen Mitteilung an das andere kantonale Gericht weitergezogen werden, soweit das kantonale Personalrecht die Anfechtbarkeit vorsieht.

Kantonales Datenschutzgesetz (KDSG)

Vom 10. Juni 2001 (Stand 1. Januar 2016)

Vom Volke angenommen am 10. Juni 2001¹⁾

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz dient dem Schutz von Personen vor widerrechtlichem Bearbeiten von Personendaten durch Behörden.

² Als Behörden im Sinne dieses Gesetzes gelten:

- a) * Behörden und Amtsstellen des Kantons, der Bezirke, Regionen, Gemeinden und Gemeindeverbindungen;
- b) * öffentlich-rechtliche Anstalten, Stiftungen und Körperschaften des Kantons, der Bezirke, Regionen und Gemeinden;
- c) Private, soweit ihnen öffentliche Aufgaben übertragen sind.

³ ... *

⁴ Die Ausschlussgründe des Bundesgesetzes über den Datenschutz²⁾ gelten sinngemäss.

⁵ Zudem ist das Gesetz nicht anwendbar für:

- a) Behörden, die am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen und dabei nicht hoheitlich handeln;
- b) Personendaten, die in einem öffentlichen Archiv archiviert sind.

Art. 6 Rechtsschutz

¹ Entscheide von Behörden und Amtsstellen der Verwaltung und von unselbstständigen Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts können beim vorgesetzten Departement angefochten werden.

² Gegen Entscheide Privater, die öffentliche Aufgaben erfüllen, steht die Beschwerde an die auftraggebende Instanz offen.

¹⁾ B vom 5. September 2000, 493; GRP 2000/2001, 530

²⁾ SR [235.1](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

³ Entscheide der Departemente, der Gemeinde-, Bezirks- und Regionalbehörden, der Gemeindeverbindungen sowie der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften können beim Verwaltungsgericht mit Beschwerde angefochten werden. *

⁴ Das Beschwerderecht steht auch der Aufsichtsstelle zu. *

Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der kantonalen Gerichte (GGVG)

Vom 19. Oktober 2006 (Stand 1. Januar 2009)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. Juli 2006³⁾,

beschliesst:

¹⁾ GRP 2006/2007, 400

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 1079

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch¹⁾

Vom 12. Juni 1994 (Stand 1. Januar 2016)

Vom Volke angenommen am 12. Juni 1994²⁾

1. Allgemeiner Teil

1.1. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDEN UND VERFAHREN

1.1.2. Verwaltungsbehörden

Art. 14 2. Der Gemeindevorstand

¹ Der Gemeindevorstand ist für den Erlass von Verboten betreffend Wald und Weide auf Gemeindegebiet (Art. 699) zuständig. Gegen die Anordnung solcher Verbote kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden. *

² Der Gemeindevorstand des Wohnsitzes oder des Heimatortes ist zuständig für:

1. * Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigkeit der Ehe;
2. * Art. 9 Abs. 2 PartG, Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;
3. Art. 259 Abs. 2 Ziff. 3, 260a Abs. 1, Anfechtung einer Anerkennung;
4. * Art. 550, amtliches Begehren um Verschollenerklärung gemäss Art. 6 Abs. 3 des vorliegenden Gesetzes.

³ Der Gemeindevorstand des letzten Wohnsitzes des Beklagten ist zuständige Behörde bei Vaterschaftsklagen gemäss Artikel 261 Absatz 2.

⁴ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person ist für die Inkassohilfe gemäss Artikel 131 Absatz 1 und Artikel 290 zuständig. *

¹⁾ Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt

²⁾ B vom 2. November 1992, 545 und 24. Mai 1993, 175; GRP 1992/93, 812; GRP 1993/94, 286 (1. Lesung), 560 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

⁵ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle ist für die Aufbewahrung von letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen (Art. 504, 505) zuständig.¹⁾ *

⁶ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle nimmt die Meldung über Todesfälle von am Wohnort verstorbenen Personen entgegen und teilt sie unverzüglich dem zuständigen Zivilstandsamt mit. *

⁷ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis. Bei der Gemeinde aufbewahrte letztwillige Verfügungen und Erbverträge sind dem Bezirksgericht weiterzuleiten.²⁾ *

Art. 16 II. Verfahren

¹ Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegesetzes³⁾. *

² ... *

³ Entscheide der Regierung, der kantonalen Departemente und anderer kantonalen Instanzen auf dem Gebiete des Zivilrechtes können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung⁴⁾ an das Kantonsgericht weitergezogen werden, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist. *

2. Besonderer Teil

2.3. ERBRECHT

2.3.1. Gesetzliches Erbrecht und Verfügungen von Todes wegen

Art. 72 * 4. Eröffnung

¹ Wer Kenntnis von einer letztwilligen Verfügung oder einem Erbvertrag hat, ist verpflichtet, diese an den zuständigen Bezirksgerichtspräsidenten zur Eröffnung weiterzuleiten, sobald er vom Tod des Erblassers Kenntnis erhalten hat.

² Ist der Erblasser gestorben, sind die bekannten Erben zur Eröffnung der letztwilligen Verfügung oder des Erbvertrages vor das Bezirksamt zu laden. Die Eröffnung ist im Register vorzumerken.

¹⁾ Vgl. Art. 69 ff. dieses Gesetzes.

²⁾ Vgl. Art. 72 Abs. 1 dieses Gesetzes.

³⁾ BR [370.100](#)

⁴⁾ SR [272](#)

Art. 73 III. Örtliche Zuständigkeit zur Entgegennahme mündlicher Verfügungen

¹ Die mündliche letztwillige Verfügung gemäss Artikel 506 und 507 können die Zeugen bei jedem Bezirksgerichtspräsidenten niederlegen oder zu Protokoll geben. *

² Dieser hat die von den Zeugen verfasste Urkunde oder bei mündlicher Erklärung das darüber aufgenommene Protokoll der für die Aufbewahrung oder Eröffnung zuständigen Instanz der Wohnsitzgemeinde des Erblassers zur Aufbewahrung oder zur Eröffnung zu übergeben.

2.3.2. *Erbgang*

Art. 74 I. Sicherungsmassregeln
1. Siegelung der Erbschaft

¹ Die Erbschaft ist ohne Verzug unter Siegel zu legen:

1. wenn nicht alle Erben bekannt sind;
2. wenn die bekannten Erben nicht alle anwesend, vertreten oder handlungsfähig sind und die Siegelung nach den Umständen als gerechtfertigt erscheint;
3. wenn ein Erbe ein öffentliches Inventar verlangt;
4. wenn ein Erbe die Siegelung der Erbschaft ausdrücklich verlangt.

² In den Fällen von Absatz 1 Ziffern 1 und 2 dieses Artikels sind zu sofortiger Anzeige an den Bezirksgerichtspräsidenten die Erben, die Hausgenossen des Erblassers und der Vorstand seiner Wohngemeinde verpflichtet. *

³ Die Siegelung erfolgt durch den Bezirksgerichtspräsidenten oder einen anderen Angestellten des Bezirksgerichts. *

Art. 75 2. Sicherungsinventar

¹ Das Sicherungsinventar (Art. 553) wird vom Bezirksgerichtspräsidenten, einem Aktuar des Bezirksgerichts oder einem durch den Bezirksgerichtspräsidenten bezeichneten Notar aufgenommen. *

² Das Inventar soll in einem möglichst vollständigen Verzeichnis die Vermögenswerte und die Schulden des Erblassers enthalten sowie die Bücher und Urkunden aufführen, die Aufschluss über die Erbschaft geben können.

³ Die Aktiven und Passiven können geschätzt werden, wobei Sachverständige beigezogen werden können.

⁴ Die im Sicherungsinventar enthaltenen Angaben sind für die Erbteilung nicht endgültig.

Art. 76 II. Öffentliches Inventar
1. Ernennung und Aufgabe des Erbschaftsverwalters

¹ Der Bezirksgerichtspräsident ernennt einen Erbschaftsverwalter, der die Rechte und Pflichten eines Beistandes hat (Art. 408 Abs. 1 und 2). *

² Der Erbschaftsverwalter hat die Erbschaft bis zur Abgabe der Erklärung nach Artikel 588 zu verwalten.

Art. 77 2. Aufnahme des Inventars

¹ Der vom Bezirksgerichtspräsidenten beauftragte Notar entsiegelt die Erbschaft und errichtet möglichst rasch zusammen mit dem Erbschaftsverwalter das Inventar. *

² Grundstücke können durch die amtliche Schätzungskommission, andere Vermögenswerte, soweit nötig, durch Sachverständige geschätzt werden.

³ Bestehen Zweifel, ob Vermögenswerte zum Nachlass gehören, werden sie gleichwohl geschätzt und mit einem entsprechenden Hinweis in das Inventar aufgenommen.

Art. 79 4. Fortführung des Geschäftes

¹ Der Erbschaftsverwalter hat dafür zu sorgen, dass das Geschäft des Erblassers im Interesse der Erben und der Gläubiger fortgeführt wird, wenn eine Unterbrechung des Geschäftes der Erbschaft zum Nachteil gereichen könnte.

² Bewilligt der Bezirksgerichtspräsident die Fortsetzung des Geschäftes des Erblassers durch einen Miterben, so entscheidet er auch über allfällige Sicherstellungsbegehren der Miterben. *

Art. 80 5. Rechnungsruf

¹ Der Rechnungsruf (Art. 582) ist vom Bezirksgerichtspräsidenten zweimal im Kantonsamtsblatt, am letzten Wohnsitz des Erblassers und, sofern es notwendig erscheint, in weiteren Publikationsorganen zu veröffentlichen. *

² Die Frist zur Anmeldung der Forderungen ist auf mindestens einen Monat, vom Tage der ersten Publikation im Kantonsamtsblatt an gerechnet, anzusetzen. Die Gläubiger sind in der Auskündung auf die Folgen der Nichtanmeldung aufmerksam zu machen.

³ Jedem Gläubiger ist auf Verlangen und auf Kosten der Erbschaft eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung auszuhändigen.

Art. 81 * 6. Abschluss des Inventars und Frist für die Erklärung der Erben

¹ Der Bezirksgerichtspräsident stellt den Abschluss der Inventaraufnahme fest und teilt diese Verfügung den Erben schriftlich mit. Mit dieser Mitteilung beginnt die Frist für die Erklärung nach Artikel 588.

² Fristverlängerungen des Bezirksgerichtspräsidenten nach Artikel 587 kommen den säumigen Gläubigern nicht zugute.

Art. 83 * IV. Erbschaftsverwalter und Willensvollstrecker

¹ Erbschaftsverwalter und Willensvollstrecker unterstehen der Aufsicht des Bezirksgerichtspräsidenten.

² Der Erbschaftsverwalter ist verpflichtet, die Beendigung seiner Tätigkeit dem Bezirksgerichtspräsidenten mitzuteilen.

2.3.3. *Teilung der Erbschaft*

Art. 84 I. Anrechnungswert von Grundstücken

¹ Können sich die Erben über den Anrechnungswert von Grundstücken in Sinne von Artikel 618 nicht einigen, ist der Bezirksgerichtspräsident für die Ernennung der Sachverständigen zuständig; er beauftragt in der Regel die amtliche Schätzungskommission.

² Der Weiterzug richtet sich nach der Zivilprozessordnung¹⁾. *

2.4. SACHENRECHT

2.4.4. *Öffentlich-rechtliche Bestimmungen*

Art. 109 II. Privatrechtliches Vermarchungsverfahren

¹ Jeder Grundeigentümer ist verpflichtet, auf das Begehren seines Nachbarn zur Festsetzung einer ungewissen Grenze oder bei der Anbringung von Grenzzeichen mitzuwirken (Art. 669).

² Zur Erhaltung bestehender Grenzzeichen und Grenzlinien sowie zur Neuvermarchung kann von jedem Grundeigentümer die Mitwirkung des Bezirksgerichtspräsidenten verlangt werden. Dieser hat alle beteiligten Grenznachbarn sowie bei Bedarf einen Geometer zur Augenscheinverhandlung zu laden. Er hat ein Protokoll aufzunehmen und darin insbesondere das Ergebnis der Verhandlung niederzulegen. Das Protokoll ist von ihm und den Teilnehmern an der Verhandlung zu unterzeichnen. Die in dieser Weise festgelegte Grenzbestimmung ist für alle gehörig geladenen Beteiligten vorbehaltlich des Nachweises ihrer Unrichtigkeit verbindlich, auch für diejenigen, die der Vorladung ohne genügenden Grund nicht Folge geleistet haben. *

³ Der Weiterzug richtet sich nach der Zivilprozessordnung²⁾. *

¹⁾ SR [272](#)

²⁾ SR [272](#)

3. Schlussteil

3.1. ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

3.1.2. Familienrecht

Art. 152 3. Sicherstellung des eingebrachten Frauengutes bei Güter-
verbindung

¹ Die Ehefrau, die nach Inkrafttreten des neuen Eherechtes vom 5. Oktober 1984 unter dem Güterstand der Güterverbindung lebt, kann beim Bezirksgerichtspräsidenten die Anordnung der Sicherstellung ihres eingebrachten Gutes verlangen, wenn der Ehemann eine solche verweigert.

² Es gelten die Bestimmungen über das Eheschutzverfahren.

Art. 153 4. Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft auf Begehren der
Gläubiger

¹ Lebt ein überlebender Ehegatte mit den gemeinsamen Kindern nach Inkrafttreten des neuen Eherechtes vom 5. Oktober 1984 unter einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, können die Gläubiger, die bei der Betreibung auf Pfändung gegen den Ehegatten oder gegen eines der Kinder zu Verlust gekommen sind, beim Bezirksgerichtspräsidenten die Aufhebung der Gütergemeinschaft verlangen. Wird diese Aufhebung von den Gläubigern eines Kindes gefordert, können die übrigen Beteiligten verlangen, dass es ausscheide.

Art. 153a * II. Berufsbeistandschaften

¹ Die Berufsbeistandschaften können von der bisherigen Trägerschaft oder einem Regionalverband bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen betrieben werden.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht¹⁾

Vom 20. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004³⁾,

beschliesst:

2. Besondere Bestimmungen

Art. 5 Gewährleistung im Viehhandel

¹ Zur Leitung des Vorverfahrens ist die Bezirksgerichtspräsidentin oder der Bezirksgerichtspräsident zuständig, in deren oder dessen Amtskreis das Tier sich befindet.

² Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach den Vorschriften des Bundes, der Zivilprozessordnung⁴⁾ und der kantonalen Einführungsgesetzgebung⁵⁾. *

Art. 14e * 5. Wiedereintragung

¹ Die Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise der Bezirksgerichtspräsident entscheidet im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Wiedereintragung einer im Handelsregister gelöschten Rechtseinheit.

² ... *

¹⁾ SR [220](#)

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 1027

⁴⁾ SR [272](#)

⁵⁾ BR [320.100](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Notariatsgesetz

Vom 18. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung¹⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 18. Mai 2004²⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 4 Notariatskommission
 1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung

¹ Kantonsgericht und Verwaltungsgericht wählen gemeinsam für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Notariatskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden.

² Der Notariatskommission gehören in der Regel an: *

- a) * eine patentierte Notarin oder ein patentierter Notar, eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar und eine patentierte Grundbuchverwalterin oder ein patentierter Grundbuchverwalter;
- b) drei Inhaberinnen oder Inhaber des Bündner Fähigkeitsausweises für Notariatspersonen;
- c) ein Mitglied eines kantonalen Gerichtes.

³ Die Notariatskommission konstituiert sich selbst. Sie kann ein Sekretariat und eine Aktuarin oder einen Aktuar bestellen.

⁴ Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen der Mitglieder der Notariatskommission fest.

¹⁾ BR [110.100](#)

²⁾ Seite 671

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG)

Vom 23. April 2014 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,
gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom 14. Januar 2014³⁾,
beschliesst:

3. Verschiedene Bestimmungen

Art. 20 Nachlassgericht

¹⁾ Das Bezirksgericht ist unteres Nachlassgericht.

²⁾ Das Kantonsgericht ist oberes kantonales Nachlassgericht.

¹⁾ GRP 2013/2014, 655

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 757

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EGZZPO)

Vom 16. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010³⁾,

beschliesst:

2. Zuständigkeit der Schlichtungsbehörden und Zivilgerichte

Art. 4 Erstinstanzliches Gericht
 1. Einzelrichterin, Einzelrichter

¹ Soweit das Bundesrecht oder das kantonale Recht nichts anderes bestimmen, entscheidet die Präsidentin beziehungsweise der Präsident oder ein anderes Mitglied des Bezirksgerichts in einzelrichterlicher Kompetenz:

- a) in Angelegenheiten, für die das summarische Verfahren gilt;
- b) bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten im Betrag bis 5000 Franken;
- c) über die Ehescheidung, Ehetrennung oder die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung;
- d) über die Vollstreckung;
- e) über Widerhandlungen gegen gerichtliche Verbote im Sinn der Zivilprozessordnung⁴⁾.

² Sie oder er erledigt Rechtshilfesuche, soweit nicht das Kantonsgericht dafür zuständig ist.

¹⁾ GRP 2009/2010, 853

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 853

⁴⁾ SR [272](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 5 2. Kollegialgericht

¹ Das Bezirksgericht amtiert als erstinstanzliches Zivilgericht, soweit nicht die Einzelrichterin oder der Einzelrichter zuständig ist.

² Es entscheidet in Fünferbesetzung:

- a) in Angelegenheiten, für die das ordentliche Verfahren gilt;
- b) wenn der Streitwert für die Beschwerde in Zivilsachen an das Bundesgericht erreicht ist;
- c) über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung;
- d) auf Anordnung der oder des Vorsitzenden.

³ In den anderen Fällen entscheidet das Bezirksgericht in Dreierbesetzung.

3. Ergänzende Bestimmungen**3.2. BESONDERE BESTIMMUNGEN****Art. 13** Entscheid über bestrittene Ausstandsbegehren

¹ Ist der Ausstand streitig, entscheidet in Abwesenheit der betroffenen Person:

- a) das in der Hauptsache zuständige Gericht;
- b) das Gericht in Ausstandsfällen bei einzelrichterlichen Zuständigkeiten;
- c) das Bezirksgericht in Ausstandsfällen bei Schlichtungsbehörden.

² Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach dem Gerichtsorganisationsgesetz¹⁾.

¹⁾ BR [173.000](#)

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzStPO)

Vom 16. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010³⁾,

beschliesst:

3. Sachliche Zuständigkeit der Strafgerichte

Art. 19 Erstinstanzliches Gericht

¹ Das Bezirksgericht amtet als erstinstanzliches Strafgericht.

² Es entscheidet in Fünferbesetzung:

- a) über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung;
- b) auf Anordnung der oder des Vorsitzenden;
- c) wenn die Staatsanwaltschaft:
 - 1. eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren beantragt;
 - 2. eine Verwahrung oder eine stationäre therapeutische Massnahme beantragt;
 - 3. bei gleichzeitig zu widerrufenden bedingten Sanktionen einen Freiheitsentzug von mehr als fünf Jahren beantragt.

³ In den anderen Fällen entscheidet das Bezirksgericht in Dreierbesetzung.

Art. 20 Jugendgericht

¹ Das Bezirksgericht amtet als Jugendgericht.

¹⁾ GRP 2009/2010, 853

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 795

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG)

Vom 27. August 2009 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 26. Mai 2009³⁾,

beschliesst:

2. Straf- und Massnahmenvollzug

2.1. VOLLZUG DER URTEILE

Art. 5 Geldstrafen und Bussen

¹ Geldstrafen und Bussen fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichtsbehörden oder Verwaltungsinstanzen, denen auch der Einzug obliegt.

² Ist an die Stelle einer Geldstrafe oder Busse die Ersatzfreiheitsstrafe oder die gemeinnützige Arbeit getreten, fällt die Geldstrafe oder Busse bei nachträglicher Bezahlung dem Amt für Justizvollzug zu.

³ Die Umwandlung von Bussen, welche von einer Verwaltungsinstanz ausgesprochen wurden, in gemeinnützige Arbeit oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verfügt auf Antrag des Amtes die Staatsanwaltschaft. *

⁴ Für Bussen, die von Gemeindebehörden gestützt auf Strafbestimmungen des Kantons oder der Gemeinde ausgesprochen worden sind, ist die Umwandlung ausgeschlossen. *

¹⁾ GRP 2009/2010, 93

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 27

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG)

Vom 5. Dezember 2006 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. September 2006³⁾,

beschliesst:

5. Organisations- und Verfahrensbestimmungen

Art. 18 Datenbearbeitung und Amtshilfe

¹ Die Fachstelle und die Behörden von Kanton, Bezirken, Regionen und Gemeinden, welche Daten gemäss Absatz 2 bearbeiten, geben Daten weiter, die für die Durchführung dieses Gesetzes von Bedeutung sind. *

² Es sind folgende Daten von gesuchstellenden Personen und von diesen gegenüber eine Unterhalts- oder Unterstützungspflicht treffenden Personen weiterzugeben:

- a) Personalien;
- b) Angaben über den Zivilstand, den Wohn- und Aufenthaltsort, die Aufenthaltsbewilligung und die Einkommens- sowie Vermögensverhältnisse;
- c) Leistungen des Gemeinwesens.

³ Die Daten können einzeln, auf Listen oder auf elektronischen Datenträgern übermittelt und insbesondere mittels Abrufverfahren zugänglich gemacht werden. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

⁴ Die Fachstelle stellt dem Bund ihre Daten zur Auslösung des Bundesbeitrages und für die Erstellung einer jährlichen gesamtschweizerischen Statistik zur Verfügung.

¹⁾ GRP 2006/2007, 655

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 1505

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG)

Vom 19. Oktober 2006 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 3 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 16. Mai 2006³⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

¹ Dieses Gesetz bezweckt:

- a) die Dreisprachigkeit als Wesensmerkmal des Kantons zu stärken;
- b) das Bewusstsein für die kantonale Mehrsprachigkeit individuell, gesellschaftlich und institutionell zu festigen;
- c) die Verständigung und das Zusammenleben zwischen den kantonalen Sprachgemeinschaften zu fördern;
- d) die rätoromanische und die italienische Sprache zu erhalten und zu fördern;
- e) die bedrohte Landessprache Rätoromanisch mit besonderen Massnahmen zu unterstützen;
- f) im Kanton Voraussetzungen für ein Institut für Mehrsprachigkeit zu schaffen.

² Kanton, Regionen, Gemeinden, Gemeindeverbände, Bezirke sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften tragen beim Erfüllen ihrer Aufgaben der herkömmlichen sprachlichen Zusammensetzung der Gebiete Rechnung und nehmen Rücksicht auf die angestammte Sprachgemeinschaft. *

¹⁾ GRP 2006/2007, 492

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 73

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 2 Gegenstand

¹ Dieses Gesetz regelt:

- a) den Gebrauch der kantonalen Amtssprachen durch die kantonalen Behörden und die Gerichte;
- b) die Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache sowie den Austausch zwischen den kantonalen Sprachgemeinschaften;
- c) * die Zuordnung der Gemeinden und Regionen zu den Sprachgebieten sowie das Zusammenwirken des Kantons mit den Gemeinden, Regionen, Gemeindeverbänden und Bezirken sowie mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei der Bestimmung ihrer Amts- und Schulsprachen.

2. Kantonale Amtssprachen**Art. 3** Grundsätze

¹ Die Amtssprachen des Kantons finden Anwendung in Rechtssetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung.

² Jede Person kann sich in einer Amtssprache ihrer Wahl an die kantonalen Behörden wenden.

³ Die kantonalen Behörden antworten in der Amtssprache, in der sie angesprochen werden. Im Verkehr mit Gemeinden, Regionen und Gemeindeverbänden verwenden sie deren Amtssprachen. In Beschwerdeverfahren richtet sich die Verfahrenssprache nach der im angefochtenen Entscheid verwendeten Amtssprache. *

⁴ Im Schriftverkehr benutzen die kantonalen Behörden und kantonalen Gerichte die Amtssprachen in ihren Standardformen.

⁵ Rätoromanische Standardform der kantonalen Behörden und kantonalen Gerichte ist Rumantsch Grischun. Personen rätoromanischer Sprache können sich in den Idiomen oder in Rumantsch Grischun an den Kanton wenden.

Art. 8 2. Kantonale Gerichte

¹ An den kantonalen Gerichten können die Parteien für ihre Rechtsschriften und Eingaben eine kantonale Amtssprache ihrer Wahl verwenden.

² Die Verfahrenssprache richtet sich in der Regel nach der im angefochtenen Entscheid verwendeten Amtssprache beziehungsweise nach der Amtssprache, welcher die beklagte Partei mächtig ist.

Art. 9 3. Bezirksgerichte**a) Einsprachige Bezirke**

¹ Bezirke, welche sich aus einsprachigen Kreisen mit identischer Amtssprache zusammensetzen, gelten als einsprachige Bezirke. Die Amtssprache eines einsprachigen Bezirks entspricht jener der Kreise.

² Für Rechtsschriften und Eingaben muss die Amtssprache des Bezirks verwendet werden.

³ Die Hauptverhandlung wird in der Amtssprache des Bezirks geführt.

Art. 10 b) Mehrsprachige Bezirke

¹ Bezirke, welche sich aus einsprachigen Kreisen mit verschiedener Amtssprache beziehungsweise mehrsprachigen Kreisen zusammensetzen, gelten als mehrsprachige Bezirke. Amtssprachen eines mehrsprachigen Bezirks sind sämtliche Amtssprachen der Kreise.

² Die Parteien können für ihre Rechtsschriften und Eingaben eine Amtssprache des Bezirks verwenden.

³ Die Hauptverhandlung wird in der Regel in der Amtssprache geführt, welcher die beklagte Partei beziehungsweise die oder der Angeklagte mächtig ist.

Art. 10a * 4. Schlichtungsbehörden

¹ Ist eine Schlichtungsbehörde für den ganzen Kanton zuständig, finden die Bestimmungen für die kantonalen Gerichte Anwendung.

² Für die Verfahren vor den übrigen Schlichtungsbehörden finden die Bestimmungen über die Bezirksgerichte sinngemäss Anwendung.

4. Amts- und Schulsprachen der Gemeinden und Kreise

Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Gesundheitsgesetz)

Vom 2. Dezember 1984 (Stand 1. Januar 2016)

Vom Volke angenommen am 2. Dezember 1984¹⁾

2. Organisation und Zuständigkeit

Art. 9 5. Amtsärzte *

¹ Die Amtsärzte und ihre Stellvertreter werden von der Regierung im Nebenamt auf vier Jahre gewählt. Sie sind die gesundheitspolizeilichen Aufsichts- und Vollzugsorgane des Departementes und erfüllen die gerichtsärztlichen und anderen amtsärztlichen Aufgaben. *

² Jeder im Kanton praktizierende Arzt kann zur Übernahme amtlicher Aufgaben verpflichtet werden, wenn besondere Fachkenntnisse erforderlich sind oder der Amtsarzt beziehungsweise sein Stellvertreter im Ausstand ist oder nicht zur Verfügung steht. *

³ Die Regierung regelt durch Verordnung die Rechte und Pflichten der Bezirksärzte.

4. Einrichtungen der Gesundheitspflege

Art. 22a * Unabhängige Instanz für Transplantationen

¹ Der Bezirksgerichtspräsident beurteilt die Zulässigkeit der Entnahme regenerierbarer Gewebe und Zellen bei urteilsunfähigen oder minderjährigen Personen. *

² Für das Verfahren gelten die Bestimmungen der Zivilprozessordnung²⁾ über das summarische Verfahren. *

¹⁾ B vom 12. September 1983, 143; GRP 1983/84, 368, 1. Lesung und GRP 1984/85, 6, 2. Lesung

²⁾ SR [272](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)

Vom 20. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 79 der Kantonsverfassung¹⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 15. Juni 2004²⁾,

beschliesst:

3. Polizeiliche Massnahmen

Art. 16 * Eingreifen bei häuslicher Gewalt

¹ Die Kantonspolizei kann die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4 ZGB für längstens zehn Tage verfügen. Die Verfügung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und:

- a) der ausgewiesenen Person und dem Opfer spätestens nach dem Einschreiten schriftlich abzugeben;
- b) * dem Bezirksgerichtspräsidium und, sofern Kinder betroffen sind, der Kindes-schutzbehörde innert 24 Stunden zu übermitteln;
- c) der Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen mit allenfalls weiteren notwendigen Unterlagen zu übermitteln.

² Die Verfügung der Kantonspolizei kann während der Ausweisung mit Beschwerde beim Bezirksgerichtspräsidium schriftlich angefochten werden. In der Beschwerde ist mit kurzer Begründung anzugeben, welche Punkte angefochten und welche Ab-änderungen beantragt werden. *

³ Die Kantonspolizei informiert:

- a) das Opfer über die möglichen weiteren Verfahrensschritte;
- b) das Opfer und die Gewalt ausübende Person über Beratungsangebote.

¹⁾ BR [110.100](#)

²⁾ Seite 859

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

⁴ Die Beratungsstelle nimmt in den Fällen, in denen Personen nach Artikel 28b Absatz 4 ZGB ausgewiesen wurden, mit den Gewalt ausübenden Personen umgehend Kontakt auf. Wünscht eine Person keine Beratung, werden die von der Polizei übermittelten Daten und Unterlagen von der Beratungsstelle sofort vernichtet.

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG)

Vom 19. Oktober 2011 (Stand 1. Januar 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 21. Juni 2011³⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz gilt für die kantonalen Behörden und die Verwaltung, deren unselbstständige Anstalten sowie für das Kantons- und das Verwaltungsgericht.

² Für die kantonalen selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie für die kantonale Arbeitslosenkasse gelten die Vorgaben über die Führung des Finanzhaushaltes sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen gelten.

³ Für die politischen Gemeinden gilt das Gesetz, soweit nicht abweichende kantonale Bestimmungen gelten oder das Gesetz ausdrücklich kantonale Tatbestände regelt.

⁴ Für die Regional- und Gemeindeverbände sowie die Bürgergemeinden gilt das Gesetz sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen gelten.

¹⁾ GRP 2011/2012, 237

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 355

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA)

Vom 19. Oktober 2011 (Stand 1. März 2012)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 21. Juni 2011³⁾,

beschliesst:

1. Stellung und Organisation der Finanzkontrolle

Art. 2 Aufsichtsbereich

¹ Der Finanzaufsicht durch die Finanzkontrolle unterliegen vorbehältlich abweichender Regelungen in Spezialgesetzen:

- a) das Rechnungswesen des Grossen Rates;
- b) die kantonale Verwaltung;
- c) die Verwaltung des Kantons- und Verwaltungsgerichts;
- d) die öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons;
- e) Organisationen und Personen ausserhalb der kantonalen Verwaltung, denen der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt;
- f) Organisationen und Personen, die erhebliche kantonale Beiträge empfangen.

² Die Finanzkontrolle übt die Finanzaufsicht auch dort aus, wo nach Gesetz oder Statuten eine eigene Revisionsstelle oder Kontrollstelle eingerichtet ist. Sie koordiniert ihre Tätigkeit mit anderen Organen, welche Prüfungsaufgaben wahrnehmen.

³ Die Aufsichtstätigkeit gemäss Absatz 1 Literae d und e beschränkt sich grundsätzlich auf den Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und den Revisionsbericht. Weitergehende Prüfungen kann die Finanzkontrolle nur im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission oder der Regierung durchführen.

¹⁾ GRP 2011/2012, 259

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 533

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

⁴ Die Aufsichtstätigkeit gemäss Absatz 1 Litera f erfolgt in Koordination mit dem für die Überwachung zuständigen Departement.

Art. 7 Externe Revisionsstelle

¹ Die Geschäftsprüfungskommission beauftragt eine externe Revisionsstelle mit der Prüfung der periodischen Qualitäts- und Leistungsbeurteilung sowie der Rechnung der Finanzkontrolle.

3. Aufgaben

Art. 12 Allgemeine Aufgaben

¹ Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes insbesondere für:

- a) die Prüfung der Jahresrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen, der Anstalten und der Betriebe des Kantons;
- b) die Prüfung der internen Kontrollsysteme;
- c) die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen und Prüfungen der Wirkungsrechnungen;
- d) Prüfungen im Auftrage des Bundes;
- e) Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein öffentliches Interesse besteht.

² Die Finanzkontrolle wird bei der Erarbeitung von Vorschriften über den Zahlungsdienst und die Haushaltsführung sowie bei der Entwicklung und Abnahme von Systemen des Rechnungswesens beigezogen.

³ Die Finanzkontrolle hat keine Vollzugsaufgaben.

4. Berichterstattung und Beanstandungen

Art. 14 Berichterstattung und Anträge

¹ Die Finanzkontrolle gibt ihre Feststellungen in mündlicher oder schriftlicher Form bekannt. Über die Ergebnisse von Dienststellen-Revisionen und übrigen wichtigen Prüfungen sowie bei Beanstandungen von erheblicher Bedeutung erstattet sie in jedem Fall schriftlichen Bericht.

² Der Bericht, der mit Anträgen verbunden werden kann, geht an die zuständige kantonale Dienststelle, das zuständige Departement, die Standeskanzlei, das Kantons- oder das Verwaltungsgericht und an das Departement für Finanzen und Gemeinden. Bei Revisionsstellenmandaten richtet sich der Bericht an das zuständige Organ.

Art. 16 Erledigung und Entscheid

¹ Die Finanzkontrolle setzt der Dienststelle in der Regel eine Frist, innert welcher die Beanstandung zu erledigen oder einem Antrag Folge zu geben ist. Die Dienststelle orientiert die Finanzkontrolle innert der festgesetzten Frist über die Erledigung der Beanstandungen oder Anträge.

² Lässt sich eine Beanstandung oder ein Antrag nicht innert der festgesetzten Frist erledigen, oder sind die Beanstandungen und Anträge bestritten, so unterbreitet die Finanzkontrolle die Angelegenheit zum endgültigen Entscheid:

- a) der Regierung in Fällen, die nicht die Gerichte betreffen;
- b) der zuständigen Aufsichtskommission zuhanden des Grossen Rates in Fällen, die das Kantons- oder das Verwaltungsgericht betreffen;
- c) dem Kantonsgericht in Fällen, die ein seiner Aufsicht unterstelltes Gericht betreffen.

³ Bis zur endgültigen Erledigung einer Beanstandung oder eines Antrages der Finanzkontrolle dürfen weder Zahlungen geleistet noch Verpflichtungen eingegangen werden, welche Gegenstand des Verfahrens bilden.

Art. 17 Tätigkeitsbericht

¹ Die Finanzkontrolle erstattet der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen informiert.

² Der Bericht kann ganz oder teilweise dem Grossen Rat unterbreitet werden, wobei das Amtsgeheimnis und die Persönlichkeitsrechte zu wahren sind.

5. Verfahren**Art. 19** Dokumentation

¹ Beschlüsse und Verfügungen der Regierung, des Kantons- und des Verwaltungsgerichts, der Departemente und der Dienststellen, welche den Finanzhaushalt des Kantons betreffen, sind der Finanzkontrolle unaufgefordert verfügbar zu halten.

Art. 20 Datenzugriff

¹ Die Finanzkontrolle hat das Recht, die für die Wahrnehmung der Finanzaufsicht erforderlichen Daten einschliesslich Personendaten aus den Datensammlungen der Departemente und der Dienststellen sowie des Kantons- und Verwaltungsgerichts abzurufen. Soweit die Daten für die Aufgabenerfüllung geeignet und erforderlich sind, erstreckt sich das Zugriffsrecht auch auf besonders schützenswerte Personendaten.

² Die Finanzkontrolle darf die ihr derart zur Kenntnis gebrachten Personendaten nur bis zum Abschluss des Revisionsverfahrens aufbewahren oder speichern. Die Zugriffe auf die verschiedenen Datensammlungen und die damit verfolgten Zwecke müssen dokumentiert werden.

³ Beim Kantons- und beim Verwaltungsgericht beschränkt sich der Zugriff auf Dokumente und Daten auf Beschlüsse und Verfügungen im Bereich der Justizaufsicht.

Steuergesetz für den Kanton Graubünden

Vom 8. Juni 1986 (Stand 1. Januar 2016)

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1986¹⁾

7. Verfahrensrecht

7.1. ALLGEMEINE VERFAHRENSGRUNDSÄTZE

Art. 123 3. Amtshilfe anderer Behörden

¹ Die Behörden des Bundes und des Kantons sowie der Bezirke, Regionen und Gemeinden erteilen den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Behörden ungeachtet einer allfälligen Geheimhaltungspflicht auf Ersuchen hin kostenlos alle erforderlichen Auskünfte. Sie können diese Behörden von sich aus informieren, wenn sie vermuten, dass eine Veranlagung unvollständig ist. *

² Die Grundbuchämter melden der Steuerverwaltung jede Handänderung innert Monatsfrist. Steht nicht klar fest, welcher Steuertatbestand verwirklicht ist, übermitteln sie der Steuerverwaltung zudem eine Kopie des Rechtsgrundausseses. *

³ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis. *

7.5. INVENTAR

Art. 150 III. Behörden

¹ Inventaraufnahme und Siegelung erfolgen durch die kantonale Steuerverwaltung. Von den Inventaraufnahmen, die durch das Bezirksgericht oder die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde angeordnet werden, ist der Steuerverwaltung eine Kopie zuzustellen. *

¹⁾ B vom 5. März 1985, Seite 93, Heft Nr. 3 und 3a; GRP 1985/86, 336, (1. Lesung), 750 (2. Lesung)

* Änderungsabellen am Schluss des Erlasses

² Der Inventaraufnahme sollen mindestens ein handlungsfähiger Erbe und der gesetzliche Vertreter minderjähriger oder unter umfassender Beistandschaft stehender Erben beiwohnen. *

³ Gegen Entrichtung der üblichen Entschädigung kann die Aufnahme des Inventars dem zuständigen Regionalnotar übertragen werden. *

Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (GKStG)

Vom 31. August 2006 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 und Art. 94 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 16. Mai 2006³⁾,

beschliesst:

2. Die Steuern der Gemeinden

2.2. HANDÄNDERUNGSSTEUER

Art. 11 5. Subjektive Steuerbefreiung

¹ Von der Handänderungssteuer befreit sind

- a) die Eidgenossenschaft und ihre Anstalten, soweit das Bundesrecht dies vorsieht;
- b) der Kanton und seine unselbständigen Anstalten;
- c) die selbständigen kantonalen Anstalten für Grundstücke, die unmittelbar öffentlichen Zwecken dienen;
- d) * der Bezirk, die Region, die Gemeinde (mit deren Anstalten) und die Bürgergemeinde für Grundstücke im eigenen Gebiet;
- e) die Landeskirchen und ihre Kirchgemeinden sowie die kirchlichen Stiftungen für Grundstücke im eigenen Gebiet, die unmittelbar kirchlichen Zwecken dienen sowie für die Pfarrhäuser;
- f) die juristischen Personen, die gestützt auf Artikel 78 Absatz 1 Litera f Steuergesetz⁴⁾ von der Steuerpflicht befreit sind, für Grundstücke, die unmittelbar, ausschliesslich und unwiderruflich dem steuerbefreienden Zweck dienen.

¹⁾ GRP 2006/2007, 188

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 181

⁴⁾ BR [720.000](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses